

ANTRÄGE

ZUM ORDENTLICHEN BEZIRKSPARTEITAG
DER SPD HESSEN-SÜD 2021

29. MAI 2021
FRANKFURT
PSD-BANK ARENA

ANTRÄGE

**ZUM ORDENTLICHEN BEZIRKSPARTEITAG
DER SPD HESSEN-SÜD 2021**

HERAUSGEBER

SPD Bezirk Hesse-Süd

Vorsitzender: Kaweh Mansoori

Leitende Geschäftsführerin: Kristina Luxen

Fischerfeldstraße 7-11

60311 Frankfurt

Fon 069/299888-0

www.spdhessensued.de

STAND:

12. Mai 2021

Anträge inklusive Voten und Änderungsanträge der Redaktionskonferenz

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Wirtschaft - Finanzen

A-01	Für ein sozial gerechtes Steuersystem	10
A-02	Gender Budgeting als gleichstellungspolitisches Instrument einführen	18
A-03	Lieferkettengesetz verbessern	20
A-03- Ä001	Änderungsantrag zu A-03	22
A-04	Echte Steuerfreiheit für das Kurzarbeitergeld	23
A-05	Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 % des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen bis 1.600,-- Euro	24
A-05- Ä001	Änderungsantrag zu A-05	25
A-06	Änderung des § 19, Abs. 1, Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei Betriebsschließungen ohne zeitliche Begrenzung	26
A-06- Ä001	Änderungsantrag zu A-06	27

B - Sozialpolitik

B-01	Das Leben leichter und gerechter machen – der Sozialstaat als Partner.	28
B-01- Ä001	Änderungsantrag zu B-01	33
B-02	Armut ist heilbar, Reichtum ist teilbar	34
B-03	Eine gute Rente als elementarer Bestandteil der Generationengerechtigkeit	42
B-04	Gemeinsam gegen Einsam	46
B-05	Kulturelles Leben in der Coronakrise sichern - kulturelle Teilhabe in Hessen ausbauen	49
B-06	Beschäftigte von Werkstätten für Behinderte Menschen ins MILOG aufnehmen	53

C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik

C-01	Unsere Demokratie stärken!	54
C-01- Ä001	Änderungsantrag zu C-01	56
C-02	Sicherheit und Prävention für Deutschland!	57
C-03	Offensive für den Rechtsstaat!	59
C-03- Ä001	Änderungsantrag zu C-03	61
C-04	Datenpolitik für Alle: Regelungen mit Bezug auf Private	62
C-04- Ä001	Änderungsantrag zu C-04	65
C-04- Ä002	Änderungsantrag zu C-04	67
C-05	Datenpolitik für Alle: Regelungen gegenüber der öffentlichen Hand	69
C-05- Ä001	Änderungsantrag zu C-05	72
C-05- Ä002	Änderungsantrag zu C-05	74
C-06	150 Jahre § 218 StGB – Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!	76
C-07	Das „Dritte Geschlecht“ von körperlichen Geschlechtsmerkmalen unabhängig machen	78
C-08	Antidiskriminierungsschulungen für Angestellte im öffentlichen Dienst	79
C-09	Erinnerungskultur stärken!	80
C-10	Konsequenzen aus Hanau – jetzt!	82
C-10- Ä001	Änderungsantrag zu C-10	84

D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft

D-01	Sozialer Fortschritt, ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Dynamik	85
D-01-Ä001	Änderungsantrag zu D-01	89
D-01-Ä002	Änderungsantrag zu D-01	90
D-01-Ä003	Änderungsantrag zu D-01	91
D-01-Ä004	Änderungsantrag zu D-01	92
D-01-Ä005	Änderungsantrag zu D-01	93
D-02	Für eine sozial-ökologische Klimaschutzpolitik mit Mut und Entschlossenheit!	94
D-03	New Rail Deal – Zukunft des Schienenverkehrs	99
D-04	Sozialisierung des ÖPNV ist die Antwort	112
D-05	CO2-neutralen Bau in Hessen fördern	114
D-06	Rechtsverschärfungen für Fischzucht	116

E - Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

E-01	Kinderarbeit bekämpfen	117
E-02	Atomwaffenverbotsvertrag positiv begleiten	120
E-03	Nukleare Aufrüstungspläne Großbritanniens verhindern	122

F - Bildungspolitik

F-01	Politische Bildung für Frauen mit Migrationshintergrund fördern	123
F-02	Bezahlung von Musikschullehrkräften nach TVöD 9	124
F-03	Internetzugang und Lernmittelfreiheit: Eduroam auch für Schüler*innen und Auszubildende	125

G - Gesundheitspolitik

G-01	Menschenrecht auf Gesundheit im Grundgesetz verankern – diskriminierungsfreien Zugang zu bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung ausnahmslos sicherstellen!	126
G-02	Die Krise als Brandbeschleuniger – Für eine radikal progressive Reform unseres Gesundheitswesens und eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik im Sinne der WHO	130
G-03	Keine Privatisierung unserer Kliniken! Für eine gute flächendeckende medizinische Versorgung.	140
G-04	Kosten-Nutzen-Verhältnis bei IT-Lösungen im Gesundheitswesen wahren	142
G-05	Datenschutz für Krankenversicherte	144
G-06	Corona-App zum Info-Portal über Corona-Maßnahmen ausbauen	146

H - Europapolitik

H-01 Europäische Solidarität 147

H-01-Ä00 Änderungsantrag zu H-01 149
1

O - Organisation – Parteien - Verbände

O-1 Antidiskriminierungsschulungen für SPD-Vorstände 150

Antrag A-01: Für ein sozial gerechtes Steuersystem

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Hessen-Süd fordert, dass das deutsche Steuersystem reformiert wird. Ein
- 2 Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der Bevölkerung
- 3 gerecht werden, zur Finanzierung des Staates beiträgt und gleichzeitig vereinfacht
- 4 werden.
- 5
- 6 Daher fordern wir:
- 7 1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems, für die gilt:
- 8 1. Keine Differenzierung nach Einkommensarten (Lohn-, Kapitaleinkommen),
- 9 Abschaffung der gesonderten Kapitalertragssteuer (Abgeltungssteuer)
- 10 2. Der Steuersatz steigt mit dem Einkommen progressiv an
- 11 3. Kontinuierlich steigender Steuertarif, statt des jetzigen Stufenmodells
- 12 4. Anhebung des Spitzensatzes, um die wegfallende Umsatzsteuer (s. Punkt 3a)
- 13 und erhöhten Freibetrag (s. 1e) zu kompensieren. Hierbei plädieren wir für
- 14 eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53%, der historisch bis zur
- 15 Einführung der Schröder Reformen 1999 galt. Dieser fällt an auf Einkommen
- 16 von Einzelpersonen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von
- 17 150.000 €.
- 18 5. Der Steuerfreibetrag wird grundsätzlich beibehalten und auf 12.000€ erhöht.
- 19 6. Zuschüsse für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere besondere
- 20 Belastungen (für Kinder bspw. in Form eines einheitlichen Kindergeldes, das
- 21 nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf)
- 22 7. Abschaffung des Progressionsvorbehaltes bei Mutterschaftsgeld, Elterngeld
- 23 sowie dem Familiengeld.
- 24 8. Berücksichtigung von Werbungskosten
- 25 9. Das Ehegattensplitting wird unter Beachtung des Bestandsschutzes für
- 26 bereits geschlossene Ehen abgeschafft.
- 27 10. deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression (s. 1c)
- 28 11. Die Einkommensteuer auch zur Gewinnbesteuerung bei Unternehmen, für die
- 29 folgende Regeln gelten: Die Einkommensteuer soll auch auf ausgeschüttete

30 Gewinne von Unternehmen anfallen. Zugrunde gelegt wird dabei der
 31 individuelle Steuersatz der Gewinnempfänger*innen (s. 1a). Werden die
 32 Gewinne im Unternehmen belassen, also nicht ausgeschüttet, fällt eine
 33 proportionale Steuer an – die Körperschaftsteuer – mit einem pauschalen
 34 Steuersatz von 15%. Bei Ausschüttung von Gewinnen ist die
 35 Körperschaftsteuer anrechenbar.

2. Eine Vermögensbesteuerung zur Umverteilung, die ein Auseinanderklaffen der
 Schere zwischen Arm und Reich verhindert. In erster Linie ist dafür eine
 Erbschaft- und Schenkungssteuer heranzuziehen, für die gilt:

- 36 1. Für Höchstbeträgen (im Millionenbereich) fällt nach einem
 37 Steuerfreibetrag in Höhe von 1 Mio. Euro pro Person (für nahe Angehörige)
 38 pro Erbschaft eine Erbschaftsteuer mit einem Steuersatz von 100 % an (d.h.
 39 pro Erbfall ist für nahe Angehörige pro Person ein steuerfreies Erbe von
 40 bis zu 1 Mio. Euro möglich). Die Nutzung des Freibetrags ist bei Schenkung
 41 oder Erbschaft nur einmalig möglich.
 42
- 43 2. Differenzierung des Freibetrags nach Familiengrad
 44
- 45 3. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe, eine
 anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat
 46 zu entrichten. Dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
 47
- 48 4. Alternativ zu 2c: Der Staat erhält als stiller Teilhaber
 Unternehmensanteile bis die anfallende Steuerlast durch Gewinnbeteiligung
 49 abgegolten ist.
 50

51 3. Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern:

- 52 1. Stufenweiser Abbau der Umsatzsteuer
- 53 2. Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den
 54 Energieträgern anknüpft, aber vorrangig deren negativen Umweltauswirkungen
 betrachtet und gleichzeitig einkommensschwache Haushalte nicht
 55 diskriminiert (alternativ: ausreichend verknappte Umweltzertifikate)
- 56 3. Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Käufe und Verkäufe von
 Wertpapieren sowie Währungen aller Art, insbesondere auch auf alle
 57 spekulativen Finanzprodukte wie Derivate.
- 58 4. Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
- 59 5. Die Gewerbesteuer wird zu einer Gemeindefortschrittssteuer ausgebaut. Die
 60 Gemeindefortschrittssteuer würde dann auch Teile der Wertschöpfung erfassen,
 die in der Kommune erarbeitet wurden und als Zinsen, Mieten, Pachten oder
 61 Leasingraten Kapitalgebern zufließen.
 62

63 4. Internationales und Zukunftsperspektive

- 64 1. Unternehmen müssen die Steuerlast im Land der Entstehung abführen, d.h. die
 65 Besteuerung von Unternehmensgewinnen (und -umsätzen) in den Ländern, in
 denen diese anfallen. Dies gilt auch für Digitalunternehmen. Sind
 Nutzer*innendaten betroffen, gilt die Steuerpflicht in dem Land, in dem die

- 66 jeweiligen Nutzer*innen wohnen.
- 67 2. Eine weitgehende Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa. So braucht es
- 68 eine europaweite einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von
- 69 Körperschaften, zur Anpassung der verschiedenen nationalen Steuersysteme,
- 70 3. Mindeststeuersätze für Körperschaften, um zu gewährleisten, dass
- 71 Körperschaften ihren Beitrag zu den nationalen und europäischen
- 72 Infrastrukturen leisten, die ihnen das Wirtschaften und Profite erst
- 73 ermöglichen,
- 74 4. Einführung des Mehrheitsprinzips in der Europäischen Union bei
- 75 Entscheidungen zur Steuerpolitik.
- 76 5. Vor dem Hintergrund einer europäischen Währungsunion ist für uns eine
- 77 einheitliche Steuergestaltung für den Fortbestand der Europäischen Union
- 78 elementar.
- 79 6. Es müssen entschlossene Maßnahmen gegen Steuerbetrug umgesetzt werden.
- 80 Hierzu zählt, dass sämtliche Vermögenswerte, die aus einer Straftat erlangt
- 81 wurden, und alle rechtswidrigen Gewinne konsequenter als bislang
- 82 abgeschöpft werden. Zudem müssen harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige
- 83 Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken verhängt
- 84 werden. Ein Schritt in die richtige Richtung war die Einführung des
- 85 Transparenzregisters. Dieses Transparenzregister muss jedoch weiter
- 86 international ausgebaut werden. Für die Verfolgung von Geldwäsche fordern
- 87 wir eine weitere personelle und finanzielle Stärkung des Financial
- 88 Intelligence Units, ansässig beim Zoll. Zusätzlich bedarf es
- 89 schnellstmöglich einem automatischen Informationsaustausch zu
- 90 Kapitalerträgen zwischen Banken und Finanzbehörden.
- 91 5. Grund & Boden
- 92 1. Die aktuelle Grundsteuer wird durch eine Bodenwertsteuer ersetzt, die nicht
- 93 auf die Mieter*innen umgelegt werden darf. Bis dahin lautet das Konzept,
- 94 dass ein wertebabhängiges Modell zur Errechnung der Grundsteuer mit klaren
- 95 mietmindernden Wirkungen eingeführt wird. Zudem solle die
- Grunderwerbssteuer künftig anteilig zum Eigentumstitel zur Ausschaltung des
- Privilegs der share deals geleistet werden.

6

Begründung

Die Sozialdemokratie steht vor enormen Herausforderungen. Während Trends wie Globalisierung und Digitalisierung unsere Gesellschaft vor fundamentale Aufgaben stellen, polarisiert sich unser Land zunehmend. Gleichzeitig hat die Politik nur unzureichend auf soziale Missstände reagiert. In Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren ein riesiger Investitionsstau aufgetürmt. Die Infrastruktur ist in vielen Gegenden sanierungsbedürftig und die Modernisierung des öffentlichen Kapitalstocks dringend erforderlich. Deutschland droht den Anschluss an wichtige technologische Errungenschaften zu verlieren. Dies gefährdet unseren Wohlstand. Die staatliche Investitionsquote – also der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt – verharrt weiterhin auf niedrigem Niveau und kompensiert nicht die Unterinvestition des vergangenen Jahrzehnts. Während in den 1960er Jahren die Investitionsquote bei über 15% lag, schwankt sie derzeit zwischen 2 – 3%.

Eine gemeinschaftliche Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung beziffert den Investitionsbedarfs für das nächste Jahrzehnt auf über 450 Milliarden Euro. Besonders auf kommunaler Ebene besteht ein enormer Nachholbedarf.

Es gibt eine Reihe von Ursachen, die den öffentlichen Investitionsstau erklären. Lange Zeit wurden die Prioritäten auf Schuldenabbau, konsumptive Ausgaben und degressive Steuersenkungen gesetzt. So wurden wertvolle Spielräume für Zukunftsinvestitionen nicht genutzt. Die Sparpolitik im Rahmen der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“, die sich in exzessiven gesamtstaatlichen Überschüssen manifestiert hat, geht zu Lasten der Investitionen. Deutschland hat vom Investitions- zum Sparmodus umgeschaltet. Der Schuldenbremse folgte eine faktische Investitionsbremse.

Das muss sich ändern. Deshalb muss Deutschland wieder in seine Zukunft investieren und ein gerechtes Steuersystem schaffen. Die Investitionen von heute sind Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen. Die Finanzierung muss gerecht sein und kann in einem Niedrigzinsumfeld auch günstig erfolgen. So kann den künftigen Generationen eine moderne und intakte Wirtschaft, Infrastruktur sowie Gesellschaft hinterlassen werden, welche die öffentlichen Haushalte langfristig nicht stark belastet.

Für uns sind Steuern eines der wichtigsten Instrumente, um eine gerechte Chancengesellschaft durchzusetzen. Dabei tragen Steuern einerseits zu einer gerechten Finanzierung des Gemeinwesens bei. Dazu gehört die soziale Infrastruktur wie Schulen und andere Bildungsstätten, die Gesundheitsversorgung, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Netzinfrastruktur wie Telekommunikationsleitungen oder Straßen und das Vorhalten von Sozialleistungen. Steuern können aber auch als Anreiz für ein politisch gewünschtes Verhalten dienen und haben insoweit erhebliche Lenkungswirkung, oft ohne die einschneidende Wirkung von Geboten und Verboten. Der Erfolg progressiver Reformansätze hängt ganz maßgeblich davon ab, zu vereinfachen, mehr Sozialstaatlichkeit zu erreichen, niedrige und mittlere Einkommen zu entlasten und die stetige Reproduktion von Vermögensungleichheit zu bremsen. Zahlreiche Mängel des deutschen Steuersystems sind gerade darauf zurückzuführen, dass ihm eine einheitliche Idee fehlt. Vielmehr ist es ein Kompromiss aus verschiedenen teilweise gegensätzlichen (gesellschaftspolitischen) Prinzipien wie dem Äquivalenzprinzip („Wer gesellschaftliche Kosten verursacht, zahlt die Steuer“) oder dem Leistungsfähigkeitsprinzip („Starke Schultern können mehr tragen“), aus unterschiedlichen steuerpolitischen Denkschulen (direkte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt derjenige, der die Steuer zahlt, indirekte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt nicht derjenige, der die Steuer zahlt), aus individuellen Sonderinteressen, Einzelfallregelungen und

vereinzelten Veränderungen nach jedem Regierungswechsel. Steuerpolitische Reformen können nur gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich ver-sammeln, wenn die politische Idee statt der technischen Lösung im Vordergrund steht.

Im Einzelnen sind uns die genannten Eckpunkte wichtig. Sie sind als neue Grundausrichtung des Steuersystems, nicht als abschließende Aufzählung zu verstehen: Die einseitige Entlastung von hohem Einkommen und die Ungleichbehandlung von Kapitalein-kommen halten wir für einen politischen Irrweg. Der Glaube, dass man nur hohe Einkommen entlasten müsse, um das allgemeine Wachstum zu stimulieren, ist nicht nur widerlegt, sondern die Reformen, die darauf basierten, haben zudem die soziale Unge-rechtigkeit verschärft und gefährden so den sozialen Frieden. Das gilt nicht nur, aber auch für Deutschland.

Das deutsche Steuersystem muss reformiert werden. Es muss sozial gerechter gestaltet werden. Einerseits muss es den Anforderungen des Leistungsfähigkeitsprinzips (darunter Einzelfallgerechtigkeit) genügen, aber gleichzeitig auch vereinfacht und somit allgemein verständlicher werden. Das Leistungsfähigkeitsprinzip beschreibt zwei Gerechtigkeitsebenen, einerseits sollen Menschen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden (horizontale Gerechtigkeit) und andererseits Menschen mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unterschiedlich besteuert werden (vertikale Gerechtigkeit).

Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:

1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach unten)
3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen, volkswirtschaftliche Kosten berücksichtigen u.ä.

Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu verknüpfen. Ein reformiertes Steuersystem soll stärker an direkten Steuern ausgerichtet sein.

Direkte Steuern als Hauptsäule für Staatseinnahmen und Umverteilung

Hauptsäule des Steuersystems soll die Einkommensteuer bilden. Sie dient sowohl als Haupteinnahmequelle des Staates und kann gleichzeitig wesentlich zur Umverteilung beitragen. Dazu muss die Einkommensteuer progressiv gestaltet sein, der Spitzensteuersatz muss deutlich erhöht werden. Hierbei plädieren wir für eine Erhöhung des Spitzens-teuersatzes auf 53%, der historisch bis zur Einführung der Schröderschen Reformen bis 1999 galt. Die Steuerquote ist in den letzten Jahren auf ein neues Hoch angestiegen und zwar auf Kosten der breiten Masse. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die kalte Progression haben dazu geführt, dass die unteren 70% der Einkommensverteilung eine Mehrbelastung an Steuerabgaben erdulden mussten, während die Steuerreformen unter der Rot-Grünen Bundesregierung vor allem die obere Hälfte der Einkommensverteilung entlastete.

Das Steuersystem ist folglich in den letzten Jahrzehnten weniger progressiv geworden, obwohl disruptive Trends wie Digitalisierung und Globalisierung zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit beitragen. Dem möchten wir mit einer Steuerreform entgegenreten. Wir wollen die breite Masse, also die Klein- & Mittelverdiener*innen entlasten.

Weiterhin sollen alle Formen des Einkommens – gemäß dem Prinzip der horizontalen Gerechtigkeit – gleich besteuert werden. Es darf keine Bevorzugung von Kapitalein-kommen gegenüber Arbeitseinkommen geben. Sie soll in Zukunft nicht mehr in Form von Stufentarifen dargestellt werden, sondern individuelle Steuersätze sollen zu Grunde ge-legt werden. Dies

gelingt, indem die großen Sprünge des jetzigen Stufenmodells durch einen kontinuierlich mit dem Einkommen ansteigenden Tarif ersetzt werden. Dadurch wird die kalte Progression zwar nicht gänzlich abgeschafft, in ihrer Wirkung allerdings um ein Vielfaches gedämpft. Abschließend abgeschafft werden kann die kalte Progression durch eine regelmäßige bzw. kontinuierliche Anpassung (Anhebung) des Grundfreibetrags und der darüber anfallenden Steuersätze. Eine automatische Anpassung kann beispielsweise durch eine Indexierung erfolgen, in der die Einkommensteuersätze an die Inflation gekoppelt und so automatisch angepasst werden. Die Einkommensteuer soll auch auf ausgeschüttete Gewinne von Unternehmen anfallen. Zugrunde gelegt wird dabei der individuelle Steuersatz der Gewinnempfänger. Werden die Gewinne im Unternehmen belassen, also nicht ausgeschüttet, fällt eine proportionale Steuer an – die Körperschaftsteuer – mit einem pauschalen Steuersatz von 15%. Bei Ausschüttung von Gewinnen ist die Körperschaftsteuer anrechenbar. Investitionen von Unternehmen werden dadurch nicht beeinflusst. Aus Nachfrageperspektive investieren Unternehmen solange wie die Rendite der Investition höher ist als bei alternativen Anlageformen.

Abschaffung der Kapitalertragssteuer:

2009 wurde die Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge eingeführt. Dadurch wurde ein Systemwechsel eingeleitet. Wurden bisher alle Einkunftsarten mit dem gleichen Steuersatz besteuert, gilt für Erwerbs- und Kapitaleinkommen nun ein gesonderter Steuersatz. Sie werden nicht mit dem persönlichen Tarif des Steuerpflichtigen versteuert, sondern unabhängig davon mit dem Satz von 25%. Die Abgeltungssteuer ist eine große Steuerersparnis für Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen. Und sie hat nicht zu einer „Repatriierung“ von im Ausland angelegtem Kapital geführt. Gleichzeitig beobachten wir in Deutschland, dass der Anteil des Kapitaleinkommens am Gesamteinkommen in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen ist zu Lasten des Arbeitseinkommens. Dies ist problematisch, da Kapitaleinkommen sehr viel ungleicher verteilt sind als Arbeitseinkommen. Kapitalgewinne dürfen deshalb gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden. Wir wollen daher die Abgeltungssteuer abschaffen. So sollen Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wieder der progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wobei der Freibetrag auf 2.000 Euro erhöht werden sollte.

Für Privathaushalte gilt: Das Ehegatte-Splitting ist abzuschaffen. Dieses ist mit über 20 Milliarden Euro die teuerste familienpolitische Leistung in Deutschland. Es begünstigt die „traditionelle Ehe“ im Vergleich zu anderen Formen von Partnerschaften und ist damit nicht mehr zeitgemäß.

Weiterhin begünstigt sie innerhalb von Ehen eine ungleiche Einkommenserzielung und fördert damit die veralteten Rollen des „arbeitenden Mannes“ und der „kinderhütenden Hausfrau“. Der Gedanke der horizontalen Gerechtigkeit, der die Ehe zweier Personen als wirtschaftliche Einheit und sie daher ins Verhältnis setzt zu zwei Alleinstehenden mit jeweils der Hälfte des Einkommens, kann diese Nachteile nicht wett-machen. Ein gesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Gewinn durch die Begünstigung der Ehe ist nicht vorhanden. Wichtiger sind hier Abzugsmöglichkeiten für Kinder in Form von höheren Kinderfreibeträgen bzw. Kindergeld o.ä. Hierzu wären unserer Auffassung nach ein höherer Kinderfreibetrag, ein höheres Kindergeld sowie eine Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld auf den Hartz IV-Satz geeignet.

Ebenso müssen Kosten, die zur Erzielung des Einkommens anfallen, (in gewissem Maße) abzugsfähig bleiben. Die steuerliche Bemessungsgrundlage muss einen Freibetrag enthalten, der steuerfrei bleibt (Grundfreibetrag). Eine Erhöhung des Steuerfreibetrags auf 12.000€ stellt dabei

vor allem eine Entlastung für Gering und Mittelverdiener*innen dar und macht das Steuersystem deutlich progressiver. Daneben braucht es insbesondere eine Erbschaftsteuer. Diese dient vor allem gesellschaftlicher Umverteilung. Sie soll vor diesem Hintergrund verhindern, dass Vermögen und Reichtum stetig reproduziert und immer stärker auf wenige Menschen konzentriert werden. Denn mehr als drei Viertel der Hoch-vermögenden hat bereits eine Erbschaft oder Schenkung erhalten. Mehr als 18 Prozent haben bereits zwei solcher Transfers erhalten, immerhin 12 Prozent sogar drei oder mehr. Dass bereits Vermögende auch noch überproportional viel Erben ist nicht gerecht und stellt den Gerechtigkeitsgedanken unserer sozialen Marktwirtschaft in Frage. In einer Chancengesellschaft sollen Menschen unabhängig von der Leistung von Eltern, Großeltern die gleiche Möglichkeit auf sozialen Aufstieg haben. Die Freibeträge können wie bislang nach Familiengrad differenziert werden, für nahe Angehörige können Freibeträge von 1 Mio. Euro umgesetzt werden und das Umverteilungsziel dennoch erreicht werden. Dazu muss der Steuersatz nach Freibeträgen bei 100 % liegen. Werden Einkommensteuer und Erbschaftsteuer wie beschrieben umgesetzt, ist eine Vermögensteuer nicht zwingend erforderlich, da sie in diesem System keinen Zweck mehr erfüllt. Sie ist ohnehin in der Umsetzbarkeit aufgrund des Aufwandes einer Erbschaftsteuer unterlegen. Die Freibeträge sollen in dieser Form auch ohne Ausnahme für Familienbetriebe gelten. Ihnen wird jedoch die Möglichkeit eröffnet, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten, dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen. Die Erbschaftsteuer greift auch bei Schenkungen. Nach dem Konzept von Esken und Borjans fordern wir zudem, die aktuelle Grundsteuer durch eine Bodenwertsteuer zu ersetzen, die nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden darf. Eine Bodenwertsteuer ist sozial gerecht und fördert den Wohnungsbau. Sie zielt darauf ab, nicht die Quadratmeterzahl des Gebäudes, sondern die Fläche des Grundstücks an sich zu besteuern. Beliebte Flächen (z.B. in Großstädten) werden durch dieses Konzept höher besteuert. Dies schafft den Anreiz, für möglichst viele Menschen Wohnraum zu schaffen. Bis dahin lautet das Konzept, dass ein wertabhängiges Modell zur Errechnung der Grundsteuer mit klaren mietmindernden Wirkungen eingeführt wird. Zudem solle die Grunderwerbssteuer künftig anteilig zum Eigentumstitel zur Ausschaltung des Privilegs der share deals geleistet werden.

Indirekte Steuern als Lenkungssteuern

Indirekte Steuern können zwar dem Einnahmeziel dienen, nicht aber dem Umverteilungsziel von Steuern. Die Umsatzsteuer belastet im Gegenteil über alle Maße die unteren Einkommensschichten. Die Umsatzsteuer soll in mehreren Stufen abgebaut werden und die Einnahmen durch das höhere Aufkommen aus der Erbschaftssteuer und der Einkommenssteuer kompensiert werden. Gemessen am verfügbaren Einkommen werden einkommensschwächere Haushalte durch die Umsatzsteuer benachteiligt. Indirekte Steuern sind daher v.a. aus Lenkungszielen zu nutzen. Lenkungssteuern verfolgen hauptsächlich das Lenkungsziel, Einnahme- und Verteilungsziel sind nachrangig. In diesem Rahmen sind Tabak- und Alkoholsteuern einzuordnen – volkswirtschaftliche Kosten werden darüber internalisiert, negative externe Effekte anhand von speziellen Konsumsteuern im Preis der jeweiligen Güter abgebildet. Ähnliches gilt für Umweltbelastungen durch Emissionen. Alternativ zu Energie- oder Emissionssteuern können hier aber auch Umweltzertifikate genutzt werden. In diesem Fall sind diese Zertifikate natürlich von politischer Seite entsprechend so stark zu verknappen, dass ihr Marktpreis tatsächlich die volkswirtschaftlichen Kosten beinhaltet. Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, was passiert, wenn Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert

werden. Um Spekulationen an Finanzmärkten zu reduzieren und Finanzmärkte wieder stärker auf den Bereich Investitionen in die Realwirtschaft auszurichten, bedarf ein modernes Steuersystem einer Finanztransaktionssteuer, in der alle Finanztransaktionen mit einer geringfügigen allgemeinen Steuer belastet. Diese macht insbesondere Hochfrequenzhandel unrentabel, dessen volkswirtschaftlicher Nutzen für uns nicht sichtbar ist und die Volatilität von Finanzmärkten beschränkt. Dadurch sollen Krisen eingedämmt werden. Der traditionelle Aktienhandel wird durch die Geringfügigkeit der Steuer nicht belastet und der realwirtschaftliche Zweck der Finanzmärkte dadurch nicht beeinträchtigt.

Ein modernes Steuersystem kann nicht auf nationaler Ebene gestaltet werden. Das Steuersystem ist daher langfristig europaweit zu vereinheitlichen bzw. europäisch umzusetzen. Die hier angesprochene Struktur kann auch als Grundlage für eine einheitliche bzw. gemeinsame europäische Besteuerung dienen. Insbesondere gilt die europäische Vereinheitlichung aber auch jetzt schon für den Bereich der Emissionssteuern bzw. Umwelt-zertifikate einerseits und andererseits für die Finanzmarkttransaktionssteuer. Weiterhin sind innereuropäische Steuer-Schlupflöcher zu schließen. Dazu möchten wir die Staats-angehörigkeit an die Pflicht zur Steuerabgabe binden. Unternehmen müssen die Steuerlast im Land der Entstehung abführen. Dadurch soll ein innereuropäischer Steuerdumpingwettbewerb verhindert werden. Vor dem Hintergrund einer europäischen Währungsunion ist für uns eine einheitliche Steuergestaltung für den Fortbestand der Europäischen Union elementar, da die der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der Länder geschuldeten Diskrepanzen nur durch eine Annäherung der Steuern und Löhnen gewährleistet werden kann.

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung als Material an den SPD-Bezirksvorstand als Grundlage zur Diskussion eines bundespolitischen Steuersystems.

Antrag A-02: Gender Budgeting als gleichstellungspolitisches Instrument einführen

Antragsteller*in:	ASF Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Finanzierung- und Budgetentscheidungen sind immer auch Ausdruck von
- 2 gesellschaftlichen Machtverhältnissen und nicht geschlechtsneutral.
- 3 Sie kommen Männern und Frauen in unterschiedlicher Weise zu Gute.
- 4 Es ist daher notwendig, Prinzipien zu erarbeiten und Strukturen zu etablieren, die
- 5 eine geschlechtergerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder und Budgets
- 6 sicherstellen.
- 7 Die SPD Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung,
- 8 die SPD Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder auf, sich für
- 9 die Einführung des Gender Budgeting bei der Haushaltsaufstellung auf Bundes- und
- 10 Landesebene einzusetzen. Damit nimmt die SPD den Faden der letzten Rot-Grünen
- 11 Bundesregierung aus April 2005 wieder auf, den die letzte Schwarz-Gelbe
- 12 Bundesregierung 2012 abgeschnitten hat.

Begründung

Bereits in der Endphase der letzten Rot-Grünen Bundesregierung im April 2005 hat die SPD unter der Federführung der Bundesfamilien- und Frauenministerin Renate Schmidt den Startpunkt für die Einführung des Gender Budgeting auf Bundesebene gelegt, der in die im März 2006 vorgelegte „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene“ mündete.

Ogleich in der Machbarkeitsstudie festgestellt wird, dass Gender Budgeting als effektives Mittel zur Durchsetzung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau geeignet ist, wurden keine weiteren Maßnahmen aus der Studie abgeleitet. Dies verwundert nicht, da zum Erscheinen der Studie mit Ursula von der Leyen längst eine christdemokratische Ministerin das Haus leitete, die offensichtlich andere Ziele als die Durchsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau verfolgte.

In 2012 schließlich erklärte die dann Schwarz-Gelbe Bundesregierung, dass Gender Budgeting im Rahmen des Bundeshaushalts kein geeignetes Instrument sei, um die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen. Überraschend, denn selbst Institutionen wie der International Monetary Fund kommen hier zu anderen Ergebnissen.

Der Ansatz des Gender Budgeting wird von der aktuellen Bundesregierung heute lediglich in Entwicklungspolitischen Maßnahmen angewandt, nicht aber im Inland. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Gleichstellung, die in der Entwicklungszusammenarbeit von unserer Bundesregierung als richtig angesehen und eingefordert werden, müssen im Inland dementsprechend zuerst Anwendung finden.

Wir Frauen in der SPD stehen für anderthalb Jahrhunderte erfolgreiche Frauenpolitik. Darum ist es uns Pflicht und Verpflichtung, mit der Einführung des Gender Budgeting im Bundeshaushalt sowie in den Landeshaushalten, auf die wir Einfluss nehmen können, ein international anerkanntes, wichtiges und wirkungsvolles Instrument zur Gleichstellung durchzusetzen.

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung als Material an die SPD Landtagsfraktion und SPD Bundestagsfraktion

Weiterleiten an

Sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung, SPD Bundestagsfraktion,
sozialdemokratische Mitglieder des Bundesrats

Antrag A-03: Lieferkettengesetz verbessern

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Am 15.2.2021 hat das Bundeskabinett nach langem Ringen ein Lieferkettengesetz
- 2 vorgelegt, das ein erster wichtiger Schritt zur verbindlichen Einhaltung von
- 3 menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten durch Unternehmen ist. Weitergehende
- 4 Regelungen sind bisher am Widerstand von Wirtschaftsminister Altmaier gescheitert.
- 5 Wir beauftragen die SPD-Bundestagsfraktion, sich bei den Beratungen im Deutschen
- 6 Bundestag für folgende Verbesserungen einzubringen:
- 7
- 8 • Ausweitung der Sorgfaltspflichten auf die gesamte Lieferkette, nicht nur auf die
- 9 direkten Zulieferer. Ohne diese Ausweitungen wären menschenrechtliche und
- 10 umweltbezogene Verfehlungen, wie zum Beispiel soziale Ausbeutung, nicht
- 11 existenzsichernde Löhne, Kinder- und Zwangsarbeit oder ungenügender Arbeits- und
- 12 Umweltschutz nicht auszuschließen.
- 13 • Einführung einer zivilrechtlichen Haftung, um Betroffenen ein Klagerecht in
- 14 Deutschland zu ermöglichen.
- 15 • Die Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes darf nicht allein beim Bundesamt für
- 16 Wirtschafts- und Ausfuhrkontrolle liegen, sondern es muss – neben einer
- 17 ausreichenden Personalausstattung der Behörde – eine Mitbeteiligung des
- 18 Bundesministeriums für Arbeit und Soziales geben.
- 19 • Der Geltungsbereich des Gesetzes muss erweitert werden. Bei einer Geltung nur
- 20 für Unternehmen ab 3000 Beschäftigten betrifft dies nur 600 Unternehmen (bei
- 21 1000 Beschäftigten ab 2024 nur 3000 Unternehmen). Eine Erweiterung auf alle
- 22 Unternehmen mit über 250 Beschäftigten ist erforderlich, wenn das Gesetz wirksam
- 23 für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten sein soll.
- 24 • Eine generelle Erweiterung der umweltbezogenen Kriterien auf
- 25 Produktionsbedingungen, die zur Umweltzerstörung beitragen, ist nötig.
- 26 • Darüber hinaus wird die SPD Bundestagsfraktion aufgefordert, darauf zu dringen,
- 27 dass sich die Bundesrepublik Deutschland dem UN-Treaty-Prozess anschließt.

Begründung

Nur ein umfassendes Lieferkettengesetz, das die gesamte Lieferkette umfasst, kann dazu beitragen, dass unsere Konsum- und Wirtschaftsweise nicht weiterhin zu Ausbeutung von Menschen, zu Sklaven- und Kinderarbeit und zu Umweltzerstörung führt. Alle Unternehmen müssen soziale, ökologische und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihrer gesamten Lieferkette einhalten.

Antrag A-03-Ä001: Änderungsantrag zu A-03

Änderungsantrag zu A-03

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Am 15.2.2021 hat das Bundeskabinett nach langem Ringen ein Lieferkettengesetz
- 2 vorgelegt, das ein erster wichtiger Schritt zur verbindlichen Einhaltung von
- 3 menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten durch Unternehmen ist. Weitergehende
- 4 Regelungen sind bisher am Widerstand von Wirtschaftsminister Altmaier und weiten Teilen der CDU gescheitert.
- 5 Wir beauftragen die SPD-Bundestagsfraktion, sich bei den Beratungen im Deutschen
- 6 Bundestag für folgende Verbesserungen einzubringen:

Antrag A-04: Echte Steuerfreiheit für das Kurzarbeitergeld

Antragsteller*in:	AfA Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass zukünftig das Kurzarbeitergeld einer echten Steuerfreiheit unterstellt
- 3 wird. Das heißt, dass auch der Progressionsvorbehalt wegfällt und das KUG steuerlich
- 4 nicht als Einnahmen sondern als Zuschuss gewertet wird.

Begründung

Immer wieder erleben Beschäftigte ihr blaues Wunder bei ihrer Steuererklärung, da das KUG einer steuerlichen Progression unterliegt und sie einige Hundert Euro Steuern nachzahlen müssen. Insbesondere in Krisenzeiten, wo Beschäftigte 100% in Kurzarbeit gehen müssen und auf erhebliche Gehaltseinbußen bewältigen müssen, gleicht die nachträglich Besteuerung einer doppelten Bestrafung.

Antrag A-05: Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 % des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen bis 1.600,-- Euro

Antragsteller*in:	AfA Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass zukünftig ein sogenanntes Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 %
- 3 des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen von 1 600 €. Gehälter über 1 600 €
- 4 werden darüber hinaus anteilig mit dem Kurzarbeitergeld verrechnet.

Begründung

Insbesondere auf geringverdienende Personen muss in Krisenzeiten geachtet werden. So ist es nur eine logische Konsequenz, dass die Politik einen Gehalt sicherstellt, der auch in Krisenzeiten zum Leben ausreichen kann. Dieses Solidarkurzarbeitergeld soll jährlich steigen, ähnlich wie es beim Mindestlohn der Fall ist.

Antrag A-05-Ä001: Änderungsantrag zu A-05

Änderungsantrag zu A-05

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass zukünftig ein sogenanntes Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 %
- 3 des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen von 1 600 €. ~~Gehälter~~ Entgelbestandteile
- 4 über 1 600 €
- 4 werden darüber hinaus anteilig mit dem Kurzarbeitergeld verrechnet.

Antrag A-06: Änderung des § 19, Abs. 1, Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei Betriebsschließungen ohne zeitliche Begrenzung

Antragsteller*in:	AfA Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass zukünftig Auszubildende auch bei einer vorläufigen Betriebsschließung
- 3 von über 6 Wochen, das Kurzarbeitergeld in vollen Umfang ihrer Ausbildungsvergütung
- 4 erhalten.

Begründung

Bislang muss ein Arbeitgeber, nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG, bei einer vorläufigen Einstellung des Geschäftsbetriebs seinen Azubis 6 Wochen lang die volle Ausbildungsvergütung zahlen. Danach können die Auszubildenden nach derzeitiger Rechtsgrundlage in Kurzarbeit einbezogen werden. Wenn wir von einer derzeitigen Mindestausbildungsvergütung von 515 € brutto und 60 % Kurzarbeitergeld ausgehen, bleibt den Auszubildenden im Krisenfall lediglich ca. 250 € monatlich netto zum leben. Dies ist, egal wie man kalkuliert, zu wenig!

Antrag A-06-Ä001: Änderungsantrag zu A-06

Änderungsantrag zu A-06

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Wirtschaft - Finanzen
Antragsblock:	Antragsblock A

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 4

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass zukünftig Auszubildende auch bei einer vorläufigen ~~Betriebsschließung-~~
Einstellung des Geschäftsbetriebs
- 3 von über 6 Wochen, das Kurzarbeitergeld in vollen Umfang ihrer Ausbildungsvergütung
- 4 durch die Bundesagentur für Arbeit erhalten.

Antrag B-01: Das Leben leichter und gerechter machen – der Sozialstaat als Partner.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wo stehen wir?**

2 Familien, Eltern, Kinder und Jugendliche sind besonders von der Pandemie betroffen.

3 Sie hat die sozialen Unterschiede noch deutlicher gemacht und vorhandene

4 Ungerechtigkeiten verschärft.

5 Es macht eben einen Unterschied, ob das Gehalt während der Pandemie weitergezahlt
6 wird oder das eigene Geschäft keinen Umsatz macht. Es macht einen Unterschied, ob man
7 sozial abgesichert ist oder mit weniger Geld auskommen muss und sich Sorgen um die
8 Zukunft macht. Viele brauchen die sicheren Brücken, die über die Pandemie gebaut
9 werden und Hilfe, damit sie danach wieder starten können. Für viele fällt die
10 Pandemie gleichzeitig in eine Zeit der wirtschaftlichen Transformation und damit der
11 beruflichen Veränderungen oder drohender Arbeitsplatzverluste. Sie erwarten eine
12 wirtschaftliche Perspektive und Hilfe und Unterstützung, dem Wandel gut zu begegnen.
13 Und sie machen sich Sorgen um ihre Kinder. Die Ungerechtigkeiten unseres
14 Bildungssystems haben sich noch einmal stark verschärft. Eltern und Kinder haben
15 Angst es nicht zu schaffen. Weil sie in der Schule mit Distanzunterricht und
16 digitalem Lernen nicht mitkommen, oder weil sie keinen Ausbildungsplatz finden oder
17 sich nicht für die Zukunft orientieren können. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung
18 jetzt, in den Sommerferien und weit über die Pandemie hinaus.

19 Es macht einen Unterschied, ob ich von zu Hause aus arbeiten kann oder als
20 Altenpflegekraft jeden Tag Angst habe, andere zu infizieren. Gerade die Pflegekräfte
21 – sei es in der Altenpflege-, der Betreuung von Menschen mit Behinderung oder im
22 Krankenhaus – haben in der Pandemie besondere Aufmerksamkeit bekommen. Sie erwarten
23 aber nicht nur Aufmerksamkeit in der Krise, sondern bessere Arbeitsbedingungen und
24 gerechte Löhne.

25 Es macht einen Unterschied, ob ich in einer Familie oder bei Freunden Geborgenheit
26 finde oder allein mit allem zurechtkommen muss. Es macht einen Unterschied, ob die
27 Familie in der Pandemie zusammenwächst oder die angespannte Situation zu Hause zu
28 Gewalt und Auseinandersetzungen führt. Und es macht einen Unterschied, ob die Kinder
29 in Kita und Schule gehen können oder zu Hause betreut werden müssen. Familien

30 brauchen einfache und unbürokratische Hilfe – jetzt und nach der Pandemie.

31 Die Menschen kommen sehr unterschiedlich durch die Krise. Es macht eben einen
32 Unterschied, in welcher Lebenssituationen uns die Krise trifft. Und es macht einen
33 Unterschied, wie wir ganz individuell damit umgehen. Wir alle sind verunsichert.
34 Viele spüren Angst und sind ich wütend. Andere sind stark, optimistisch und helfen
35 aus der Krise heraus zu kommen. Wir wollen Zuversicht geben.

36

37 **Wo wollen wir hin?**

38 Wir wollen in Zeiten des Wandels Sicherheit geben. Jeder und jede, die arbeiten
39 wollen, müssen auch die Möglichkeit haben und gut davon leben. Das ist unser
40 Versprechen:

41 Wenn du Arbeit hast, dann nie unter mindestens 12 Euro Mindestlohn. Wenn du Kinder
42 hast musst du keine Angst haben, deswegen arm zu werden, weil unsere
43 Kindergrundsicherung hilft. Wenn du keine günstige Wohnung findest, erhältst du
44 Wohngeld und auch wenn du auf dem Land wohnst garantieren wir deine Mobilität auch
45 ohne, dass du ein Auto brauchst. Wir kümmern uns um deine Gesundheit und deine
46 Qualifikation, damit du deine Arbeit nicht verlierst.

47 Wenn du deine Arbeit trotzdem verlierst, dann musst du keine Angst um deine Wohnung
48 und dein Ersparnes haben und du hast Zeit und bekommst eine individuelle
49 Unterstützung dabei, einen neuen Job zu finden oder dich neu zu qualifizieren – auch
50 wenn du einen ganz neuen Weg einschlagen möchtest.

51 Und wenn du schon lange arbeitslos bist, dann gehen wir auch einen langen Weg mit dir
52 zurück in Arbeit – mit individueller Hilfe und einem Bonus für deinen Erfolg.

53 Wir tun – gerade mit unseren Zukunftsmissionen und unseren Investitionen in die
54 Zukunft, mit der Transformation unserer Industrie als Basis unserer Wirtschaftskraft
55 - alles dafür, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

56 Nicht nur in der Pandemie hat sich darüber hinaus gezeigt, dass es viel
57 gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt, die aber nicht bezahlt wird. Sei es in den
58 sozialen Berufen oder den verschiedensten Dienstleistungen. Aber auch im Naturschutz,
59 den Verwaltungen, bei der Unterstützung des Ehrenamts und vielem anderen mehr. Wir
60 wollen, wo immer es der Markt nicht regelt und der Bedarf da ist, öffentliche
61 Beschäftigung schaffen.

62 Und wir wollen mit dem sozialen Arbeitsmarkt allen einen Weg eröffnen, produktiv zu
63 sein, auch wenn sie es besonders schwer haben. Für jeden und jede gibt es einen Ort,
64 an dem sie gebraucht werden – man muss ihn nur finden.

65 Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder und niemanden zurück assen. Diejenigen,
66 die es schwerer haben brauchen mehr Unterstützung. Dabei geht es nicht nur um
67 Schulbildung, Ausbildung oder Studium. Kinder brauchen Gleichaltrige und
68 Gemeinschaft, Erfahrungen und Erlebnisse beim Sport, bei Kunst und Kultur, in
69 Vereinen und Verbänden. Zu alle dem wollen wir einen gleichen Zugang für alle.

70

71 **Wie wollen wir das schaffen?**

72 Jetzt:

- 73 • Aufstockung der Kinderkrankentage und Erhöhung der Altersgrenze
- 74 • Corona-Aufhol-Paket für die Bereiche der frühkindlichen und schulischen Bildung
75 sowie der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der Freizeit- und
76 Ferienangebote (insgesamt 2 Mrd. Euro)
- 77 • Ferienbonus für Kinder im Hilfebezug für bessere Teilhabe am gesellschaftlichen
78 Leben.
79 Unterstützung von Kommunen, Verbänden, Vereinen und allen, die im Sommer
80 verlässliche und pandemiegerechte Kinder- und Jugendbetreuung sicherstellen.
- 81 • Verlängerung der Akuthilfen für pflegende Angehörige über den 30. Juni 2021
82 hinaus
- 83 • Programm gegen Einsamkeit im Alter, insbesondere für Seniorinnen und Senioren
84 mit geringem Einkommen.
- 85 • Stärkung der Mitwirkungsrechte von Betriebsräten insbesondere bei der
86 Ausgestaltung von mobiler Arbeit.

87

88 Und in Zukunft:

89 Für gute Arbeit und gerechte Löhne:

- 90 • Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro
91 erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen
92 ausweiten.
- 93 • Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich
94 zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeberinnen und
95 Arbeitgeber in einer Branche gelten.
- 96 • Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir
97 abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch
98 überprüfen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden ab dem ersten Tag den
99 gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.
- 100 • Um die Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, heben wir die
101 Gleitzone der Midi Jobs auf 1.600 Euro an. In dieser Zone zahlen die
102 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geringere Beiträge, ohne dass sie dadurch
103 einen geringeren Rentenanspruch haben.
- 104 • Den Zugang zur Brückenteilzeit werden wir für mehr Beschäftigte möglich machen.
- 105 • Wir werden über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere Erhöhung der
106 Mindestlöhne verfolgen. Unser Ziel sind allgemeinverbindliche
107 Branchentarifverträge.
- 108 • Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrätinnen und Betriebsräte ausweiten
109 und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.
- 110 • Wir werden ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften und ein

111 Beschäftigtendatenschutzgesetz einführen.

112

113 Für Sicherheit im Wandel:

- 114 • Wir werden einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen. Grundsätzlich
115 sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil
116 oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt.
- 117 • Wir wollen eine Ausbildungsgarantie.
- 118 • Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen
119 Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die auch Selbständige mitaufnimmt. Sie
120 soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan treten, sondern durch
121 Qualifizierung stärker dabei helfen, das es nicht soweit kommt.
- 122 • Wir werden einen Anspruch auf Qualifizierung einführen, der bereits nach drei
123 Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q).
- 124 • Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen
125 Lebensphasen. Wir werden ein Recht schaffen, das es Arbeitnehmerinnen und
126 Arbeitnehmer auch mit 40plus ermöglicht, noch einmal einen ganz neuen Beruf zu
127 erlernen.
- 128 • Mit unserem Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit werden wir
129 ermöglichen, dass alle Erwerbstätigen im Lauf ihres Erwerbslebens auf eigene
130 Initiative und mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb sich
131 weiterbilden oder umschulen können.
- 132 • Mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld unterstützen wir die Qualifizierung
133 von Beschäftigten in Betrieben, die sich neu orientieren müssen.

134

135 Leistung muss sich lohnen:

- 136 • Wir wollen ein persönliches Zeitkonto im Sinne eines Chancenkontos zum Start ins
137 Arbeitsleben, um zusätzlich individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des
138 Lebenslaufs zu schaffen. Nicht nur reiche Erben sollen die Möglichkeiten und
139 Sicherheiten haben etwas auszuprobieren.
- 140 • Wir wollen Lebensleistungen stärker berücksichtigen. Wer länger eingezahlt hat,
141 soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen. Für Bürgerinnen und
142 Bürger, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten
143 Arbeitsmarkt haben, haben wir den sozialen Arbeitsmarkt eingeführt, den ausbauen
144 und weiterentwickeln wollen.
- 145 • Wir führen einen Weiterbildungs-Bonus in der Grundsicherung und in der
146 Arbeitslosenversicherung ein, der die finanziellen Spielräume spürbar erweitert.

147

148 Jedes Kind hat gleiche Chancen und Möglichkeiten:

149 Wir werden eine Kindergrundsicherung einführen, die aus zwei Säulen besteht. Die
150 erste Säule beinhaltet eine Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle

151 Kinder ermöglicht. Die zweite Säule besteht aus einem neuen existenzsichernden,
152 automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist.
153 Der monatliche Basisbetrag dieses neuen Kindergeldes wird bei zirka 250 Euro liegen.
154 Der Höchstbetrag wird sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für
155 Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der
156 Basisbetrag. Im Höchstbetrag sind das sächliche Existenzminimum inklusive
157 Wohnkostenpauschale sowie Bildungs- und Teilhabekosten enthalten. Das neue Kindergeld
158 ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.

159

160 Der Sozialstaat als Partner:

161 Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürger-geld
162 entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines halt-gebenden und
163 bürgernahen Sozialstaats. Das Bürgergeld soll digital und unkompliziert zugänglich
164 sein. Bescheide und Schriftwechsel sollen eine verständliche Sprache sprechen. Die
165 Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur
166 gesellschaftlichen Teilhabe befähigen.

167 Wir wollen einen Bürgerservice, der nach Lebenslagen berät und alle Leistungen aus
168 einer Hand zugänglich macht. Es ist digital und aufsuchend, wo der Weg zu
169 beschwerlich ist. Ein zugewandter Sozialstaat hilft, Rechtsansprüche geltend zu
170 machen und auch danach beratend alle Schritte begleiten.

Antrag B-01-Ä001: Änderungsantrag zu B-01

Änderungsantrag zu B-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 123

- 122 • Wir werden einen Anspruch auf Qualifizierung einführen, der bereits nach drei
123 Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q). Für die Dauer der
Qualifizierung besteht Anspruch auf ALG 1 für maximal 24 Monate.

Antrag B-02: Armut ist heilbar, Reichtum ist teilbar

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

1 Der Kampf gegen Armut, die Schaffung von Aufstiegschancen und Chancengleichheit,
 2 sowie eine gerechte Verteilung von Vermögen gehören zum Kern unserer politischen und
 3 inhaltlichen Arbeit. Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft der
 4 Solidarität untereinander und ein starker Sozialstaat gehören zu unseren Idealen. Was
 5 ist Altersarmut und wie kann sie bekämpft werden? Was können wir gegen prekäre
 6 Beschäftigung tun? Hat Armut ein Geschlecht und wie sieht die Genderperspektive aus?
 7 Was ist Mobilitätsarmut und wie kann diese bekämpft werden?

8 Insbesondere die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt: Krisen wirken wie ein Brennglas
 9 auf bereits vorherrschende Problemfelder. Der Kund*innenkreis der Jobcenter hat sich
 10 enorm erhöht, Alleinerziehende kämpfen mit einer auffallenden Belastung und
 11 psychische Probleme haben sich für viele Menschen zu einem nicht zu bewältigenden
 12 Ballast entwickelt.

13

14 **Armut im Alter**

15 Von 2005 bis 2017 ist die Altersgefährdungsquote bei Menschen über 65 Jahren in
 16 Hessen von 14,1% auf 15,9% um knapp 2% gestiegen. Frauen sind dabei mit 18% öfter als
 17 Männer mit 13% betroffen. Dies lässt sich auch in den Zahlen der Bezieher der
 18 Grundsicherung in Hessen feststellen: Sie stieg von 2010 bis 2018 von 36.500 Personen
 19 auf mehr als 50.000. Schätzungsweise stellen noch nicht mal 50% der
 20 Förderungsberechtigten einen Antrag.

21 Auch der Verbreitungsgrad der Riester-Rente ist hierzulande völlig unzureichend. Im
 22 Bundesgebiet lagen 2018 rund 16.597.000 Riester-Verträge vor, diese steigen seit 2012
 23 nur noch leicht an. Genaue Zahlen für Hessen liegen der Landesregierung jedoch nicht
 24 vor.

25 Junge Menschen haben öfters weniger Vertrauen in die gesetzliche Rente. Mögliche
 26 Gründe dafür sind dabei die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Rente mit
 27 Jahren und auch ein immer weiter sinkendes Rentenniveau. 1990 lag dieses noch bei
 28 55%, aktuell nur noch bei 48,1%. Berechnungen schätzen, dass es bis 2032 weiter auf
 29 nur noch 44,9% sinken wird.

30 In dem negativen Zusammenhang steht vor allem der Mindestlohn. Dieser lag im Januar

31 2020 bei 9,35€ die Stunde. Der Schwellenwert für die Armutsgefährdung lag im Jahr
32 2018 bei einem Verdienst von 1062€ pro Monat. Mehrere Studien belegen, dass ein
33 schlechter Lohn sich am ehesten direkt auf eine geringere Rente auswirkt.

34 Es muss ein gesetzliches Rentensystem her, welches von einer breiteren Masse der
35 Bevölkerung so angenommen wird, ob jung oder alt. Es muss weiterhin ein stabiles
36 Rentenniveau von mindestens 50% und keine weiteren Erhöhungen der Rentenaltergrenze
37 sichergestellt werden. Um niedrige Renten am eiffigsten aufwerten zu können,
38 muss zudem ebenfalls der Mindestlohn auf 12,80€ angehoben, welcher mit einer Stärkung
39 der Tarifbindung und einer Begrenzung von Minijobs, Leih- und Zeitarbeit mit
40 einhergeht.

41 Erwerbsminderungsrenten (EM) werden beantragt, wenn man wegen Krankheit nicht mehr
42 arbeiten kann. In Deutschland gelten ca. 1,8 Millionen Menschen als solche Erwerbs-
43 minderungsrentner, welche jedoch nur bei 795€ liegt und bei zusätzlichen Abschlägen
44 von bis zu 10,8% nachweislich nicht zum Leben ausreicht. Als Folge davon bezieht fast
45 jeder sechste EM-Rentner eine Grundsicherung, Tendenz steigend. Die logische
46 Konsequenz daraus kann nur lauten, die Abschläge für EM-Renter abzuschaffen und die
47 Bestandsrente generell zu verbessern. Die beste Vorbeugung lautet hierbei eine
48 Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um Altersarmut vorzubeugen.

49 Darüber hinaus zahlen einige Gruppen von Erwerbstätigen wie Beamte, Apotheker, An-
50 wälte, Ärzte, Freiberufler und die meisten Selbständigen nicht in die gesetzliche
51 Rentenversicherung mit ein, da dort andere Rentensysteme vorherrschen. Um bestehende
52 Lücken im Rentensystem auszustopfen, wäre es jedoch plausibel, wenn insbesondere
53 diese Gruppe der meistens wohlverdienenden Berufe in das allgemeine Rentensystem
54 miteinzahlen würde.

55 Letztendlich führen auch andere Wege zu diesem Ziel. Immer noch leben wir einer
56 Gesellschaft, in der 5% der Bevölkerung so viel besitzen wie die restlichen 95%. Um
57 diese Schere zwischen Arm und Reich zu schließen braucht es eine effektive
58 Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen, eine
59 Einführung einer Finanztransaktions- und Digitalsteuer und natürlich eine öffentliche
60 und grundlegende Diskussion darüber, ob unsere aktuellen sozialen Sicherungssysteme,
61 welche sich fast allein nach dem Einkommen orientieren, noch zeitgemäß sind.

62 Unternehmensgewinne kommen wegen der Digitalisierung immer stärker von einer
63 sinkenden Anzahl von Beschäftigten, welche jedoch ausschließlich ins Rentensystem
64 einzahlen und somit disproportional belastet werden. Um dem entgegen zu wirken müsste
65 der Steueranteil im Rentensystem entweder erhöht oder schlichtweg komplett neue
66 Grundlagen für Sicherungssystem geschaffen werden, welche nicht nur die Rente
67 betreffen.

68 Zahlreiche Studien sind sich einig, dass Altersarmut zusammen mit der Armutsgefähr-
69 dungsquote unter den aktuellen Bedingungen weiter zunehmen wird. Zeitgleich steigt
70 auch die Anzahl der Einkommensmillionäre, welche weniger Steuern zahlen als noch
71 zuvor. Steuergelder, die wir dringend für die Refinanzierung unseres Rentensystems
72 bräuchten. Eine Anhebung des Reichensteuersatzes und intensivere Bekämpfung von
73 Steuerhinterziehung sind nur einige Beispiele, wie wir den aktuellen Trend

74 entgegenwirken könnten.

75 Deshalb fordern wir:

- 76 • Alle Erwerbstätigen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch
77 Beamte, Selbstständige und Politiker.
- 78 • Alle Generationen, Alt und Jung, müssen sich auf eine gute Absicherung durch die
79 gesetzliche Rente verlassen können.
- 80 • Große Vermögen und hohe Einkommen müssen so besteuert werden, dass ein sozialer
81 Ausgleich ermöglicht und Altersarmut verhindert wird.
- 82 • Arbeit und Lebensleistung müssen belohnt werden. Wer jahrzehntelang auch aus
83 kleinen Einkommen Beiträge bezahlt hat, muss auf eine ausreichende gesetzliche
84 Rente im Alter vertrauen können.
- 85 • Damit Krankheit nicht arm macht, müssen die Abschläge bei der Erwerbsminder-
86 rungsrente komplett gestrichen werden.
- 87 • Stärkung gesetzliches Rentensystem – private Vorsorge („Riester“) ist keine
88 Lösung, gerade für Geringverdiener

89

90 **Armut ist migrantisch**

91 Fast jede vierte Person in Deutschland besitzt aktuell einen Migrationshintergrund,
92 dessen Anteil sich mittelfristig weiter erhöhen wird. Dazu zählen laut Definition
93 Menschen, welche selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher
94 Staatsangehörigkeit geboren sind. Im Einzelnen umfasst dies zugewanderte und nicht
95 zugewanderte Ausländer, Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler geboren mit deutscher
96 Staatsangehörigkeit und Nach-kommen all dieser genannten Gruppen. Statistisch sind
97 knapp zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund selbst eingewandert, der
98 Rest wurde hierzulande geboren. Knapp 51,1% aller Personen mit Migrationshintergrund
99 besitzen einen deutschen Pass.

100 Historisch begann das Einwanderungsland Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, als knapp
101 13 Millionen Vertriebene der Bundesrepublik in ihre Heimat zurückkehrten und
102 entsprechend ihrer Qualifikationen in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Dafür
103 wurden zwischen 1955 und 1968 insgesamt 9 Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und
104 Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und
105 dem ehemaligen Jugoslawien abgeschlossen. Bei einem Anwerbestopp 1973 gab es bereits
106 ca. 4 Millionen Gastarbeiter*innen in Deutschland. Dessen Arbeitsplätze zeichneten
107 sich durch ein niedriges Qualifikationsniveau aus, welche niedrige Sprachkenntnisse
108 erforder-terte, aber auch unterdurchschnittliche Bezahlung und Sicherheiten zur Folge
109 hatte. Bei wirtschaftlichen Rezessionen waren dies die ersten Arbeitsplätze, welche
110 abgebaut wurden.

111 Eine Besetzung dieses Arbeitsmarktsektors durch Migrant*innen bedeutete für deutsche
112 Arbeiter*innen, dass sie in höher qualifizierte und besser bezahlte Positionen
113 aufsteigen konnten. In den 60er und 70er Jahren erfolgte der Familiennachzug von
114 „Gastarbeiterfrauen*“, später auch die der Kinder. Diese Frauen* leisteten gemäß

115 traditioneller deutscher und ausländischer Geschlechterrollen vor allem Care-Arbeit
116 im Haushalt oder bei der Kinderbetreuung und nebenbei auch häufig bei gering
117 qualifizierten Berufen wie in der Gebäudereinigung vor allem in privaten Haushalten.
118 Dies bedeutete häufig auch eine sehr geringe oder sogar gar keine Einzahlung in das
119 Rentenversicherungssystem, ebenso fehlte in den meisten Fällen auch das Einkommen für
120 eine private Altersvorsorge.

121 Letztendlich hat dies eine besondere Benachteiligung von Migrant*innen gegenüber
122 deutschen Arbeitnehmer*innen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zur
123 Folge, selbst bei Vorhandensein einer Gender Pay Gap gegenüber Männern*.

124 In der 2. Generation der Migrant*innen änderte sich diese Rolle oft grundlegend, da
125 mit dem Abschluss des deutschen Schul- und Ausbildungssystems oft leicht bessere
126 Startbedingungen in den Arbeitsmärkten gegeben waren. Doch trotzdem herrschten ver-
127 gleichsweise geringere Bildungschancen für Schüler*innen mit Migrationshintergrund,
128 welche vor allem für Frauen* ein fehlender Aufstieg vom Niedriglohnsektor bedeutete.
129 Nachdem die Zuwanderung in den 70er und 80er Jahren abgenommen hatte, stieg sie in
130 den 1990er Jahren wieder. Hintergründe waren u.a. der Jugoslawienkrieg, die
131 Zuspitzung der Lage im kurdischen Teil der Türkei und die Öffnung der Grenzen für
132 Spätaussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion.

133 Die Arbeitsmigration nach Deutschland änderte sich in den letzten Jahren durch die
134 Gesetzeslage bezüglich der neuen Mitgliedsstaaten der EU. So kamen viele
135 Arbeitsmigrant*innen seit Beginn des neuen Jahrtausends aus Polen 2004, Bulgarien und
136 Rumänien 2007, Kroatien 2013. (Arbeitnehmerfreizügigkeit)

137 Dazu kommen die Geflüchteten aus den Krisenregionen Afghanistan, Pakistan, Syrien,
138 die bislang nur zum Teil auf dem Arbeitsmarkt angekommen sind.

139 Nach der SOEP-Studie (DIW Berlin) Insgesamt zeigt sich, dass die Armutsgefährdung
140 innerhalb der Gruppe der Eingewanderten stark variiert. Besonders von Armutsrisiken
141 betroffen sind Personen, die im mittleren bis späten Erwachsenenalter nach
142 Deutschland gekommen sind, eine geringe Aufenthaltsdauer haben, geringe deutsche
143 Sprachkenntnisse haben, aus den ehemaligen sogenannten „Gastarbeiterländern“ oder
144 Drittstaaten außerhalb der EU kommen und/oder keinen deutschen Berufsabschluss haben.

145 Wenn verschiedene Faktoren gleichzeitig betrachtet werden, zeigt sich, dass vor allem
146 Migrant*innen, die schon mehr als 25 Jahre in Deutschland leben, aus EU-Ländern
147 stammen, über eine Berufsausbildung verfügen und mit Personen ohne
148 Migrationshintergrund zusammenleben in geringerem Maße von Armutsrisiko betroffen
149 sind.

150 Jedoch zeigt sich auch unter günstigen Voraussetzungen wie einem geringen Alter bei
151 Einwanderung, hoher Aufenthaltsdauer oder sehr guten Deutschkenntnissen immer noch
152 eine höhere Armutsgefährdung als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bei
153 Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland lag die Armutsgefährdungsquote im
154 Jahr 2016 bei 28,0 Prozent, die Armutsgefährdungsquote in Deutschland insgesamt bei
155 15,7 Prozent.

156

157 Besondere Situation von Geflüchteten:

158 Ohne an dieser Stelle noch näher darauf eingehen zu können, ist festzustellen, dass
 159 Geflüchtete inzwischen mehr auf dem Arbeitsmarkt mit einer
 160 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Ausbildung angekommen sind. Aber
 161 ihre Löhne sind um ca. 44 Prozent niedriger als die der Gesamtbevölkerung. Sie landen
 162 trotz guter Qualifikationen häufig im unterbezahlten Helferbereich und sehr oft in
 163 der Leiharbeit. Etwa 76 Prozent der Geflüchteten mit Vollzeitjob arbeiten im
 164 Niedriglohnbereich.

165 Diese Erwerbsarmut führt dazu, dass die Arbeitnehmer*innen auf aufstockende Lohn-
 166 ersatzleistungen angewiesen sind und weniger Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe in
 167 Anspruch nehmen können. Auf ihre späteren Renten hat das katastrophale Auswirkungen.
 168 (DGB Arbeitsmarkt aktuell Nr. 03/01.08.2019 und DGB Arbeitsmarkt 2.8.2019))

169 Deshalb fordern wir:

- 170 • Leichtere Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse
- 171 • Besondere Förderung von Kindern aus migrantischen Haushalten im Bereich Bildung
 172 (Sprachförderung, Nachhilfe) und Ausbildung (z.B. Anonyme Bewerbungen)
- 173 • Angebot von Sprachkursen für alle Migrant*innen und Geflüchtete (auch in
 174 Betrieben – siehe Deutsche Post und DHL)
- 175 • Angebot von kostenlosen Sprachkursen bis zum C1 Niveau
- 176 • Angebot von kostenlosen Sprachkursen für alle Migrant*innen und Geflüchteten
 177 (auch für diejenigen, die schon seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland leben)
- 178 • Schaffung politischer Partizipationsmöglichkeiten (Wahlrecht)
- 179 • Sicherung von Aufenthaltsstatus
- 180 • freier Zugang zum Arbeitsmarkt
- 181 • Mehrsprachige Beratungen bei der Agentur für Arbeit
- 182 • Beratungsangebote der Gewerkschaften in verschiedenen Sprachen der Haupther-
 183 kunftsländer

184

185 **Armut ist weiblich**

186 Verschiedene Studien und Untersuchungen zeigen schwarz auf weiß, was uns allen
 187 bereits bewusst ist. Vor allem Frauen* sind von Armut betroffen. Dies betrifft in
 188 vielen Fällen alleinerziehende Mütter und macht auch vor dem Alter nicht Halt.

189 Die Gründe, warum vor allem Frauen* von Armut betroffen sind, sind sehr vielfältig
 190 und hängen oftmals mit ihrer zu kurzen oder von großen Lücken betroffenen
 191 Erwerbstätigkeit zusammen. Hierzu zählt unter anderem, dass vor allem Frauen* ihre
 192 Erwerbstätigkeit beispielsweise aufgrund von Kindererziehung unterbrechen oder sie in
 193 Teilzeit beschäftigt sind, da sie einen größeren Teil an Carearbeit, wie zum Beispiel
 194 der Pflege von Angehörigen neben ihrem Job zu bewältigen haben. Aber auch die
 195 Verdiensthöhe ist ein essentieller Punkt. Denn noch immer beträgt die Gender Pay Gap
 196 in Deutschland 21%. Dies liegt zum einen daran, dass Frauen* noch immer diskriminiert

197 werden und im Durchschnitt 6% weniger Gehalt für die gleiche Tätigkeit erhalten als
 198 Männer, aber auch an der Berufswahl. Denn vor allem Frauen* wählen noch immer in
 199 vielen Fällen Berufe, die deutlich schlechter bezahlt werden und somit ist der
 200 durchschnittliche Bruttoverdienst einer Frau 4,44 € niedriger, als der eines Mannes.
 201 Obwohl diese Berufe eine hohe Bedeutung für die Gesellschaft besitzen und
 202 systemrelevant sind, wie uns vor allem in der derzeitigen Coronapandemie gezeigt
 203 wird, gehören diese Frauen*dominierten Berufe unter anderem im Einzelhandel oder der
 204 Pflege zu den am schlechtesten bezahlten Berufen.

205 Um Frauen* nun vor Armut in jedem Alter zu schützen, müssen wir also die
 206 Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, geleistete Carearbeit als
 207 Arbeitsleistung anerkennen, eine höhere Entlohnung von Frauen* schaffen und mehr
 208 Frauen* bei der Berufswahl für Männer*dominierte und bereits besser bezahlte Branchen
 209 unterstützen und sie dementsprechend auf den verschiedensten Ebenen fördern. Darüber
 210 hinaus ist es von großer Bedeutung, dass überholte, veraltete, konservative
 211 Rollenverteilungen und Familienmodelle gesamtgesellschaftlich kritisiert werden und
 212 da die Gefahr von Armut betroffen zu sein viel höher ist, wenn man nicht der
 213 „Normfamilie“ entspricht, müssen all diese staatlichen Ungerechtigkeiten wie
 214 beispielsweise das Ehegattensplitting sofort abgeschafft werden.

215 Unsere Forderungen:

- 216 • Aktive Aufarbeitung der Gender Pay Gap. Das Mantra „Gleicher Lohn für gleiche
 217 Arbeit“ muss durch den Gesetzgeber effektiver durchgesetzt werden.
- 218 • Aufwertung und bessere Bezahlung von frauen*dominierten Berufen, die vor allem
 219 dem Sektor der Carearbeit zuzuordnen sind.
- 220 • Erhöhung des Mindestlohns.
- 221 • Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.
- 222 • Deutliche Erhöhung der Witwenrente.
- 223 • Sofortiger, finanzieller Ausgleich für Verdienstaufschlag aufgrund von
 224 übernommener Carearbeit.
- 225 • Anerkennung von geleisteter Carearbeit wie der Pflege von Angehörigen für die
 226 Rente, um Ausfallzeiten in der Erwerbstätigkeit und somit der Gefahr von
 227 Altersarmut entgegen zu wirken.
- 228 • Ausbau des Pflegesystems, sodass die Pflege von Angehörigen nicht hauptsächlich
 229 von der Familie und dort von Frauen*, getragen werden muss.
- 230 • Ausreichende Anzahl und vor allem kostenlose Kita- und Ganztagsschulplätze,
 231 damit die Möglichkeit besteht trotz Kindern in Vollzeit zu arbeiten.
- 232 • Ausbau der kostenlosen und arbeitsnahen Kinderbetreuung insbesondere auch für
 233 Wochenenden und Nächte, sodass auch das Arbeiten im Schichtmodell möglich ist.
- 234 • Vorrang bei Kita- und Ganztagsschulplätzen für Kinder von Alleinerziehenden.
- 235 • Abschaffung des Ehegattensplittings.
- 236 • Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Gehaltsausgleich.

- 237 • Steuerliche Besserstellung für alle Familienmodelle, in denen es Kinder gibt.
- 238 • Erhöhung des Kindergeldes für Alleinerziehende.
- 239 • Verlängerung des Elterngeldbezugs auf maximal 18 Monaten, wobei die genommene
- 240 Elternzeit in Familienmodellen mit zwei Partner*innen mindestens mit 1/3 zu 2/3
- 241 aufgeteilt werden muss.
- 242 • Ausweitung der Girl`s/Boy`s Days zu verpflichtenden Girl`s/Boy`s Weeks, in denen
- 243 die Schüler*innen noch intensiver andere Berufsperspektiven aufgezeigt bekommen.
- 244 • Finanzielle Förderung von Projekten, die vor allem Schülerinnen für MINT Berufe
- 245 begeistern sollen.
- 246 • Durch Projektwochen in Schulen und gezielt in allen Schulfächern veraltete und
- 247 überholte Geschlechterrollen gesamtgesellschaftlich in Frage stellen und
- 248 Alternativen für Familienmodelle und die Berufswahl aufzeigen.
- 249 • Den Umgang mit Finanzen und die individuelle Absicherung als einen essentiellen
- 250 Baustein in die Schulbildung mitaufnehmen – unabhängig von der Schulform.
- 251 • Investitionen in Werbung für sämtliche Stipendiatinnen Programme tätigen

252

253 **Mobilitätsarmut**

254 Der Begriff der Mobilitätsarmut ist gesellschaftlich und in der politischen
 255 Diskussion noch nicht weit verbreitet, dennoch sind die Auswirkungen im Alltag vieler
 256 Menschen spürbar. Mobilitätsarmut meint nicht nur finanzielle Armut, sondern auch
 257 fehlenden oder ein-geschränkten Zugang zu Mobilität, z.B. nicht vorhandene
 258 Infrastruktur oder zu geringe Taktdichte. Mobilitätsarmut führt zu sozialer Isolation
 259 und diskriminiert insbesondere Kinder, Jugendliche sowie ältere Personen, die selbst
 260 keine Möglichkeit Individualverkehr zu nutzen.

261 Bis vor wenigen Jahren war die Verkehrspolitik hauptsächlich auf den motorisierten
 262 Individualverkehr ausgerichtet. Der ÖPNV wurde nicht als basic public service
 263 betrachtet, stattdessen ging der Trend zur Liberalisierung, was auch eine höhere
 264 Gewichtung des gewinnorientierten Wirtschaftens zur Folge hatte. Somit wurde der ÖPNV
 265 vor allem für Regionen unattraktiver, die keinen entsprechenden Profit versprechen.
 266 Gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Stadt und Land, Alter und finanziellen
 267 Möglichkeiten ist so nicht möglich.

268 Visionen

269 Wir fordern ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Mobilität muss als Grundbedürfnis
 270 angesehen werden anstatt wirtschaftlichem Denken. Investitionen in Infrastruktur ist
 271 keine Verschuldung, sondern eine Verschiebung des Kapitals um die Innovation und
 272 Produktivität der Gesellschaft anzukurbeln. Unser Ziel ist soziale, gerechte und
 273 nachhaltige Mobilität. Wir sehen als Aufgabe des Staates bzw. der Kommune die
 274 notwendige Infrastruktur zu schaffen. Hierfür ist ein Ausbau des ÖPNV und der Radwege
 275 notwendig.

276 Selbst in großen Städten wie Frankfurt sind äußere Stadtteile im ÖPNV unzureichend
 277 ausgebaut, das gesamte Netz ist auf die Innenstadt ausgerichtet. Das fördert soziale

278 Spaltung und schränkt einen Teil der Einwohner*innen erheblich in der täglichen
279 Fortbewegung ein. Für uns ist das nicht zu akzeptierender Zustand und nicht mit dem
280 Grundbedürfnis auf Mobilität vereinbar. Des Weiteren ist ein günstigerer ÖPNV (z.B.
281 in Form eines solidarischen Bürgertickets) und eine höhere Taktdichte inklusive
282 Nachtverkehr notwendig, um den ÖPNV für alle attraktiver zu machen. Zu einem
283 attraktiven ÖPNV für alle gehört für uns natürlich auch Barrierefreiheit im gesamten
284 Netz, für die wir uns einsetzen werden. Auch die Einführung von Flugtaxi begrüßen
285 wir.

286 Radfahren fördert nicht nur die Gesundheit, es ist auch emissions- und geräuschlos.
287 Nicht zu vernachlässigen ist ebenso der geringe Flächenverbrauch im Vergleich zum
288 Auto. Aber auch Radfahrern muss die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt
289 werden. Die ausschließliche Fokussierung auf den motorisierten Individualverkehr
290 führte auch dazu, dass Radfahren insbesondere in großen Städten unattraktiv und
291 stellenweise gefährlich ist. Aus diesem Grund fordern wir einen Ausbau des Radnetzes.
292 Ein attraktives ÖPNV- und Radnetz schafft Anreize weg vom Auto. Weniger motorisierter
293 Individualverkehr erhöht die Lebensqualität in der Stadt, in dem es Lärm- und
294 Umweltbelastung und Platz für mehr Grünflächen ermöglicht.

295 Unter nachhaltiger und sozialer Mobilität verstehen wir auch den Ausbau von Sharing-
296 Modellen. Vor allem in Großstädten gehören Carsharing oder Bike Sharing längst zum
297 Stadtbild. Um zu verhindern, dass die Anbieter rein auf den wirtschaftlichen Faktor
298 setzen, fordern wir einen staatlichen bzw. kommunalen Anbieter, der sämtliche
299 Verkehrsmittel umfasst.

300 In Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet leben zahlreiche Einwohner*innen in der
301 Umgebung des Frankfurter Flughafens. Fliegen ist in einer globalisierten Welt und
302 wichtig und vom großen Drehkreuz mitten in Europa profitieren die Frankfurter*innen
303 selbst auch. Doch die Lärmbelastung im Flughafenumfeld ist hoch. Wir setzen uns für
304 leises und umweltfreundliches Fliegen ein sowie die strikte Beibehaltung des
305 Nachtflugverbotes ein.

306 Smarte und nachhaltige Mobilität, die gleichzeitig sozial und gerecht ist, erfordert
307 einen Ausbau der Infrastruktur für ÖPNV-Nutzer, Radfahrer und Nutzer von Sharing-
308 Modellen. Für uns ist Mobilität ein Grundrecht, bei der ein wirtschaftliches Denken
309 der Betreiber fehl am Platz ist. Wir sehen es als Aufgabe des Staates und der
310 Kommunen an, Mobilität für alle gesellschaftlichen Schichten und an jedem Ort
311 deutschlandweit zu ermöglichen.

Votum der Redaktionskonferenz

Weiterleitung als Material an den SPD Bezirksvorstand Hessen-Süd und an die SPD
Bundestagsfraktion

Antrag B-03: Eine gute Rente als elementarer Bestandteil der Generationengerechtigkeit

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

1 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter
 2 auf die Rente verlassen können. Für uns Jusos ist klar: Eine Rente muss zum Leben
 3 reichen. Doch die rentenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte machen klar:
 4 Wir müssen handeln! So erwarten Deutschlands zukünftige Rentner*innen mit 51% eine
 5 vergleichsweise niedrige Nettoersatzquote, was weit unter dem OECD-Durchschnitt von
 6 63% liegt. Geringverdiener*innen, die 50% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts
 7 erhalten, fallen mit einer Nettoersatzquote von 55% gegenüber dem OECD-Durchschnitt
 8 von 73% sogar noch weiter hinter die Vergleichspersonen in anderen Ländern zurück.
 9 Die SPD hat hier mit der Einführung der Grundrente einen zentralen Schritt zur
 10 Verbesserung geleistet. Trotzdem gibt es für uns noch viel zu tun. Deutlichster
 11 Beleg: Die Lebenserwartung unterscheidet sich zwischen Besser- und
 12 Geringverdiener*innen um mehrere Jahre. Hart gesagt: Arme sterben früher.

13

14 Um die Rente fair und transparent zu gestalten, setzen wir uns für folgende Punkte
 15 ein:

- 16 1. Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wird wieder zentrale
 17 Hauptsäule der Altersvorsorge.
- 18 2. Das gesetzliche Rentenniveau wird auf deutlich oberhalb von 50% erhöht und
 19 stabilisiert. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- 20 3. Wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten,
 21 als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Hier muss in Abhängigkeit
 22 von den eingezahlten Beträgen ein angemessener Aufschlag erfolgen. Wir
 23 unterstützen hierbei das von der SPD geforderte Konzept der Grundrente ohne
 24 Bedürftigkeitsprüfung als wichtigen Schritt.
- 25 4. Die Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung wird deutlich erhöht. Es ist
 26 zu prüfen, wie eine Abschaffung der Grenze eingeführt werden kann. Da sich
 27 Deutschland auf einen prozentualen Beitragssatz geeinigt hat ist kein Grund
 28 ersichtlich, weshalb dieser für hohe Einkommen nicht gelten und der Beitrag
 29 gedeckelt werden sollte.

- 30 5. Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle Einzahlen und in der alle
31 Einkommensarten (auch Beam*t*innen, Selbstständige etc.) Beiträge entrichten.
- 32 6. Abschaffung der Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge. Es
33 darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme
34 welcher Art auch immer geben.
- 35 7. Die Quasi-Abschaffung der Erwerbsminderungsrente in der gesetzlichen
36 Rentenversicherung wird rückgängig gemacht und die Leistungen der
37 Erwerbsminderungsrente deutlich erhöht.
- 38 8. Eine Wiederbelebung der Debatte um eine Wertschöpfungsabgabe – wie in
39 Österreich.
- 40 9. Beginn einer Debatte zur Reform der Rente am Beispiel von Schweden. Dort wurde
41 bereits 1999 eine umfangreiche Rentenreform verwirklicht. Inbegriffen sind auch
42 Selbstständige und Beam*t*innen (Staatsangestellte in Schweden). Der Beitragssatz
43 bemisst sich auf 18,5% des rentenbegründeten Einkommen. 16% fließen in die
44 umlagefinanzierte Einkommensrente und 2,5% sind für die kapitalgedeckte
45 Prämienrentensystem bestimmt. 10,21 % der 18,5% werden durch den Arbeitgeber
46 finanziert, den restlichen Anteil zahlen die Arbeitnehmer*t*innen.
- 47 10. Es soll geprüft werden wie weit ein kapitalgedeckter Staatfond nach norwegischem
48 Modell in Deutschland zu etablieren wäre, in den die Sozialversicherungsbeiträge
49 eingezahlt werden, um das bestehende System zu entlasten und zu unterstützen.
50 Dieser Fond darf nur in nachhaltige und ethisch geprüfte Anlageprodukte
51 investieren.
- 52 11. Der Anstieg der Rentenauszahlungen wird ab einer bestimmten Höhe abgeflacht.

Begründung

Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) muss wieder Hauptsäule der Altersvorsorge in Deutschland werden. Sie muss vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt. Betriebliche und private Altersvorsorge sollen wieder ihren vorgesehenen Stand als Ergänzungsfunktion zu den öffentlichrechtlichen Pflichtsystemen einnehmen.

Abschlagsfaktoren abschaffen: Wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten, als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Hier muss in Abhängigkeit von den eingezahlten Beträgen ein angemessener Aufschlag erfolgen. Wir unterstützen hierbei das von der SPD geforderte Konzept der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Beitragsbemessungsgrenze erhöhen: Sozialversicherungsbeiträge werden nur bis zu einer Höchstgrenze vom Gehalt abgezogen. Diese Höchstgrenze ist die Beitragsbemessungsgrenze, welche im Jahr 2020 für die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 6.900 EUR (Westen) und 6.450 EUR (Osten) liegt. Für die gesetzliche Krankenversicherung liegt sie bei 4.687,50 EUR. Dieses hat zur Folge, dass höher Verdienende entlastet werden und ist damit unsolidarisch. Deshalb wird eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze gefordert.

Langfristig ist über eine Abschaffung zu diskutieren.

Einführung einer Erwerbstätigenrente: Es ist an der Zeit, die gesetzliche Rentenversicherung für alle einzuführen. Es kann nicht sein, dass in einem so reichen Land wie Deutschland Menschen unter Altersarmut leiden. Beamtenpensionen müssen umorganisiert werden – Beamt*innen müssen gleichermaßen in die Rentenkasse einzahlen wie alle anderen Erwerbstätigen. Selbstständige müssen ebenfalls von einer umfassenden Rente profitieren, anstatt in die private Vorsorge gedrängt zu werden. Nur, wenn alle einzahlen, ist unser Rentensystem längerfristig tragbar.

Riesterrente abschaffen: Ziel der Riester-Rente ist es, Arbeitnehmer*innen und Beamt*innen bei der privaten Altersvorsorge zu unterstützen. Doch das Konzept führt dazu, dass insbesondere Menschen und Familien, die sehr gut verdienen, profitieren und die Riesterrente somit nicht für alle da ist. Der Staat bezuschusst dabei die Vorsorgepläne und die Unterstützung erfolgt durch Zulagen und Steuervorteilen.

Wiederbelebung der Debatte zur Wertschöpfungsabgabe: Die Wertschöpfungsabgabe in Österreich ist eine Steuer bzw. Abgabe. Sie ist an die Wertschöpfung in einem Unternehmen angeknüpft anstelle von Sozialversicherungsbeiträgen. Ziel dieses Konzepts ist es, die Bemessungsgrundlage für Sozialabgaben zu verbreitern und Kapitaleinkommen für die Finanzierung der Sozialversicherung heranzuziehen. Hier wird nicht nur die Lohnsumme für die Arbeit als Sozialbeitragsrechnungsbasis herangezogen, sondern die gesamte Wertschöpfung eines Unternehmens. Die Wertschöpfung eines Unternehmens bezeichnet den „(...) erzielten Zuwachs an Werten des Endprodukts über denen des Ausgangspunktes. Ferner enthält die Wertschöpfung nicht nur die Lohnsumme, sondern auch Gewinne, Abschreibungen, Fremdkapitalzinsen, pachten und Mieten.“[1]

Debatte über eine Reform des Rentensystems am Beispiel von Schweden: Bereits im Jahr 1999 hat Schweden sein Steuersystem umfassend reformiert. Zu der ersten Säule in Schweden gehören die „Einkommensrente“ und die „Prämienrente“. Hierbei werden alle Erwerbstätigen über 16 Jahren erfasst. Inbegriffen sind auch Selbstständige und Beamt*innen (Staatsangestellte in Schweden). Der Beitragssatz bemisst sich auf 18,5% des rentenbegründeten Einkommens. 16% fließen in die umlagefinanzierte Einkommensrente und 2,5% sind für die kapitalgedeckte Prämienrentensystem bestimmt. 10,21 % der 18,5% werden durch den Arbeitgeber finanziert, den restlichen Anteil zahlen die Arbeitnehmer*innen. Der Arbeitnehmer*innenanteil ist durch eine Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von jährlich 34.400 € begrenzt. Der Arbeitgeberanteil ist auch auf das darüber liegende Einkommen zu zahlen. Der hier „überschießende“ Betrag steigert allerdings nicht mehr die Rente des Arbeitnehmers, sondern fließt als Steuer in den Staatshaushalt. (Das spezielle enge „Äquivalenzprinzip“ zwischen Beiträgen und Leistungen wird hier also ignoriert.) Selbstständige zahlen 7 Prozent ihres Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die erste Säule. Von den eingezahlten Beiträgen in die Einkommensrente werden Verwaltungskosten abgezogen und der Betrag auf „virtuellen“ Rentenkonto gutgeschrieben. Das heißt, dass das Geld im Umlageverfahren tatsächlich an die Leistungsbezieher*innen fließt. Die Verzinsung erfolgt auf Grundlage der durchschnittlichen Reallohnentwicklung. Hierbei besonders interessant ist, dass die Beiträge für Zeiten der Kindererziehung, des Wehr- oder Zivildienstes und des Studiums aus dem Staatshaushalt finanziert werden und ebenfalls auf dem Rentenkonto gutgeschrieben werden. Das führt zu einer auch finanziell anerkannten höheren Wertschätzung der betroffenen Personengruppen. Darunter fallen auch Zeiten, in denen Sozialleistungen fließen (bspw. Bei

Krankheit oder Arbeitslosigkeit). Bezüglich der Prämienrente, in die Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in gemeinsam 2,5% des Jahreslohns einzahlen, hat der/die Versicherte die Wahl zwischen unterschiedlichen Anlagefonds und kann seine Beiträge auf bis zu 5 Fonds verteilen. Eine staatliche Behörde ist dazu zuständig, die Anteilskäufe und -verkäufe durchzuführen. Die Aufsicht würde dabei von der Bundesbank und der BaFin durchgeführt werden. Somit könnte man die erste Säule der Altersvorsorge in Deutschland am Beispiel von Schweden reformieren. Natürlich ist zu beachten, dass bei diesem Konzept ein Teil der Rente von der Entwicklung des Fonds abhängt.

Zu der zweiten Säule gehört die betriebliche Altersvorsorge. In Schweden erhalten ungefähr 90 % der Arbeitnehmer*innen diese Altersvorsorge. Wenn man in verschiedenen Bereichen gearbeitet hat, ist es möglich, mehrere Renten aus der betrieblichen Altersvorsorge zu beziehen. Die dritte Form der Altersvorsorge ist die private Rentenversicherung, welche freiwillig ist.[2]

[1] <https://www.finanz.at/steuern/wertschoepfungsabgabe/>

[2] <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1130&langId=de&intPagelId=4814> und

Votum der Redaktionskonferenz

Erledigt durch Beschlusslage, Antrag C-1, 2016

Antrag B-04: Gemeinsam gegen Einsam

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Durch die Corona-Pandemie ist das gesellschaftliche Leben seit mehr als einem Jahr
- 2 massiv eingeschränkt und in vielen Bereichen ganz zum Erliegen gekommen.
- 3 Großveranstaltungen, Konzerte und Ausstellungen, aber auch kleinere Zusammenkünfte in
- 4 der Gastronomie und im privaten Rahmen können nicht oder nur digital stattfinden. Die
- 5 notwendigen Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich und die Home-Office-Regelungen
- 6 in vielen Betrieben verkleinern den sozialen Radius der Menschen massiv. Die
- 7 Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Pandemie unabdingbar sind, bringen leider in einer
- 8 Vielzahl von Bereichen schwerwiegende Probleme mit sich. Ganz konkret: Schüler:innen
- 9 der 7. – 11. Klassen haben seit Dezember 2020 keine Schule mehr von innen gesehen,
- 10 Vereinssport ist kaum oder nur eingeschränkt möglich, der Seniorennachmittag fällt
- 11 genauso aus wie die großen Geburtstagsfeiern, an denen Familien zusammen kommen
- 12 können. Enkel können oder konnten seit Monaten nicht mehr ihre Großeltern im Alten-
- 13 heim besuchen oder mussten sich einschränken, wenn mehrere Generationen in einem
- 14 Haushalt leben, um die Gesundheit der Großeltern nicht zu gefährden. Chillen in
- 15 größeren Gruppen draußen widerspricht den aktuellen Allgemeinverfügungen und wer neu
- 16 in einer Stadt ist und seine Zeit nur noch im Home-Office verbringt, hat keine
- 17 Möglichkeiten, zu Arbeitskolleg:innen Kontakte zu knüpfen und in der Stadt
- 18 anzukommen. Alles, was dem Tag Struktur und Energie gibt, fällt aus.
- 19 Hinzu beherrscht seit Jahren die Individualisierung unser Gesellschaftsbild. Die Zahl
- 20 klassischer Familien hat insbesondere in den Großstädten abgenommen, Familie verteilt
- 21 sich für viele wie selbstverständlich auf viele Orte. Diese Entwicklung hat
- 22 zweifelsohne viele Vorzüge, insbesondere für den Arbeitsmarkt und die Flexibilität
- 23 von Arbeitnehmer: innen. Verschiedene Studien verdeutlichen aber, dass in den
- 24 vergangenen Jahrzehnten die zunehmende Einsamkeit vieler Menschen ein gravierendes
- 25 Nebenprodukt der Individualisierung der Gesellschaft geworden ist.
- 26 Das heißt konkret: Vor Corona waren in Deutschland/Hessen schon viele Menschen
- 27 einsam, Corona hat erheblich verstärkt, dass junge und alte Menschen in unserer
- 28 Gesellschaft ungewollt einsam sind.
- 29 Wir glauben, dass es höchste Zeit ist, den Kampf gegen ungewollte Einsamkeit zum
- 30 politischen Projekt zu machen und dass es eine gesellschaftliche Aufgabe ist, sich um
- 31 diese Menschen zu kümmern. Es ist jedoch mehr als der von den Kirchen organisierte

32 Senior: innentreff. Aus diesem Grund muss die Bekämpfung von Einsamkeit eine
 33 Querschnittsaufgabe der Gesellschaft werden. Das seelische Wohl der Mitglieder einer
 34 Gesellschaft ist so wichtig wie die materielle Versorgung. Denn: Einsamkeit macht
 35 krank.

36 Wir glauben, dass es in Städten und Dörfern Orte geben muss, an denen sich Menschen
 37 begegnen können. So werden wir aus den bestehenden Erfahrungen, Studien und
 38 Initiativen gegen Einsamkeit grundsätzliche Maßnahmen zur Entwicklung unserer
 39 Sozialräume ableiten müssen. Wenn wir Sozialdemokrat:innen die Prinzipien der
 40 Sozialen Stadt und quartiersorientierter Gemeinwesenarbeit hochhalten, meinen wir
 41 auch heute schon eine Städtebauentwicklung, die darauf setzt, dass Personen aller
 42 Schichten in ihrem Alltag zusammenkommen oder zusammen wohnen. Wir wollen auch die
 43 vorwiegend älteren Menschen unterstützen, moderne Techniken zur Kontaktaufnahme zu
 44 nutzen. Kennenlernen ist der erste Schritt in gemeinsame Unternehmungen, egal welche
 45 Interessen man hat. Verbindungen machen das Leben aus. Politik muss die
 46 Herausforderung annehmen und unser gemeinsames Lebensumfeld so gestalten, dass diese
 47 Verbindungen entstehen können. Die Sozialdemokratie hat die Menschen im Blick, die
 48 sonst am Rande der Gesellschaft verkümmern.

49

50 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge daher beschließen:

51 Der Bundes- und Landesvorstand Hessen der SPD sowie die Bundes- und Landtagsfraktion
 52 der SPD werden gebeten, sich des Themas „Einsamkeit“ anzunehmen und folgendes
 53 sicherzustellen:

54

55 1. Ermittlung der Anzahl der einsamen Menschen in Hessen/Deutschland durch
 56 entsprechende zeitnahe Studien. Geographische und soziodemographische Gründe der
 57 Einsamkeit sollen aufgezeigt werden (Geschlecht, Alter, Familienstand,
 58 Migrationshintergrund, Einkommen, Gesundheitszustand, Stadt/Land etc.). Ein
 59 Vergleich zum persönlichen Empfinden von Einsamkeit vor und während Corona ist
 60 darzustellen ebenso wie der Einfluss auf den Gesundheitszustand im
 61 Pandemieverlauf auf Kinder/Jugendliche, Erwerbstätige und Seniorinnen und
 62 Senioren.

63 2. Ableitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Einsamkeit – Vernetzung von Gliede-
 64 rungsebenen und aufeinander abgestimmte Maßnahmen entwickeln. Die Bekämpfung von
 65 ungewollter Einsamkeit muss als Querschnittsthema in sämtliche Politikbereiche
 66 einbezogen werden. Gesundheit, Soziales, Bildung, Wohnen, der Arbeitsplatz,
 67 Freizeitgestaltung: Es ist eine Verpflichtung, denen in Punkt 1 identifizierten
 68 Gruppen, die am meisten von ungewollter Einsamkeit betroffen sind, eine
 69 Perspektive zu bieten und Maßnahmen zu entwickeln, welche die aktuelle
 70 psychische Not lindern und Langzeitschäden verhindern. Eine Vernetzung
 71 verschiedener Akteure ist dringend notwendig. Blaupausen gibt es schon viele,
 72 hier lohnt bereits jetzt der Blick auf die europäische Ebene, aber einzelne
 73 Projekte müssen in einen Zusammenhang gebracht und aufeinander abgestimmt
 74 werden. Je nach Gliederungsebene kann dies durch Einsamkeitsbeauftragte, -

- 75 minister:innen, Stabsstellen etc. sichtbar und deutlich gemacht werden. Klar
76 definierte Verantwortlichkeiten helfen, Dinge voranzutreiben.
- 77 3. Finanzielle Ausstattung der Länder, Kommunen, Initiativen: Das psychische Wohl
78 unserer Einwohner:innen müssen wir uns etwas kosten lassen. Prävention
79 verhindert Langzeitschäden. Da die Bekämpfung von ungewollter Einsamkeit direkt
80 dort erfolgen soll, wo die Menschen leben und zwar in den Kommunen, müssen die
81 verschiedenen Akteure mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dies
82 können auch Mittel des Bundes oder der Länder sein. Die finanzschwachen
83 Kommunen, die sehr deutlich die finanziellen Folgen der Pandemie spüren, dürfen
84 nicht vergessen werden. Schulen, Unternehmen, Vereine, Sozialverbände,
85 Initiativen, etc. müssen finanziell ausgestattet werden, um Beratungen,
86 Projekte, etc. anbieten zu können. Die Kommunen selbst müssen lenkend in die
87 Politikbereiche eingreifen und entsprechende Budgets für ihre städtebaulichen
88 Projekte, Schulneubau, Bürgerhäuser, Gesundheitsämter, Beratungsstellen, etc.
89 bereitstellen, damit die Bekämpfung der Einsamkeit nicht vergessen wird.
- 90 4. Evaluierung der eingeleiteten Maßnahmen: So wichtig wie die unter Punkt 1
91 erfolgte Analyse der Ausgangssituation ist eine Analyse, die nach mehreren
92 Jahren evaluieren muss, inwiefern es Verbesserungen zur Ausgangslage gegeben
93 hat. Sind die Projekte in den Schulen zielführend oder im Bereich der
94 Senior:innenarbeit oder verpuffen die Gelder ohne eine Verbesserung der
95 individuellen Situation? Gibt es weniger einsame Menschen oder haben die
96 Maßnahmen ihre Wirkung verfehlt? Werden die Wohnprojekte angenommen und
97 verbessern die städtebaulichen Projekte die Lebensqualität im Stadtteil?

Antrag B-05: Kulturelles Leben in der Coronakrise sichern - kulturelle Teilhabe in Hessen ausbauen

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

1 Wir setzen uns dafür ein, den Erhalt der vielfältigen kulturellen Landschaft Hessens
 2 in der aktuellen Pandemie als zentrales Ziel in den Blick der hessischen Politik zu
 3 nehmen und bereits jetzt Konzepte zu entwickeln, um die schichtunabhängige kulturelle
 4 Teilhabe langfristig zu verbessern:

5

6 **Alle Kulturschaffenden in der Krise unterstützen**

7 Kulturschaffende und Kultureinrichtungen in privater bzw. freier Trägerschaft
 8 erzielen in den meisten Fällen keine hohen Gewinne und haben schon vor Corona keine
 9 finanziellen Reserven aufbauen können. Umso wichtiger ist es, dass sie bei den
 10 bestehenden Förderungen von Bund und Land so weit berücksichtigt werden, dass sie in
 11 jedem Fall ihre künstlerische Tätigkeit aufrechterhalten können, ohne in finanzielle
 12 Notlagen zu geraten.

13

14 **Verlässliche Öffnungsperspektiven durch umfassende Testkonzepte**

15 Der anhaltende unvorhersehbare Wechsel aus (Teil)lockdowns und vollständigen
 16 Schließungen macht die kostendeckend kalkulierte Planungen von Kulturveranstaltungen
 17 auf Monate hinaus nahezu unmöglich. Nachdem andernorts seit länge-rem Pilotversuche
 18 laufen (z.B. Tübingen, Rostock, Saarland), wie durch tagesaktuelle Testungen Menschen
 19 die Teilnahme an regulären Kulturveranstaltungen ermöglicht werden kann, benötigen
 20 wir in Hessen auf Basis der Ergebnisse dieser Pilotversuche sowie den Erkenntnis aus
 21 den Hessischen Modellkommunen Baunatal, Alsfeld und Dieburg schnellstmöglich
 22 verlässliche Konzepte, wie durch Fortschritte beim Impfen und einer Kombination aus
 23 AHACL-Regeln, besseren Kontaktverfolgungs-Apps und durchgehenden Testungen kulturelle
 24 Veranstaltungen wieder möglich gemacht werden können. Um Veranstaltungen im Sommer
 25 möglich zu machen, muss eine dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechende
 26 Differenzierung zwischen den Auflagen für Innen- und Außenveranstaltungen in den
 27 Öffnungskonzepten vorgesehen werden.

28

29 **Den Digitalisierungsschub nutzen**

30 Durch die Coronakrise hat die Digitalisierung der Kulturlandschaft notgedrungen einen
31 erheblichen Schub erfahren. Kulturangebote und die Arbeit von Soloselbständigen ist
32 im Internet sichtbarer geworden. Digitale bzw. Virtual-Reality-Formate können das
33 reale vor-Ort-Erleben von Kunst und Kultur zwar niemals ersetzen, aber sie schaffen
34 auch neue, niedragschwellige Anknüpfungspunkte um zukünftig mehr Menschen und neue
35 Schichten zu erreichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, durch gezielte Förderung
36 auch kleine Kultureinrichtungen und Nachwuchskünstler:innen bei dieser Form der
37 künstlerischen Darstellung zu unterstützen.

38

39 **Für zukünftige Pandemien und neue Varianten vorbereiten**

40 Auch um für neue Virusvarianten oder zukünftige Pandemien besser gewappnet zu sein,
41 müssen Kulturorte dauerhaft dabei unterstützt werden, bauliche bzw. technische
42 Präventionsmaßnahmen (z.B. Belüftung, Luftreinigung) vorzunehmen bzw. nachzurüsten.
43 So kann der Kulturbetrieb insgesamt resilienter werden.

44

45 **Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse absichern**

46 Die Künstlersozialkasse sorgt dafür, dass Freischaffende im künstlerischen Bereich
47 den Arbeitgeberanteil für Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung vom Staat bezahlt
48 bekommen, der dafür eine Künstlersozialabgabe von den Veranstaltern und Verwertern
49 erhebt. Wer branchenfremd mehr verdient als pro Jahr 5400 Euro, verliert jedoch
50 seinen Anspruch auf die Versicherungshilfe. Gerade in Coronazeiten haben viele
51 Künstler:innen Aushilfsjobs angenommen, um nicht staatliche Leistungen in Anspruch
52 nehmen zu müssen. Für sie müssen bis zur Normalisierung des künstlerischen Betriebs
53 Ausnahmeregelungen gefunden werden, damit sie ihren Versicherungsschutz nicht
54 verlieren. Hierfür werden wir uns einsetzen.

55

56 **Innenstädte durch Kultur stärken**

57 Mit der Zurückdrängung des klassischen Einzelhandels ist die Gefahr der weiteren
58 Verödung von Stadtzentren und Einkaufsstraßen gewachsen. Die SPD will attraktive und
59 belebte Innenstädte. Wir setzen uns dafür ein, durch die Schaffung von mehr
60 Kulturangeboten und -orten in den Stadtzentren ein Teil zur Lösung dieses Problems
61 beizutragen und unsere Innenstädte aufzuwerten. So möchten wir auch dazu beitragen,
62 Kulturräume für Produktion und Arbeit zu sichern.

63

64 **Die kulturelle Teilhabe gerade jetzt ausbauen und den Neustart der Kultur 65 unterstützen**

66 Gerade Kinder und Jugendliche, besonders aus weniger gutsituierten Elternhäusern,
67 sind von der Pandemie besonders stark betroffen. Soziale Kontakte in der Schule
68 fielen für manche über Monate weg, Sportverein, Musikunterricht, etc. konnten nicht
69 besucht werden, viele Jugendliche fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt. Wir
70 setzen uns deshalb dafür ein, gerade jetzt aktiv zu werden, um mehr kulturelle
71 Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Nach dem Vorbild des Kultur- und

72 Freizeittickets („KUFTI“), das die Stadt Frankfurt auf Initiative der dortigen SPD
 73 eingeführt hat, könnte mit einem „Hessen-KUFTI“ der Eintritt bzw. die
 74 Teilnahmegebühren für kulturelle Aktivitäten für Kinder und Jugendliche vom Land
 75 übernommen werden. Gepaart mit aktiver Werbung in der jugendlichen Zielgruppe und bei
 76 Eltern könnte damit die kulturelle Teilhabe auch von Kindern aus sozial
 77 benachteiligten Haushalten und mit Migrationshintergrund erhöht und gleichzeitig die
 78 Einnahmesituation von Kulturschaffenden und Kultur-einrichtungen in Hessen für den
 79 dringend benötigten Neustart verbessert werden.

80

81 **Kulturelle Repräsentation stärken**

82 Ausgangspunkt Sozialdemokratischer Kulturpolitik ist die kulturelle Teilhabe aller
 83 Menschen. Zunehmend rücken aber auch Fragen der Repräsentation in den Vordergrund. In
 84 Kunst und Kultur Vielfalt sichtbar zu machen setzte dieses Leitmotiv konsequent fort.
 85 Daher wollen wir neben kultureller Teilhabe verstärkt auch die Repräsentation
 86 fördern.

87

88 **Kommunale Kulturausgaben absichern**

89 Alle aus dem Schattenhaushalt „Sondervermögen“ des Landes finanzierten kurz-fristigen
 90 Hilfen nützen nichts, wenn die hessischen Kommunen durch wegbrechende Einnahmen
 91 gezwungen werden, bei ihren Zuschussempfänger:innen Kürzungen für die kommenden Jahre
 92 vorzunehmen. Wir fordern das Land Hessen deshalb dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen,
 93 damit kommunale Defizite, die in der Coronakrise für die Aufrechterhaltung von
 94 Vereinen, Kultur und sozialem Zusammenhalt auf Vorkrisenniveau erforderlich sind,
 95 ausgeglichen werden bzw. einer Genehmigungsfähigkeit der kommunalen Haushalte nicht
 96 im Wege stehen.

Begründung

Kulturelles Leben ist ein wesentlicher Teil unserer sozialen Existenz. Die gegenwärtige Coronakrise hat das kulturelle Leben in Hessen hart getroffen. Theater, Museen, Kinos, Opern, Clubs, Musikschulen, Konzertveranstalter:innen konnten bzw. können weiterhin nicht oder nur unter eingeschränkten Bedingungen öffnen, die einen kostendeckenden Betrieb nicht ermöglichen. Proben können nur stark eingeschränkt stattfinden. Die dauerhafte Schließung von Musikschulen, Theater- und Tanzangeboten für Kinder und Jugendliche gefährdet die kulturelle Nachwuchsarbeit. Ehrenamtlich getragene Strukturen der Sozio- bzw. Breitenkultur drohen wegzubrechen. Für Kulturschaffende und in der Veranstaltungsbranche tätige Menschen gibt es seit einem Jahr keine regelmäßigen Arbeitsmöglichkeiten und – ebenso problematisch – nach einem Wechsel von Lockdowns, Lockdowns light, vorübergehenden partiellen Öffnungen und Wiederschließungen nach wie vor keine verlässliche Perspektive für den Rest des Jahres. Setzen sich diese Bedingungen fort, droht unser Kulturleben irreparablen Schaden zu erleiden. Weitere Angebote drohen dauerhaft wegzubrechen.

Es ist deshalb erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um endlich alle Kulturschaffenden in der Krise unterstützen, verlässliche Öffnungsperspektiven durch umfassende Testkonzepte zu

schaffen, für weitere Pandemien und Virusvarianten vorzubauen, die kulturelle Präsenz in den Innenstädten zu stärken und die hessischen Kommunen in die Lage zu versetzen, Zuschussempfänger:innen trotz coronabedingter Haushaltsdefizite weiterhin zu unterstützen.

Votum der Redaktionskonferenz

Zusätzlich Weiterleiten an die SPD Bundestagsfraktion und SPD Parteivorstand

Weiterleiten an

Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

Antrag B-06: Beschäftigte von Werkstätten für Behinderte Menschen ins MILOG aufnehmen

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Sozialpolitik
Antragsblock:	Antragsblock B

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag möge beschließen, dass die SPD-Bundestagsfraktion beauftragt wird an
- 2 Lösungen zu arbeiten, damit Menschen, die in Werkstätten für Behinderte arbeiten den
- 3 Status eines ordentlichen Arbeitnehmers erhalten und somit auch ins Mindestlohngesetz
- 4 und die geltenden Arbeitnehmerrechte aufgenommen werden.

Antrag C-01: Unsere Demokratie stärken!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wo stehen wir?**

- 2 Unsere parlamentarische Demokratie ist verfassungsrechtlich verankert und der
 3 Grundpfeiler unseres politischen Systems.
 4 Nicht zuletzt durch unsere Geschichte, die Schrecken und das Unrecht des NS-Regimes
 5 wissen wir, wie zentral und bedeutend unser demokratisches Gemeinwesen für unsere
 6 Gesellschaft ist.
 7 Wir sind der tiefen Überzeugung, dass nur unsere Demokratie allen die Chance bietet,
 8 in Freiheit und Sicherheit zu leben.
 9 Obwohl unsere demokratischen Grundgedanken und die republikanisch-parlamentarische
 10 Staatsform durch Artikel 79 Abs. 3 GG mit der Ewigkeitsklausel geschützt sind, heißt
 11 dies nicht, dass unsere Demokratie nicht Gefährdungen und Bedrohungen z.B. durch
 12 Rechtsextremismus, Populismus, fake News etc. ausgesetzt ist.
 13 Gerade in diesen Zeiten der Pandemie und der allgemeinen Verunsicherung, zunehmender
 14 Kritik an staatlichen, auch politischen Entscheidungen, müssen wir alles daransetzen,
 15 dass nicht durch Falschinformationen, Extremismus etc. unsere Demokratie in Gänze
 16 angefochten bzw. in Frage gestellt wird.
 17 Im Gegenteil: Unsere Demokratie ist verletzlich, wie auch unsere Geschichte lehrt.
 18 Sie muss verteidigt werden.

19

20 **Wofür stehen wir? Wo wollen wir hin?**

- 21 Die SPD steht wie keine andere Partei in Deutschland u.a. mit ihrer eigenen
 22 Geschichte und ihrem Nein zu dem damaligen Ermächtigungsgesetz, das maßgeblich den
 23 Weg für das NS-Regime ebnete, in der Tradition der Wahrung unserer demokratischen
 24 Grundordnung.
 25 Da wir wissen, dass unsere Demokratie täglich mannigfaltig Angriffen ausgesetzt ist,
 26 stehen gerade wir Sozialdemokraten für eine wehrhafte Demokratie.
 27 Deshalb werden wir das Bundesprogramm „Demokratie leben“ weiter ausbauen. Dies
 28 umfasst Präventionsprojekte auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene. So können auch
 29 u.a. die zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen stetiger finanziert werden.
 30 Wir wollen unsere Demokratie mit neuen Partizipations- und Beteiligungsprojekten

- 31 weiterentwickeln und noch mehr Bürgerinnen und Bürger zur gesellschaftlichen Teilhabe
32 ermutigen.
- 33 Demokratie lebt im Kern nicht vom „ liken bzw. disliken“, nur der „ bloßen Kritik von
34 der Coach aus“, sondern vom Mitmachen, sich einmischen, dem Ringen um die richtige,
35 die beste Lösung.
- 36 Zu neuen Instrumenten der demokratischen Beteiligung kann z.B. die direkte
37 Fragestunde an Regierungschefs wie in Rheinland-Pfalz beitragen.
- 38 Wir wollen zudem das Wahlrecht auf 16 Jahren bei Kommunalwahlen absenken.
- 39 Die Institutionen der politischen Bildung wie z.B. die Landeszentrale für politische
40 Bildung, wollen wir stärken, damit sie noch unabhängiger politische Bildungsarbeit
41 leisten kann.
- 42 Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir langfristig und kontinuierlich Vereine,
43 Projekte und Initiativen in unserem Land unterstützen.
- 44 Um Partizipation zu verbessern, wollen wir Arbeitnehmern noch einfacher, gesetzlichen
45 Bildungsurlaub für ehrenamtliches Engagement ermöglichen.
- 46 Die demokratische Bildung muss gestärkt werden, von Kindesbeinen an.
47 Bereits in der Kita wollen wir durch eine stärkere Verankerung der
48 Demokratieerziehung erreichen, dass bereits Kinder noch breiter und intensiver durch
49 das Erlernen und Erleben von Demokratieprozessen erreicht werden.
- 50 Auch in den Schulen muss u.a. durch eine Stärkung des Faches „Politik und Wirtschaft“
51 die politische Bildung gestärkt werden.
- 52 Jedoch auch die außerschulische Erwachsenenbildung muss beim Thema Demokratie
53 gestärkt werden. So durch weitere, attraktive, auch digitale Angebote der
54 Volkshochschulen, der Träger der Erwachsenenbildung.
- 55 In Hessen soll eine Landesstiftung für Demokratie eingerichtet werden.
- 56 In Hessen gibt es jährlich einen Demokratiebericht nach dem Vorbild Nordrhein-
57 Westfalens.
- 58 Wir prüfen, inwieweit gesellschaftliches Engagement in unserem demokratischen
59 Gemeinwesen noch stärker gewürdigt, z.B. bei Beförderungen im öffentlichen Dienst,
60 werden kann.

Antrag C-01-Ä001: Änderungsantrag zu C-01

Änderungsantrag zu C-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 60

- 56 In Hessen gibt es jährlich einen Demokratiebericht nach dem Vorbild Nordrhein-
57 Westfalens.
58 Wir prüfen, inwieweit gesellschaftliches Engagement in unserem demokratischen
59 Gemeinwesen noch stärker gewürdigt, z.B. bei Beförderungen im öffentlichen Dienst,
60 werden kann.

Die vorgenannten Maßnahmen erfordern eine höhere Finanzierung, die wir sicherstellen müssen.

Antrag C-02: Sicherheit und Prävention für Deutschland!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wo stehen wir?**

2 Wir leben in einem der sichersten Länder dieser Welt. So sank in den letzten drei
3 Jahrzehnten die Kriminalität in Deutschland bezogen auf die Straftaten insgesamt um
4 mehr als 20 %. Davon zu unterscheiden ist das subjektive Sicherheitsgefühl in der
5 Bevölkerung, das nach der Deutschen Viktimierungsumfrage in den letzten Jahren
6 abgenommen hat.

7

8 **Wofür stehen wir? Wo wollen wir hin?**

9 Im Gegensatz zu den Konservativen in unserem Land denkt die Sozialdemokratie gerade
10 in der inneren Sicherheit immer die soziale Sicherheit mit, die z.B. Gerechtigkeit
11 bei der Bildung, bei den Chancen, gleiche Teilhabe etc. umfasst.

12 Die Sozialdemokratie will die innere Sicherheit in unserem Land erhalten bzw. weiter
13 verbessern.

14 Nur, wenn man sich nicht bedroht oder verängstigt fühlt, ist ein freies Leben
15 möglich. Diese Freiheit wollen wir allen Menschen in unserem Land ermöglichen.

16 Für die Sozialdemokratie ist ein starker Staat unverzichtbar, um innere Sicherheit zu
17 gewährleisten.

18 Für die Sozialdemokratie ist innere Sicherheit ohne Prävention undenkbar und deshalb
19 liegt darauf ein besonderer Schwerpunkt sozialdemokratischer Innenpolitik u.a. auf
20 einer guten Sozial-Bildungs-Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Wirksame
21 Prävention ist als gesamtgesellschaftliche, dauerhafte Querschnittsaufgabe zu
22 verstehen.

23 Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist keine „law and order-Politik“, die den
24 Forderungen nach immer schärferen und härteren Maßnahmen oder Gesetzen leichtfertig
25 nachgibt. Wir bewahren immer das richtige Maß zwischen den erforderlichen Maßnahmen
26 für eine gute Sicherheitspolitik, die im richtigen Einklang mit den Freiheitsrechten
27 steht.

28 Unter anderem wollen wir durch folgende Maßnahmen die innere Sicherheit in unserem
29 Land erhalten bzw. weiter erhöhen:

30 Wir wollen die Zusammenarbeit des Bundes mit den Bundesländern, aber auch der Länder

31 auf der europäischen Ebene weiter verbessern und ausbauen. Kriminalität macht
32 meistens an Gebietsgrenzen oder Gebietskörperschaften keinen Halt und agiert oft
33 national bzw. international.

34 Die Zusammenarbeit und Verzahnung mit der Justiz für eine noch reibungslosere und
35 effektivere Strafverfolgung und -Ermittlung muss weiter verbessert werden. Dazu
36 werden u.a. in Hessen feste, regelmäßig tagende „Runde Tische“ zwischen Richtern auf
37 Landgerichts- und Amtsgerichtsebene, Staatsanwälten und Polizeibehörden geschaffen.

38 Kernbestandteil einer erfolgreichen und guten Sicherheitspolitik sind motivierte, gut
39 ausgebildete und ausgestattete Polizistinnen und Polizisten. Es ist erschreckend und
40 völlig inakzeptabel, dass zunehmend Polizisten, aber auch Rettungskräfte Opfer von
41 Beleidigungen, tätlichen Angriffen etc. werden. Solches Handeln wird von uns
42 gesellschaftlich geächtet und geahndet. Die Täter müssen schnell und konsequent
43 bestraft werden.

44 Nach jahrelangem Personalabbau bei den Polizeibeamten und Tarifbeschäftigten und nur
45 geringem Personalaufwuchs, bedarf es auch einer Personaloffensive bei der Polizei,
46 damit ausreichend Personal vorhanden ist. Auch die Anwärterstellen müssen weiter
47 ausgebaut werden und auch bei der Polizei noch stärker bei Migrantinnen und Migranten
48 für diesen sehr wichtigen, anspruchsvollen, aber auch sehr interessanten Beruf
49 geworben werden.

50 Neben einer geringeren Arbeitsbelastung und besseren Besoldung braucht es in der
51 Polizei einer anderen, besseren Anerkennungs- und Wertschätzungskultur.

52 Zudem braucht es eines Polizeibeauftragten außerhalb der klassischen Hierarchie,
53 damit sich Polizeibeamtinnen und -beamten ohne Vorbehalte und Hemmnisse an diesen Be-
54 auftragten wenden können.

55 Zur Bekämpfung von z.T. bei der Polizei leider vorhandenen rassistischen bzw.
56 rechtsextremistischen Tendenzen, bedarf es eines Maßnahmenkatalogs aus u.a.
57 Superversion, Demokratiebildung als fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung und
58 einer anderen Führungskultur innerhalb der Polizei.

Antrag C-03: Offensive für den Rechtsstaat!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wo stehen wir?**

- 2 Der Rechtsstaat, in dem wir leben, ist ein Grundpfeiler unseres demokratischen
 3 Gemeinwesens und gehört zu den grundlegenden Prinzipien unseres Staates. Das
 4 Rechtsstaatsprinzip, das in Artikel 20 Abs. 3 GG verankert ist, besagt, dass
 5 staatliches Handeln nur im Rahmen der bestehenden Gesetze zulässig ist. Die
 6 Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sind verfassungsrechtlich garantiert und
 7 staatliche Entscheidungen werden von unabhängigen Gerichten überprüft.
- 8 Auch der Rechtsstaat ist in der Corona-Pandemie gefordert.
 9 In der Pandemie, wo zunehmend staatliche, politische Entscheidungen in Frage gestellt
 10 bzw. kontrovers diskutiert werden, ist auch der Rechtsstaat gefragt.
- 11 Noch nie in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschlands musste der Staat
 12 aufgrund der pandemischen Lage derart intensiv und oft in diverse Grundrechte
 13 eingreifen.
- 14 In Zeiten der zunehmenden Kritik an politischen, auch staatlichen Entscheidungen,
 15 zunehmender Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft inmitten einer digitalen
 16 Informationsgesellschaft, die sich inmitten der Coronakrise befindet, ist es umso
 17 bedeutender, unseren Rechtsstaat zu stärken.
- 18 Zum einen müssen u.a. in der Verwaltungsgerichtsbarkeit staatliche Maßnahmen, auch
 19 Grundrechtseingriffe auf ihre Rechtmäßigkeit kontrolliert werden, zum anderen bedarf
 20 des gerade in der ordentlichen Justiz gerade im Insolvenz- Arbeits- Miet- oder
 21 allgemeinen Vertragsrecht aufgrund der wirtschaftlichen Krise schneller
 22 Entscheidungen für die Prozessbeteiligten.
- 23 Bereits vor der Coronakrise bezifferte der Deutsche Richterbund den Mangel an
 24 Richter-stellen auf 2000, ohne die des Folgepersonals.
- 25 Neben der Verfahrenslänge halten 83 % der Befragten des Rechtsreports die Verfahren
 26 für zu lange.
- 27 Zudem ist noch unklar, inwieweit sich die Corona-Pandemie in Gänze auf die
 28 Belastungssituation der Justiz auswirkt. Während etwa im Insolvenzrecht nach den
 29 Lockdowns wohl einige Verfahren auf die ordentliche Justiz zukommen, ebbt der Ansturm
 30 im Reisever-tragsrecht nach dem Beginn der Pandemie leicht ab.

31

32 **Wo wollen wir hin?**

33 Auf Initiative des Bundes wurde 2019 über einen „Pakt für den Rechtsstaat“ zwar in
34 Kooperation des Bundes mit den Ländern Abhilfe vereinbart, jedoch gibt es bei der
35 allge-meinen Belastung der Justiz keine Trendwende.

36 Von den 2000 Stellen, die geschaffen werden sollten, haben die meisten Länder nur
37 einen Deckungsgrad von 90 Prozent, bei den Staatsanwaltschaften noch weniger,
38 gemeldet.

39 Nur mit einer weiteren „Offensive für den Rechtsstaat“, d.h. einem gemeinsamen
40 Kraftakt von Bund und Ländern, der Schaffung von Stellen im richterlichen und
41 nichtrichterlichen Bereich sowie der Schaffung der technischen Voraussetzungen im
42 Rahmen von E-Justice gelingt die Trendwende, damit die Justiz den aktuellen und
43 künftigen Herausforderungen sowohl personell wie technisch gewappnet ist.

44 Zudem sollen Schritt für Schritt in Hessen sogenannte Servicestellen der Justiz für
45 die Bürger ausgebaut werden. Auf Initiative der hessischen SPD gibt es bereits einen
46 digitalen Servicepoint. Diese sollen persönlich, aber auch digital eine sog.
47 Lotsenfunktion für den rechtssuchenden Bürger sein, damit sich dieser als Laie „im
48 Dickicht“ der Justiz und unseres Rechtssystems besser zurechtfindet und Hilfe
49 bekommt, jedoch keine Rechtsberatung vornimmt.

50 Diese Servicestellen sollen die Akzeptanz und das Verständnis für unsere Justiz mit
51 ihren gerichtlichen Entscheidungen erhöhen.

52 Es soll geprüft werden, inwieweit über den allgemeinen Bildungs- und
53 Erziehungsauftrag der Schule (§ 2 HSchG) hinaus, Rechtskunde in den Lehrplänen der
54 Schulen noch stärker verankert werden kann.

55 Es soll geprüft werden, inwieweit die Öffentlichkeitsarbeit der Justiz, d.h. der
56 Gerichte im Hinblick auf eine moderne, offene und transparente Mediengesellschaft
57 noch zeitkonform ist bzw. überarbeitet werden muss.

Antrag C-03-Ä001: Änderungsantrag zu C-03

Änderungsantrag zu C-03

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11

- 11 Noch nie in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschlands ~~musste~~hat der Staat
- 12 aufgrund der pandemischen Lage derart intensiv und oft in diverse Grundrechte
- 13 eingreifen.

Antrag C-04: Datenpolitik für Alle: Regelungen mit Bezug auf Private

Antragsteller*in:	ASJ Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, sowie die SPD-Landtagsfraktionen
- 2 werden aufgefordert, für die Beziehungen unter und zu Privaten (Unternehmen sowie
- 3 Bürgerinnen und Bürger) die Verfügbarkeit von Daten zu fördern und Mechanismen für
- 4 die Weiterverwendung und gemeinsame Nutzung von Daten entsprechend den
- 5 nachfolgenden
- 6 Forderungen festzulegen, wobei eine gute Datenpolitik organisatorische und technische
- 7 Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz treffen muss.

7

8 **Präambel:**

- 9 Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer
- 10 stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der
- 11 Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere
- 12 Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies
- 13 ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein.
- 14 Wissen ist Macht. In einer Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt
- 15 daraus, Wissen und Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen
- 16 Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Deshalb
- 17 sollen kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu
- 18 stehen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu
- 19 fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle.
- 20 Wissen und Informationen als Machtinstrumente dürfen auch im Bereich der Wirtschaft
- 21 nicht Machtpositionen bis hin zu marktbeherrschenden Stellungen entstehen lassen und
- 22 verfestigen. Eine unkontrollierte und sich selbst verstärkende Marktbeherrschung ist
- 23 der Feind einer jeden Marktwirtschaft. Deshalb müssen wir auch Instrumente des
- 24 Datenteilens einsetzen, um marktbeherrschenden Stellungen entgegen zu wirken.
- 25 Freilich gilt dies nur soweit, wie der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und
- 26 andere Geheimnis-bereiche (z.B. Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht
- 27 entgegenstehen. Unseren Grundrechten liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde
- 28 und zwar insbesondere in Form der informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die
- 29 Macht über die Verwendung und Verbreitung der einen selbst betreffenden

30 personenbezogenen Daten zuverlässig und wirksam grundsätzlich bei der Person selbst
31 zu verorten. Datenpolitik muss deshalb die digitale Welt in Einklang mit unseren
32 Grundwerten ordnen und organisatorische und technische Vorkehrungen für einen
33 wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung der Privatsphäre treffen.

34 Im Einzelnen: Aus diesen Erwägungen ergeben sich für die Beziehungen unter und zu
35 Privaten die nachfolgenden Maßnahmen, die der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-
36 Landtagsfraktion zur Umsetzung empfohlen werden:

37

38 1. Datenteilung und Interoperabilität zum Aufbrechen von Monopolen: In Anlehnung an
39 die auch von der Europäischen Kommission in ihrem Vorschlag für ein Gesetz über
40 digitale Märkte verfolgten Ziele soll insbesondere auf datengetriebenen Märkten
41 und in Fällen von datenbasierten Monopolstellungen eine Interoperabilität
42 zwischen den agierenden Unternehmen und deren Nutzernetzwerke geschaffen werden.
43 Es gilt hier die marktbeherrschende Stellung der großen Plattformen ebenso
44 aufzubrechen, wie dies bereits im Bereich der Telekommunikations-, Gas- und
45 Elektrizitätsnetze geschehen ist, um für alle Unternehmen eine insgesamt höhere
46 Wertschöpfung erzielen zu können und das Innovationspotential Europas zu
47 fördern. Grund dafür ist aber auch die immer größere Bedeutung solcher
48 Plattformen für die öffentliche Debatte, die Verbreitung von Informationen,
49 Meinungen und Ideen und die gesellschaftliche und politische Meinungsbildung. So
50 können z.B. Messengerdienste wie WhatsApp unternehmens- und formübergreifend
51 genutzt sowie aus Suchhistorien gewonnene anony-misierte und aggregierte
52 Nutzerpräferenzen anderen zur Verfügung gestellt werden (Datenteilungspflicht).
53 Im Einzelnen kann und soll für die Datenteilung eine Vergütungspflicht
54 vorgesehen werden. Eine öffentliche Stelle soll die Möglichkeiten für eine
55 Datenteilung und Inter-operabilität identifizieren, koordinieren und deren
56 Umsetzung beaufsichtigen.

57 2. Digitale Fernleihe über Bibliothekennetzwerk in Echtzeit: Wir erfinden die
58 Bibliotheken neu und digital. Digitale und digitalisierbare Werke sollen in den
59 öffentlichen Bibliotheken möglichst breit und umfassend zur Verfügung stehen,
60 sobald ein Zeitraum für die kommerzielle Verwertung solcher Werke zum
61 überwiegenden Teil abgeschlossen ist. Unter den öffentlichen Bibliotheken soll
62 hierfür ein Netzwerk entstehen, mit dem kulturelle, wissenschaftliche und
63 informative Werke im Sinne einer digitalen Fernleihe in Echtzeit ausgetauscht
64 werden können. Für die einzelnen Werkgruppen (wie z.B. Bücher, Musik, Filme und
65 Bilder) sind Zeiträume zu bilden, nach denen die jeweiligen Werke im
66 Durchschnitt am Markt kaum noch gehandelt werden. Nach diesen Zeitpunkten sollen
67 die Werke über das Bibliothekennetzwerk für jeden Nutzer einsehbar und nur vor
68 Ort kopierbar sein. Ähnlich der bereits bekannten Kopierabgaben sollen die
69 Rechteinhaber hierfür volumen- und werktypabhängig entschädigt werden. So kann
70 in den Bibliotheken für alle ein breites und umfassendes digitales Archiv
71 angeboten werden, ohne die langen Schutzrechtszeiträume des Urheberrechts (ca.
72 100 Jahre) abwarten zu müssen.

- 73 3. Kultur und Informationen für alle im öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Zu einer
74 quantitativ und qualitativ besseren Verbreitung von Kultur, Informationen und
75 Meinungen soll auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk entsprechend seiner
76 verfassungsrechtlichen Aufgabe beitragen. Dem dürfen geistiges Eigentum und
77 ähnliche Rechte nicht entgegenstehen. Deshalb sollen öffentlich-rechtliche
78 Rundfunkanstalten ein umfassendes Recht zu einer entschädigungspflichtigen
79 Aneignung von Ton- und Videoaufnahmen jeglicher Art erhalten, um insbesondere
80 tagesaktuelle, aber auch andere kulturelle, informative und dokumentarische
81 Beiträge der gesamten Bevölkerung insbesondere auch über das Internet
82 zugänglich zu machen. Lediglich für fiktionale und künstlerische Werke (z.B.
83 Spielfilme, Serien, Lieder und Hörbücher) sollen dafür Wartezeiten zu beachten
84 sein. Weiterhin sollen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über die
85 Mediengesetze dazu angehalten werden, an so vielen wie möglich der von den
86 Anstalten selbst-produzierten Beiträge eine lizenzgebührenfreie Nutzung -
87 zumindest für nicht kommerzielle Anwendungen - nach den Lizenzmodellen der
88 Creative-Commons zu erlauben.
- 89 4. Datensparsamkeit: Unternehmen und andere Stellen, die personenbezogene oder
90 verhaltensgenerierte Daten erheben und hierfür die Einwilligung des Betroffenen
91 bedürfen (z.B. Abfrage für Cookies oder Newsletter, Voreinstellungen in Social
92 Media Plattformen), sind für deren Entgegennahme auf eine datensparsame
93 Voreinstellung und Befragungstechnik zu verpflichten. Datenschutz funktioniert
94 nur, wenn die Datenerhebung die Ausnahme und die Datensparsamkeit der Standard
95 ist.
- 96 5. Personal-Identity-Management durch Pseudonyme: Zur Effektivierung des
97 Datenschutzes sollen die faktischen Möglichkeiten zur Verknüpfung
98 personenbezogener Daten eingeschränkt werden. Hierfür sollen Nutzer eines
99 digitalen Dienstes pseudonyme Kennzeichen verwenden können. Diese Kennzeichen
100 würden von öffentlich-rechtlich basierten Datentreuhändern z.B. mittels einem
101 Personal-Identity-Management angeboten und ermöglichen damit dem Nutzer eine
102 daten-sparsame Autorisierung gegenüber Dritten. Die unter dem Pseudonym laufende
103 Identität wäre vom Datentreuhänder nur in streng geregelten Konfliktfällen
104 aufzulösen.

Votum der Redaktionskonferenz

Fußnoten werden entfernt (nicht Bestandteil eines Antrages). Präambel wird zur Begründung.

Antrag C-04-Ä001: Änderungsantrag zu C-04

Änderungsantrag zu C-04

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 6

- 1 ~~Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, sowie die SPD-Landtagsfraktionen~~
 2 ~~werden aufgefordert, für die Beziehungen unter und zu Privaten (Unternehmen sowie~~
 3 ~~Bürgerinnen und Bürger) die Verfügbarkeit von Daten zu fördern und Mechanismen für~~
 4 ~~die Weiterverwendung und gemeinsame Nutzung von Daten entsprechend den~~
 5 ~~nachfolgenden~~
 6 ~~Forderungen festzulegen, wobei eine gute Datenpolitik organisatorische und technische~~
 7 ~~Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz treffen muss.~~

Zeile 7

7

Zeile 8

- 8 **Präambel:**

Zeile 9 - 33

- 9 ~~Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer~~
 10 ~~stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der~~
 11 ~~Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere~~
 12 ~~Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies~~
 13 ~~ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein.~~
 14 ~~Wissen ist Macht. In einer Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt~~
 15 ~~daraus, Wissen und Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen~~
 16 ~~Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Deshalb~~
 17 ~~sollen kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu~~
 18 ~~stehen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu~~
 19 ~~fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle.~~
 20 ~~Wissen und Informationen als Machtinstrumente dürfen auch im Bereich der Wirtschaft~~

~~21 nicht Machtpositionen bis hin zu marktbeherrschenden Stellungen entstehen lassen und
22 verfestigen. Eine unkontrollierte und sich selbst verstärkende Marktbeherrschung ist
23 der Feind einer jeden Marktwirtschaft. Deshalb müssen wir auch Instrumente des
24 Datenteilens einsetzen, um marktbeherrschenden Stellungen entgegen zu wirken.
25 Freilich gilt dies nur soweit, wie der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und
26 andere Geheimnis-bereiche (z.B. Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht
27 entgegenstehen. Unseren Grundrechten liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde
28 und zwar insbesondere in Form der informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die
29 Macht über die Verwendung und Verbreitung der einen selbst betreffenden
30 personenbezogenen Daten zuverlässig und wirksam grundsätzlich bei der Person selbst
31 zu verorten. Datenpolitik muss deshalb die digitale Welt in Einklang mit unseren
32 Grundwerten ordnen und organisatorische und technische Vorkehrungen für einen
33 wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung der Privatsphäre treffen.~~

Zeile 34 - 36

~~34 Im Einzelnen: Aus diesen Erwägungen ergeben sich für die Beziehungen unter und zu
35 Privaten die~~Die ~~nachfolgenden Maßnahmen, die werden~~ der SPD-Bundestagsfraktion sowie
der SPD-
36 Landtagsfraktion zur Umsetzung ~~empfohlen werden:~~empfohlen:

Antrag C-04-Ä002: Änderungsantrag zu C-04

Änderungsantrag zu C-04

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 104

96 5. Personal-Identity-Management durch Pseudonyme: Zur Effektivierung des
 97 Datenschutzes sollen die faktischen Möglichkeiten zur Verknüpfung
 98 personenbezogener Daten eingeschränkt werden. Hierfür sollen Nutzer eines
 99 digitalen Dienstes pseudonyme Kennzeichen verwenden können. Diese Kennzeichen
 100 würden von öffentlich-rechtlich basierten Datentreuhändern z.B. mittels einem
 101 Personal-Identity-Management angeboten und ermöglichen damit dem Nutzer eine
 102 daten-sparsame Autorisierung gegenüber Dritten. Die unter dem Pseudonym laufende
 103 Identität wäre vom Datentreuhänder nur in streng geregelten Konfliktfällen
 104 aufzulösen.

Die Präambel wird als Begründung des Antrage aufgenommen.

Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein.

Wissen ist Macht. In einer Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt daraus, Wissen und Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Deshalb sollen kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu stehen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle.

Wissen und Informationen als Machtinstrumente dürfen auch im Bereich der Wirtschaft nicht Machtpositionen bis hin zu marktbeherrschenden Stellungen entstehen lassen und verfestigen. Eine unkontrollierte und sich selbst verstärkende Marktbeherrschung ist der Feind einer jeden Marktwirtschaft. Deshalb müssen wir auch Instrumente des Datenteilens einsetzen, um marktbeherrschenden Stellungen entgegen zu wirken. Freilich gilt dies nur soweit, wie der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und andere Geheimnis-bereiche (z.B. Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht entgegenstehen. Unseren

Grundrechten liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde und zwar insbesondere in Form der informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die Macht über die Verwendung und Verbreitung der einen selbst betreffenden personenbezogenen Daten zuverlässig und wirksam grundsätzlich bei der Person selbst zu verorten. Datenpolitik muss deshalb die digitale Welt in Einklang mit unseren Grundwerten ordnen und organisatorische und technische Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung der Privatsphäre treffen.

Antrag C-05: Datenpolitik für Alle: Regelungen gegenüber der öffentlichen Hand

Antragsteller*in:	ASJ Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, sowie die SPD-Landtagsfraktionen
- 2 werden aufgefordert, die Verfügbarkeit von Daten seitens der öffentlichen Hand zu
- 3 fördern, wobei eine gute Datenpolitik organisatorische und technische Vorkehrungen
- 4 für einen wirksamen Datenschutz treffen muss.

5

6 **Präambel:**

- 7 Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer
- 8 stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der
- 9 Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere
- 10 Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies
- 11 ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein. Wissen ist Macht. In einer
- 12 Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt daraus, Wissen und
- 13 Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen Bürgerinnen und Bürgern
- 14 aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Freilich gilt dies nur soweit, wie
- 15 der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und andere Geheimnisbereiche (z.B.
- 16 Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht entgegenstehen. Vornehmlich sollen
- 17 demnach bereits rechtmäßig veröffentlichte Informationen und Daten aus
- 18 Verwaltungsvorgängen, für die es kein überwiegendes Geheimhaltungsbedürfnis gibt, den
- 19 Bürgerinnen und Bürgern möglichst barrierefrei zugänglich sein. Weiterhin ist darauf
- 20 zu achten, kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu
- 21 stellen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu
- 22 fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle. Unseren Grundrechten
- 23 liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde und zwar ins-besondere in Form der
- 24 informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die Macht über die Verwendung und
- 25 Verbreitung der einen selbst betreffenden personenbezogenen Daten zuverlässig und
- 26 wirksam grundsätzlich bei der Person selbst zu verorten. Datenpolitik muss deshalb
- 27 die digitale Welt in Einklang mit unseren Grundwerten ordnen und organisatorische und
- 28 technische Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung
- 29 der Privatsphäre treffen.

- 30 Die Europäische Union hat unter dem Stichwort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“

31 den Entwurf für ein Data Governance Act vorgelegt und strebt eine Erhöhung der
32 Verfügbarkeit von Daten und die Ausschöpfung deren wirtschaftlichen und
33 gesellschaftlichen Potenzials an.

34 Im Einzelnen: Aus diesen Erwägungen ergeben sich gegenüber der öffentlichen Hand die
35 nachfolgenden Regelungen die der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-
36 Landtagsfraktion zur Umsetzung empfohlen werden:

37

38 1. Informationsfreiheitsgesetze, die jedem einen Anspruch auf Auskunft über Daten
39 aus der öffentlichen Verwaltung verschaffen, müssen auf allen Verwaltungs-ebenen
40 (nicht nur in Bund und Ländern) wirken und zwar unter Einschluss der
41 Sondervermögen der öffentlichen Hand und der von ihr beherrschten
42 Tochterunternehmen. Für eine möglichst reibungsfreie Durchführung dieses
43 Anspruchs sorgen die Informationsfreiheitsbeauftragten (entsprechend den bereits
44 existierenden Informationsfreiheitsgesetzen) und unterstützen sowohl
45 Bürgerinnen und Bürger als auch die öffentliche Hand und ihre Tochterunternehmen
46 bei der Anwendung dieser Gesetze.

47 2. Daten für alle: In der öffentlichen Hand befindliche Daten, die zweifelsfrei
48 keinen Personenbezug aufweisen und deren Veröffentlichung keine wesentlichen
49 Sicherheitsinteressen, Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflichten entgegen-
50 stehen, sind digital in strukturierten Formaten, kosten- und barrierefrei und
51 gut auswertbar über das Internet zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählen nicht
52 nur sämtliche Rechtsnormen und öffentliche Allgemeinverfügungen sondern auch
53 technische Normen, meteorologische Daten, Mobilitätsdaten, Energiedaten sowie
54 Daten aus Landwirtschaft und aus der Industrie. Dabei sollte Deutschland schon
55 jetzt über den bereits in der EU-Richtlinie über offene Daten und die
56 Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (2019/1024)
57 enthaltenen Katalog von per API-Schnittstelle verfügbaren, hochwertigen
58 Datensätzen hinausgehen und möglichst umfassend die keinen Personenbezug
59 aufweisenden Datensätze für entsprechende Schnittstellen definieren. Darüber
60 hinaus soll geprüft werden, ob auch gesellschaftlich relevante Daten wie
61 Registerdaten (z.B. Unternehmensregister, Handelsregister, Vereinsregister) und
62 Katasterdaten (Größe, Lage und Eigentümerschaft von Grundstücken) ebenso frei
63 über das Internet zugänglich gemacht werden können, auch wenn diese Daten in
64 gewissem Umfang personenbezogene Informationen (Name und Anschrift) aufweisen.

65 3. Datentreuhänder: Weiterhin sollen öffentlich-rechtlich basierte, vom
66 Datenschutzbeauftragten zertifizierte und kontrollierte Datentreuhänder dafür
67 dienen, aus Datensammlungen mit personenbezogenen Daten, den Anteil nicht
68 personen-bezogener Daten zuverlässig zu extrahieren und soweit möglich die
69 personenbezogenen Daten zu anonymisieren, um einen solchen Datenbestand
70 ebenfalls öffentlich zur Verfügung zu stellen. Solche Datentreuhänder sollen
71 auch helfen, Zweifelsfälle zu klären und im Falle einer Weigerung der
72 öffentlichen Stelle zur Datenfreigabe hierzu eine Stellungnahme abgeben. Für
73 solche Zweifels- und Konfliktfälle ist eine Verwaltungspraxis zu etablieren, die

- 74 die Datenschutznotwendigkeit sorgfältig prüft und bei negativem Ausgang dieser
75 Prüfung als Standard zu einem offenen Zugang der Daten führt (Open-Data).
- 76 4. Effektiver Datenschutz: Zur Sicherung der Daten ist ein hoher Anspruch an die
77 IT-Infrastruktur zu wahren. Auch für die öffentliche Hand gilt bei der
78 Datensicherung der Stand der Technik. Das ist in regelmäßigen Abständen zu
79 überprüfen und abgestuft zu zertifizieren.
- 80 5. Dezentralisierung der Datenbestände, keine Datensilos: Zur Sicherstellung der
81 vorgenannten Ziele bedarf es einer starken personellen Aufwertung der
82 Datenschutzbehörden in Bund und Ländern sowie in Europa. Insbesondere gegenüber
83 den großen Datensammlern wie Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft
84 bedarf es eines konzertierten und wirksamen Auftretens seitens der Datenschützer
85 in Europa. Hinsichtlich solcher und anderer Datensilos sind das Prinzip der
86 Dezentralisierung zu verfolgen und Strukturen anzustreben, mit denen die Daten
87 möglichst nicht in den Datensilos der Unternehmen, sondern allein in den
88 Endgeräten der Nutzer gespeichert werden.

Votum der Redaktionskonferenz

Fußnoten werden entfernt (nicht Bestandteil eines Antrages). Präambel wird zur Begründung.

Antrag C-05-Ä001: Änderungsantrag zu C-05

Änderungsantrag zu C-05

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 5

5

Zeile 6

6 **Präambel:**

Zeile 7 - 29

7 ~~Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer~~
8 ~~stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der~~
9 ~~Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere~~
10 ~~Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies~~
11 ~~ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein. Wissen ist Macht. In einer~~
12 ~~Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt daraus, Wissen und~~
13 ~~Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen Bürgerinnen und Bürgern~~
14 ~~aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Freilich gilt dies nur soweit, wie~~
15 ~~der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und andere Geheimnisbereiche (z.B.~~
16 ~~Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht entgegenstehen. Vornehmlich sollen~~
17 ~~demnach bereits rechtmäßig veröffentlichte Informationen und Daten aus~~
18 ~~Verwaltungsvorgängen, für die es kein überwiegendes Geheimhaltungsbedürfnis gibt, den~~
19 ~~Bürgerinnen und Bürgern möglichst barrierefrei zugänglich sein. Weiterhin ist darauf~~
20 ~~zu achten, kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu~~
21 ~~stellen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu~~
22 ~~fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle. Unseren Grundrechten~~
23 ~~liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde und zwar ins-besondere in Form der~~
24 ~~informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die Macht über die Verwendung und~~
25 ~~Verbreitung der einen selbst betreffenden personenbezogenen Daten zuverlässig und~~
26 ~~wirksam grundsätzlich bei der Person selbst zu verorten. Datenpolitik muss deshalb~~
27 ~~die digitale Welt in Einklang mit unseren Grundwerten ordnen und organisatorische und~~
28 ~~technische Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung~~

~~29 der Privatsphäre treffen.~~

Zeile 30 - 33

~~30 Die Europäische Union hat unter dem Stichwort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“
31 den Entwurf für ein Data Governance Act vorgelegt und strebt eine Erhöhung der
32 Verfügbarkeit von Daten und die Ausschöpfung deren wirtschaftlichen und
33 gesellschaftlichen Potenzials an.~~

Zeile 34 - 36

~~34 Im Einzelnen: Aus diesen Erwägungen ergeben sich gegenüber der öffentlichen Hand die Die
35 nachfolgenden Regelungen ~~die der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-
Landtagsfraktion~~werde
36 n zur Umsetzung ~~empfohlen werden:~~empfohlen:~~

Antrag C-05-Ä002: Änderungsantrag zu C-05

Änderungsantrag zu C-05

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 88

80 5. Dezentralisierung der Datenbestände, keine Datensilos: Zur Sicherstellung der
 81 vorgenannten Ziele bedarf es einer starken personellen Aufwertung der
 82 Datenschutzbehörden in Bund und Ländern sowie in Europa. Insbesondere gegenüber
 83 den großen Datensammlern wie Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft
 84 bedarf es eines konzertierten und wirksamen Auftretens seitens der Datenschützer
 85 in Europa. Hinsichtlich solcher und anderer Datensilos sind das Prinzip der
 86 Dezentralisierung zu verfolgen und Strukturen anzustreben, mit denen die Daten
 87 möglichst nicht in den Datensilos der Unternehmen, sondern allein in den
 88 Endgeräten der Nutzer gespeichert werden.

Nachfolgender Text wird als Begründung des Antrages aufgenommen:

Spätestens mit der Verbreitung des Internets hat sich unser Zusammenleben immer stärker zu einer Informations- und Wissensgesellschaft gewandelt, in der Informationen und das Wissen nebst kulturellen Bereicherungen eine immer größere Bedeutung gewinnen. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker sollte dies ein Heimspiel und eine Herausforderung zugleich sein. Wissen ist Macht. In einer Demokratie, bei der die Macht dem Volke zusteht, folgt daraus, Wissen und Informationen möglichst breit, vielfältig und leicht allen Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Unternehmen zugänglich zu machen. Freilich gilt dies nur soweit, wie der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und andere Geheimnisbereiche (z.B. Betriebsgeheimnisse, Dienstgeheimnisse) dem nicht entgegenstehen. Vornehmlich sollen demnach bereits rechtmäßig veröffentlichte Informationen und Daten aus Verwaltungsvorgängen, für die es kein überwiegendes Geheimhaltungsbedürfnis gibt, den Bürgerinnen und Bürgern möglichst barrierefrei zugänglich sein. Weiterhin ist darauf zu achten, kulturelle und wissenschaftliche Daten möglichst breit zur Verfügung zu stellen, um die gesellschaftliche Teilhabe und eine Chancengleichheit für alle zu fördern. Daten für alle heißt auch Kultur und Wissen für alle. Unseren Grundrechten liegt das Prinzip der Selbstbestimmung zugrunde und zwar insbesondere in Form der informationellen Selbstbestimmung. Daraus folgt die Macht über die Verwendung und Verbreitung der einen selbst betreffenden personenbezogenen Daten zuverlässig und wirksam grundsätzlich bei der

Person selbst zu verorten. Datenpolitik muss deshalb die digitale Welt in Einklang mit unseren Grundwerten ordnen und organisatorische und technische Vorkehrungen für einen wirksamen Datenschutz und eine angemessene Wahrung der Privatsphäre treffen. Die Europäische Union hat unter dem Stichwort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ den Entwurf für ein Data Governance Act vorgelegt und strebt eine Erhöhung der Verfügbarkeit von Daten und die Ausschöpfung deren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzials an.

Antrag C-06: 150 Jahre § 218 StGB – Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!

Antragsteller*in:	ASF Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Am 15. Mai 1871 wurden die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch im ersten
- 2 Reichsstrafgesetzbuch verabschiedet. Auch heute, 150 Jahre später, sind
- 3 Schwangerschaftsabbrüche nach §218 StGB eine Straftat. Die Regelung im
- 4 Strafgesetzbuch entmündigt Betroffene und verweigert ihnen eine würdevolle,
- 5 selbstbestimmte Entscheidung. 150 Jahre Kriminalisierung haben ein gesellschaftliches
- 6 Tabu rund um den Schwangerschaftsabbruch geschaffen.
- 7
- 8 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich
- 9 dafür einzusetzen, dass folgende Forderungen umgesetzt werden:
- 10 • In der Familienplanung müssen Menschen selbstbestimmte Entscheidungen treffen
- 11 können – eigenständig, partnerschaftlich und unabhängig vom Einkommen.
- 12 • Wir brauchen einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln. Dazu gehört auch
- 13 die „Pille danach“. Die Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer muss
- 14 finanziell gefördert werden.
- 15 • Eine geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle muss umgesetzt
- 16 werden.
- 17 • Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen
- 18 Schwangerschafts-abbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer
- 19 wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung – das gilt ambulant wie stationär.
- 20 • Eine Ausbildung in den Methoden des Schwangerschaftsabbruchs muss in den
- 21 Studiengängen für Medizin umgesetzt werden.
- 22 • Länder und Kommunen müssen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche
- 23 Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten müssen.
- 24 • Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht. Die §218 und §219a
- 25 müssen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Wir brauchen eine Neu-regelung
- 26 des Rechts auf einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch.

Votum der Redaktionskonferenz

Annahme des Antrages und Änderung des Titels in "150 Jahre § 218 StGB - Schwangerschaftsabbruch nicht im Strafgesetzbuch regeln!

Weiterleiten an

SPD Bundestagsfraktion, ASF-Bundeskonferenz, Landesparteitag

Antrag C-07: Das „Dritte Geschlecht“ von körperlichen Geschlechtsmerkmalen unabhängig machen

Antragsteller*in:	SPDqueer Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Geschlechtseintrag divers steht im Personenstandgesetz aktuell grundsätzlich nur
- 2 intergeschlechtlichen Menschen offen. Damit wird die dritte Geschlechtsoption auf
- 3 rein körperliche Merkmale reduziert und schließt nicht-binäre Menschen aus, die nicht
- 4 intergeschlechtlich sind. Wir fordern, den Geschlechtseintrag divers für alle
- 5 Menschen zu öffnen, deren Geschlechtsidentität weder komplett männlich noch weiblich
- 6 ist.

Begründung

Die Geschlechtsidentität eines Menschen hängt nicht nur von körperlichen Geschlechtsmerkmalen ab. Die aktuelle Rechtslage diskriminiert nicht-binäre Personen, die nicht intergeschlechtlich sind, und muss deshalb angepasst werden.

Antrag C-08: Antidiskriminierungsschulungen für Angestellte im öffentlichen Dienst

Antragsteller*in:	SPDqueer Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Zurückgestellt
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Bedienstete und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen in regelmäßigen Abständen
- 2 verpflichtende Schulungen zu Antidiskriminierung absolvieren, in denen sie sich
- 3 verschiedener Formen von Diskriminierung (Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit,
- 4 Klassismus, Ableismus, ...) bewusst werden, ihre eigenen Privilegien reflektieren und
- 5 lernen, wie sie diskriminierendes Verhalten bei der Arbeit verhindern können.

Begründung

Begriffserklärungen: Klassismus beschreibt Diskriminierung aufgrund der sozialen Schicht, Ableismus beschreibt die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen.

Menschenrechte und Antidiskriminierung sind in unserem Grundgesetz verankert. Doch die Realität ist leider noch anders und da wir alle in unserer patriarchalen, rassistischen und cisheteronormativen Gesellschaft sozialisiert werden, ist niemand frei von Diskriminierung. Doch Menschen, die durch ihre Arbeit im öffentlichen Dienst unseren Staat repräsentieren, stehen ganz besonders in der Verantwortung, die Werte des Grundgesetzes zu achten und in ihrer Arbeit umzusetzen. Verpflichtende Schulungen zu Antidiskriminierung können das Bewusstsein für diskriminierendes Verhalten schärfen, Vorurteile durch Fakten abmildern und Strategien zu antidiskriminierendem Verhalten offenlegen. Viel Alltagsdiskriminierung erfolgt aus Unwissenheit und nicht aus bösem Willen. Nicht alle Menschen haben die Kapazitäten oder die Motivation, sich freiwillig nach Feierabend dahingehend weiterzubilden. Deshalb muss der Staat diese Lücke durch verpflichtende Schulungen schließen.

Antrag C-09: Erinnerungskultur stärken!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Gedenk- und Erinnerungskultur steht vor enormen Herausforderungen. Neurechte
- 2 Kreise bemühen sich, die NS-Vergangenheit zu relativieren und eine
- 3 „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ durchzusetzen. Gleichzeitig wird es
- 4 schwieriger, die monströsen Verbrechen der Shoah gerade jüngeren Menschen zu
- 5 vermitteln, da es immer weniger Zeitzeug:innen gibt. Auch ein zunehmend
- 6 ritualisiertes Gedenken lässt die Verbrechen des Nationalsozialismus abstrakt und
- 7 fern der aktuellen Lebensrealität erscheinen.
- 8 Wir nehmen den Kampf gegen die gezielte Verharmlosung der NS-Diktatur auf und setzen
- 9 uns für neue Wege der Vermittlung in der Erinnerungskultur ein. Die
- 10 nationalsozialistische Vergangenheit muss in den Kreisen und Kommunen weiter
- 11 aufgearbeitet, vermittelt und ihre Parallelen zur neuen Rechten, zu rassistischer
- 12 Gewalt und zu antisemitischen Verschwörungsmuthe müssen aufgezeigt werden. Wir
- 13 setzen uns deshalb dafür ein, im Verbund mit wissenschaftlicher Forschung und
- 14 Zivilgesellschaft ein ortsspezifisches und zeitgemäßes Gedenken lokal zu entwickeln
- 15 und zu verankern. Orte des Verbrechens müssen beispielhaft in den einzelnen Kommunen
- 16 sichtbar gemacht, persönliche Schicksale von NS-Opfern greifbar und auch digital
- 17 zugänglich gemacht werden.

Begründung

Lange Jahre waren in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit Narrative verbreitet, die die nationalsozialistischen Verbrechen als Werk einer kleinen Führungselite um Adolf Hitler ansahen, den Großteil der deutschen Bevölkerung aber als Mitläufer:innen entlasteten. Obwohl wissenschaftlich eindeutig widerlegt, sind solche Vorstellungen bis heute verbreitet. Eine moderne Erinnerungskultur muss damit brechen und den Nationalsozialismus als eine Diktatur benennen, die sich auf die Zustimmung und Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung stützen konnte, welche im Gegenzug von vielen der NS-Verbrechen persönlich profitierte, etwa den sog. „Arisierungen“. Auch die Stadt- und Kommunalverwaltungen müssen ihre historische Rolle einer kritischen Revision unterziehen. Obwohl der Nationalsozialismus als gut erforscht gilt, gibt es besonders auf lokaler Ebene noch viele blinde Flecken – diese müssen systematisch ausgeleuchtet und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden, etwa mit spezifischen

Bildungsprogrammen, Erinnerungsstätten oder der Restitution von Raubkunst aus öffentlichen Sammlungen.

Die Vorstellung, das mit dem Nationalsozialismus verbundene historische Unrecht hätte mit dem Kriegsende 1945 ein Ende gefunden, ist falsch – eine moderne Erinnerungspolitik muss dem Rechnung tragen. So setzte sich etwa die Verfolgung homosexueller Menschen in der Bundesrepublik und der DDR fort, der rassistische und antisemitische Hass der Nazis findet sich bis heute in vielen Köpfen und bietet die Grundlage für Mordanschläge und Attentate. Statt die Gefahr des Rechtsterrorismus mit der irreführenden Erzählung von Einzeltäter:innen zu marginalisieren, muss sie als existentielle Bedrohung unserer Gesellschaft anerkannt werden – denn rechtsextremistische Ideologie mündet qua Definition in der Auslöschung des Anderen, zu dem im Zweifelsfall wir alle zählen. Wollen wir sie wirkungsvoll bekämpfen, muss das Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt Teil unserer Erinnerungskultur werden.

Weiterleiten an

Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

Antrag C-10: Konsequenzen aus Hanau – jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Zurückgestellt
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Folgende Forderungen zum rassistischen Attentat vom 19.02.2020 in Hanau anzuerkennen
- 2 und aktiv zu unterstützen
- 3 Der Satz „Hanau betrifft uns alle, aber nicht alle gleich“ ist uns in den letzten 13
- 4 Monaten nur allzu oft über den Weg gelaufen und er ist wahr. Hanau geht uns alle
- 5 etwas an und wir alle sind in der Verantwortung, zu verhindern, dass sich ein solches
- 6 Attentat wiederholt. Wir sind in der Verantwortung, das Sterben durch die Hand des
- 7 rechten Terrors ein für alle mal zu beenden. Es darf kein Vergeben und kein Vergessen
- 8 geben. Und wir Jusos solidarisieren uns deutlich mit den Hinterbliebenen von Hanau
- 9 und allen anderen Menschen, die eine Bedrohung durch den rechten Terror erfahren.
- 10 Deshalb unterstützen wir unter anderem die Forderungen der Hinterbliebenen des 19.
- 11 Februar 2020.
- 12 Wie konnte es dazu kommen, dass die Morde vom 19. Februar 2020 trotz konkreter
- 13 Warnsignale nicht verhindert werden? Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der
- 14 Anschläge von Hanau und dass die Verantwortlichen für ihr Versagen und Ignoranz -
- 15 nicht nur in der Tatnacht sondern bereits im Vorfeld - zur Rechenschaft gezogen
- 16 werden. Die Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden läuft schleppend. Deswegen
- 17 schließen wir einer weiteren Forderung der Hinterbliebenen an: Deshalb fordern wir
- 18 eine unabhängige, externe Untersuchungskommission zum Hanau-Anschlag!
- 19 Wie kann es sein, dass Hessens Innenminister Beuth sowohl vor als auch am 19. Februar
- 20 um die konkreten Warnsignale wusste, keine Schritte zur Verhinderung der Morde in
- 21 Hanau einleitete und das Geschehene bis heute klein redet? Das darf nicht passieren,
- 22 denn vor allem die Politik muss konkrete Konsequenzen aus der Nacht des 19. Februar
- 23 ziehen und daher fordern wir Beuths sofortigen Rücktritt.
- 24 Auch eine Verschärfung des Waffengesetzes kann keine alleinige Lösung sein. Wir
- 25 fordern die genaue Überprüfung, ob Menschen Mitglieder oder Sympathisant*innen
- 26 militanter und/oder rechter Strukturen sind, bevor diesen ein Waffenschein
- 27 ausgestellt werden darf. Rassist*innen darf die Macht einer Waffe nicht mehr
- 28 zugeteilt werden. Behörden und Institutionen müssen entnazifiziert werden.
- 29 Auf Worte müssen Taten folgen. Es darf nicht sein, dass Angehörige Verstorbener,
- 30 Überlebende und Hinterbliebene rassistischer Attentate mit warmen Worten und
- 31 Kondolenz abgeseigt werden. Wir fordern, dass ihnen psychologische, soziale und

32 finanzielle Hilfen zur Verfügung stehen. Der Aufbau von unterstützenden und
33 vorbeugenden Strukturen und Institutionen muss gestärkt und finanziell ermöglicht
34 werden.

35 2021 darf es nicht mehr sein, dass wir es schon als großen Erfolg verbuchen, wenn
36 rassistische Attentate öffentlich auch von Amtsinhaber*innen als solche benannt
37 werden. Denn das ist das absolut mindeste. Dinge müssen beim Namen genannt werden und
38 Personen die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtem Terror bedroht
39 sind, müssen unseren höchsten Schutz und die Anerkennung ihrer Leiden und der
40 Gefahren, die von rechts ausgehen erhalten. Deshalb fordern wir Jusos ebenfalls ein
41 angemessenes Erinnern in Form eines zentralen Denkmals.

42 Sich auf den Schutz der Behörden zu verlassen, ist ein Privileg. Beim Anblick von
43 Polizist*innen nicht sofort den Impuls des Weglaufens zu verspüren, ist ein Privileg.
44 Keine Angst vor Gewalt durch Rassist*innen haben zu müssen, ist ein Privileg.

45 Hanau war kein Einzelfall.

46 Sagt ihre Namen:

47 Gökhan Gültekin

48 Sedat Gürbüz

49 Said Nesar Hashemi

50 Mercedes Kierpacz

51 Hamza Kurtovic

52 Vili Viorel Paun

53 Fatih Saraçoğlu

54 Ferhat Unvar

55 Kaloyan Velkov

Antrag C-10-Ä001: Änderungsantrag zu C-10

Änderungsantrag zu C-10

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik
Antragsblock:	Antragsblock C

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 18

- 12 Wie konnte es dazu kommen, dass die Morde vom 19. Februar 2020 trotz konkreter
 13 Warnsignale nicht verhindert werden? Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der
 14 Anschläge von Hanau und dass die Verantwortlichen für ihr Versagen und Ignoranz -
 15 nicht nur in der Tatnacht sondern bereits im Vorfeld - zur Rechenschaft gezogen
 16 werden. Die Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden läuft schleppend. Deswegen
 17 schließen wir einer weiteren Forderung der Hinterbliebenen an: Deshalb fordern wir
 18 ~~eine unabhängige, externe~~ eine parlamentarische Untersuchungskommission ~~zum Hanau-~~
~~Anschlag!~~

Antrag D-01: Sozialer Fortschritt, ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Dynamik

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wo stehen wir?**

2 Der Klimawandel ist in westeuropäischen Breitengraden mit massiver Härte angekommen.
 3 Dürre und Trockenheitsperioden werden länger. Wälder und Grundwasseraufkommen sind in
 4 immer schlechterem Zustand. Die Lebensbedingungen für Insekten und Tierarten
 5 verändern sich. Wechselwirkungen auf Böden und Nährstoffhaushalte einerseits und
 6 darauf reagierende gesetzliche Vorgaben stellen die heimische Landwirtschaft als
 7 Grundlage unserer Ernährung vor immer größere Herausforderungen. Die Forstwirtschaft
 8 hat große Mühe das Ökosystem Wald als Lebensgrundlage zu stabilisieren und als
 9 Lieferant des ökologischen Rohstoffs Holz zu erhalten. Die Menschen spüren, dass sich
 10 etwas im Umgang mit den natürlichen Ressourcen ändern muss.

11 Das lenkt den Blick auf große Verbraucher von Energie und Ressourcen wie die
 12 Industrie. Gleichzeitig steht unsere Industrie als Großverbraucher und Klimatreiber
 13 unter Druck und mit ihr Millionen von Arbeitsplätzen und der Eckpfeiler unseres
 14 Wohlstandsmodells. Hohe Energiekosten, fehlender Innovationsdruck, Missmanagement in
 15 den Vorstandsetagen und veränderte Konsumgewohnheiten nähren in den Betrieben die
 16 Sorge, ob Industriearbeit künftig den gleichen Stellenwert haben wird wie heute. In
 17 Südhessen sind mit dem Luftverkehr, der Automobil- und Zuliefererindustrie und der
 18 Chemie – durch Corona beschleunigt – gleich drei wesentliche Industriezweige in einem
 19 rapiden Veränderungsprozess.

20 Gleichzeitig merken wir, dass andere Nationen in Fragen von Forschung und
 21 Entwicklung nicht schlafen. Made in Germany ist beispielsweise in der
 22 Mobilitätsindustrie längst nicht mehr der alleinige Benchmark. Innovationen müssen
 23 gefördert, entwickelte Technologien konsequenter ausgerollt werden. Kommunen,
 24 Stadtwerke und Genossenschaften waren Motor für die Energiewende. Um die Klimaziele
 25 zu erreichen und unseren Energiebedarf für Strom, Wärme und Verkehr zügig
 26 emissionsfrei zu decken, müssen wir einen innovationsfördernden Ordnungsrahmen
 27 schaffen und ideologische Bremsen gegen die wirtschaftliche Betätigung der
 28 öffentlichen Hand entfernen.

29

30 **Wo wollen wir hin?**

31 Die Sozialdemokratie setzt sich seit ihrer Gründung dafür ein, dass aus
32 technologischer Innovation sozialer Fortschritt wird. Neue Technologie sind der
33 Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderung von morgen. Das setzt
34 Technologieoffenheit voraus. Bei Antriebstechnologien und auch sonst - welche
35 Technologie überlegen ist, müssen Wissenschaft und Forschung beantworten, nicht die
36 Politik. Aber es braucht einen politischen Rahmen, in dem serienreife Technologien
37 sich gegen Platzhirsche behaupten können. Das sehen wir seit Jahren in der
38 Verbrennungsmotor affinen Autolobby.

39 Die Ressourcen auf der Erde sind endlich. Deswegen braucht es auch einen
40 nachhaltigeren Umgang mit ihnen. Wir wollen und wir müssen die wirtschaftlichen und
41 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern. Statt Verzichtsethik wollen wir als
42 Sozialdemokratie einen Umbau der Wirtschaft in Richtung sozial und ökologisch
43 verantwortungsvolle Produktion und Lieferketten. Wir wollen Perspektiven schaffen für
44 gute und mitbestimmte Arbeit, die Familien ernährt, Ressourcen einspart und einen
45 wirksamen Beitrag für eine bessere Zukunft leistet. Made in Germany soll für die
46 modernste und sauberste Industrie der Welt stehen.

47 Wir müssen uns ambitionierte Ziele setzen. Mit Blick auf die sozialen Folgen des
48 Klimawandels auch bei uns müssen Klimaneutralität deutlich vor 2050 erreichen. Das
49 wird nur gelingen, wenn umweltfreundliche Innovationen Technologien
50 verbraucherfreundlicher werden und einen Durchbruch erleben. Wir brauchen mehr Tempo
51 beim Ausbau von Speichermöglichkeiten für Energie, Wasserstoffleitungen und
52 Ladeinfrastruktur für Elektroautos.

53

54 **Wie wollen wir das schaffen?**

55 Technologien von morgen fördern

56 Die Entwicklung und Etablierung von Zukunftstechnologien ist teuer. Die
57 gesellschaftlichen Kosten, es nicht zu tun, ist teurer. Deswegen wollen wir mehr Geld
58 für Wissenschaft und Forschung.

59 Gerade die einmaligen Anschaffungskosten schrecken viele Verbraucher ab, obwohl sich
60 eine Modernisierung in der Garage oder im Heizungskeller auf Dauer rechnet. Deswegen
61 setzen wir uns für Förderprogramm für den Kauf von emissionsfreien Autos und für den
62 Heizungstausch ein.

63 Die Wettbewerbsbedingungen zwischen Zukunftstechnologien und Technologien von
64 vorgestern sind häufig ungleich. Wir wollen fairen Wettbewerb. Deswegen wollen wir
65 umweltschädliche Subventionen sukzessive abbauen.

66 Elektromobilität ist nicht nur in der Anschaffung teuer sondern erweist sich aktuell
67 jenseits der Städte als praxisuntauglich. Wir werden eine nationale oder europäische
68 Gesetzgebung für Wechselakkus prüfen. Wenn Menschen an jeder Tankstelle einen leeren
69 Akku gegen einen vollen tauschen können, wird das zu einem Schub für die
70 Elektromobilität führen und uns im nationalen Maßstab völlig neue Möglichkeiten zur
71 Speicherung überschüssiger Energie verschaffen.

72 Nicht nur die individuelle Mobilität sondern vor allem der Lastverkehr muss sauberer
73 werden. Dafür muss Lastverkehr auf die Schiene. Gleichzeitig wollen wir die

74 Wasserstoffbrennstoffzelle mit Blick auf die Energiebedarf des Schwerlastverkehrs auf
75 der Straße fördern.

76

77 Global denken

78 Den globalen Herausforderungen begegnen wir nur, wenn wir in einer globalisierten
79 Wirtschaft auch Regeln für die gesamte Wertschöpfungs- und Lieferkette schaffen.
80 Nichts ist gewonnen, wenn die Produkte im Supermarktregal auf Sozialdumping und
81 Umweltzerstörung in Schwellenländern fußen. Deswegen haben wir mit dem
82 Lieferkettengesetz einen verbindlichen Rahmen für die gesamte Produkt-Lieferkette
83 geschaffen und wollen diesen Weg konsequent weitergehen.
84 Nicht nur der Zustand der Regenwälder und Weltmeere zeigen: Abfallvermeidung und
85 Ressourcenschutz sind eng miteinander verknüpft. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft
86 stärken um im Wege des Recyclings und der Wiederverwertung mehr Ressourcen für die
87 Produktion zurückzugewinnen. Gleichzeitig wollen wir mit in der Bundesregierung ein
88 Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten um eine sichere Lieferung der für die
89 umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.
90 Eine nachhaltige globale Wirtschaftsordnung braucht Abkommen mit Regeln für sozial-
91 und ökologisch verantwortungsvollen Handel zwischen den beteiligten
92 Volkswirtschaften. Gleichzeitig wollen wir Mindeststandards beispielsweise bei der
93 Beschaffung von Textilien für Polizei und Streitkräfte im Wege qualifizierter
94 Anforderungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durchzusetzen.

95

96 Lokal handeln

97 Immer mehr Menschen pendeln oder ziehen in die Städte, obwohl sie die Vorzüge des
98 Landlebens schätzen. Immer weniger Menschen erhalten die Infrastruktur in den
99 ländlichen Regionen aufrecht. Das nimmt Ressourcen in Anspruch. Auch um Ressourcen zu
100 sparen müssen die Stärkung der Dörfer, die Schaffung von Wohnraum, die Ansiedlung von
101 Arbeit und die Organisation von Mobilität zusammengedacht werden. Wir wollen eine
102 massive und stetige Investition in eine moderne Infrastruktur, vor allem in den
103 ländlichen Regionen, um wirklich gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.
104 Die Regionalisierung der Wirtschaft gehört zu ressourcenschonenden Lebensweise und
105 ist stark zu fördern um Transporte überflüssig zu machen, vor Ort Wertschöpfung
106 sicher zu stellen und damit Lebendigkeit der ländlichen Gemeinden zu ermöglichen.
107 Unter anderem sind dazu bisher sozialisierte Kosten der Wirtschaftstätigkeit
108 konsequent auf die Produkte zurückzuführen. Deswegen setzen wir uns auf allen Ebene
109 für kurze Wertschöpfungsketten ein.
110 Viele würden bei entsprechendem Angebot auf das Auto verzichten. Die Wende in der
111 Mobilität muss aus Sicht der Verbraucher*innen gedacht werden. Menschen müssen
112 schnell, einfach, verlässlich, sicher und günstig von A nach B kommen. Wir wollen
113 Mobilitätsstationen an Verkehrs-Knotenpunkten, an denen Menschen zwischen Bus, Bahn,
114 Car-Sharing bequem umsteigen können. Das Angebot muss bedarfsgerecht sein und sich
115 insbesondere auch an den Belangen von Menschen in den ländlichen Räumen orientieren.
116 Unsere kommunalen Versorger und Stadtwerke sind nah an den Bedarfen der Menschen. Mit

117 Energie-, Abfall-, Verkehrs- und Bädersparten sind sie breit aufgestellt und als
118 Innovationstreiber prädestiniert. Das haben sie bei der Etablierung von Solar-, Wind-
119 und Biomassekraftwerken bewiesen. Sie können die vollständige Unabhängigkeit von
120 fossilen Energieträgern massiv unterstützen, indem sie saubere Energie vor Ort
121 erzeugen, speichern, und verbrauchen, wenn sie entsprechende Freiheiten bekommen.
122 Deswegen wollen wir ideologische Hürden gegen die wirtschaftliche Betätigung der
123 öffentlichen Hand in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr aus den Gesetzen
124 streichen.

125 Wie sich unsere Entscheidungen auf eine lebenswerte Zukunft, Teilhabe für alle, eine
126 gerechte Verteilung von Vermögen und auf einen verantwortungsvollen Umgang mit
127 natürlichen Ressourcen, will erlernt sein. Deswegen wollen wir, dass unsere Schulen
128 Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vermitteln.

Antrag D-01-Ä001: Änderungsantrag zu D-01

Änderungsantrag zu D-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 33 - 34

- 31 Die Sozialdemokratie setzt sich seit ihrer Gründung dafür ein, dass aus
 32 technologischer Innovation sozialer Fortschritt wird. Neue Technologie sind der
 33 Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderung von morgen. ~~Das setzt~~
 34 ~~Technologieoffenheit voraus.~~ Bei Antriebstechnologien und auch sonst - welche
 35 Technologie überlegen ist, müssen Wissenschaft und Forschung beantworten, nicht die
 36 Politik. Aber es braucht einen politischen Rahmen, in dem serienreife Technologien
 37 sich gegen Platzhirsche behaupten können. Das sehen wir seit Jahren in der
 38 Verbrennungsmotor affinen Autolobby.

Antrag D-01-Ä002: Änderungsantrag zu D-01

Änderungsantrag zu D-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66 - 67

- 66 Elektromobilität ist nicht nur in der Anschaffung teuer sondern erweist sich ~~aktuell-~~
67 ~~jenseits der Städte~~ noch zu oft als praxisuntauglich. Wir werden eine nationale oder
europäische
68 Gesetzgebung für Wechselakkus prüfen. Wenn Menschen an jeder Tankstelle einen leeren
69 Akku gegen einen vollen tauschen können, wird das zu einem Schub für die
70 Elektromobilität führen und uns im nationalen Maßstab völlig neue Möglichkeiten zur
71 Speicherung überschüssiger Energie verschaffen.
72 Nicht nur die individuelle Mobilität sondern vor allem der Lastverkehr muss sauberer
73 werden. Dafür muss Lastverkehr auf die Schiene. Gleichzeitig wollen wir die
74 Wasserstoffbrennstoffzelle mit Blick auf die Energiebedarf des Schwerlastverkehrs auf
75 der Straße fördern.

Antrag D-01-Ä003: Änderungsantrag zu D-01

Änderungsantrag zu D-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 94

78 Den globalen Herausforderungen begegnen wir nur, wenn wir in einer globalisierten
 79 Wirtschaft auch Regeln für die gesamte Wertschöpfungs- und Lieferkette schaffen.
 80 Nichts ist gewonnen, wenn die Produkte im Supermarktregal auf Sozialdumping und
 81 Umweltzerstörung in Schwellenländern fußen. Deswegen haben wir mit dem
 82 Lieferkettengesetz einen verbindlichen Rahmen für die gesamte Produkt-Lieferkette
 83 geschaffen und wollen diesen Weg konsequent weitergehen.
 84 Nicht nur der Zustand der Regenwälder und Weltmeere zeigen: Abfallvermeidung und
 85 Ressourcenschutz sind eng miteinander verknüpft. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft
 86 stärken um im Wege des Recyclings und der Wiederverwertung mehr Ressourcen für die
 87 Produktion zurückzugewinnen. Gleichzeitig wollen wir mit in der Bundesregierung ein
 88 Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten um eine sichere Lieferung der für die
 89 umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.
 90 Eine nachhaltige globale Wirtschaftsordnung braucht Abkommen mit Regeln für sozial-
 91 und ökologisch verantwortungsvollen Handel zwischen den beteiligten
 92 Volkswirtschaften. Gleichzeitig wollen wir Mindeststandards beispielsweise bei der
 93 Beschaffung von Textilien für Polizei und Streitkräfte im Wege qualifizierter
 94 Anforderungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durchzusetzen. [Hierfür wollen wir qualifizierte Vergabekriterien in den öffentlichen Ausschreibungen implementieren.](#)

Antrag D-01-Ä004: Änderungsantrag zu D-01

Änderungsantrag zu D-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 26 - 27

- 20 Gleichzeitig merken wir, dass andere Nationen in Fragen von Forschung und
 21 Entwicklung nicht schlafen. Made in Germany ist beispielsweise in der
 22 Mobilitätsindustrie längst nicht mehr der alleinige Benchmark. Innovationen müssen
 23 gefördert, entwickelte Technologien konsequenter ausgerollt werden. Kommunen,
 24 Stadtwerke und Genossenschaften waren Motor für die Energiewende. Um die Klimaziele
 25 zu erreichen und unseren Energiebedarf für Strom, Wärme und Verkehr zügig
 26 emissionsfrei zu decken, müssen wir ~~einen~~ den bestehenden innovationsfördernden
 Ordnungsrahmen
 27 ~~schaffe~~ weiterentwickeln und ideologische Bremsen gegen die wirtschaftliche Betätigung der
 28 öffentlichen Hand entfernen.

Antrag D-01-Ä005: Änderungsantrag zu D-01

Änderungsantrag zu D-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 93 - 94

78 Den globalen Herausforderungen begegnen wir nur, wenn wir in einer globalisierten
 79 Wirtschaft auch Regeln für die gesamte Wertschöpfungs- und Lieferkette schaffen.
 80 Nichts ist gewonnen, wenn die Produkte im Supermarktregal auf Sozialdumping und
 81 Umweltzerstörung in Schwellenländern fußen. Deswegen haben wir mit dem
 82 Lieferkettengesetz einen verbindlichen Rahmen für die gesamte Produkt-Lieferkette
 83 geschaffen und wollen diesen Weg konsequent weitergehen.
 84 Nicht nur der Zustand der Regenwälder und Weltmeere zeigen: Abfallvermeidung und
 85 Ressourcenschutz sind eng miteinander verknüpft. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft
 86 stärken um im Wege des Recyclings und der Wiederverwertung mehr Ressourcen für die
 87 Produktion zurückzugewinnen. Gleichzeitig wollen wir mit in der Bundesregierung ein
 88 Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten um eine sichere Lieferung der für die
 89 umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.
 90 Eine nachhaltige globale Wirtschaftsordnung braucht Abkommen mit Regeln für sozial-
 91 und ökologisch verantwortungsvollen Handel zwischen den beteiligten
 92 Volkswirtschaften. Gleichzeitig wollen wir Mindeststandards beispielsweise bei der
 93 **Beschaffung von Textilien für Polizei und Streitkräfte im Wege qualifizierter**
 94 **Anforderungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen** durchzusetzen.

Antrag D-02: Für eine sozial-ökologische Klimaschutzpolitik mit Mut und Entschlossenheit!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Klima- und Umweltkrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit und
- 2 Generation. Wir verpflichten uns jedoch nicht nur zum Klimaschutz, um Tiere und
- 3 Pflanzen zu bewahren, sondern in erster Linie um unser selbst willen. Wir sind uns
- 4 deswegen darüber bewusst, dass wir in den nächsten Jahren einen radikalen,
- 5 systematischen und effizienten Klimaschutz brauchen, um unseren Lebensraum vor
- 6 irreparablen Schäden zu bewahren.
- 7 Um das 1,5°C -Ziel zu erreichen, brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Aufbruch
- 8 mit dem Ziel, Wachstum und Wohlstand nur noch in den ökologischen Grenzen der Erde zu
- 9 verwirklichen! Nach dem fossilen Zeitalter muss nun das ökologische Zeitalter
- 10 beginnen. Der Fortschritt der letzten Jahrzehnte wurde maßgeblich durch Kohle, Öl und
- 11 Gas getragen und seine sozialen und ökologischen Kosten auf den globalen Süden und in
- 12 die Zukunft verlagert. Für uns ist klar, dass heutiger Fortschritt so stattfinden
- 13 muss, dass die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden und den kommenden
- 14 Generationen ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglicht wird.
- 15 Lösungen für einen solch tiefgreifenden Umbau unserer Industriegesellschaft müssen
- 16 sich dabei an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und nicht an den
- 17 Interessen einzelner Wirtschaftsbranchen. Die Kosten dieser ökologischen
- 18 Transformation müssen gerecht verteilt werden und neue Perspektiven für diejenigen
- 19 geschaffen werden, deren Arbeitsplatz durch die Transformation wegfällt. Das heißt,
- 20 dass eine ökologische Energie- und Umweltpolitik sozial gestaltet werden muss. Den
- 21 Staat sehen wir in dieser Trans-formation als aktiven Gestalter, der die Entwicklung
- 22 vorantreibt und insbesondere die Energiewende nicht allein marktwirtschaftlichen
- 23 Kräften überlässt!
- 24
- 25 **Mobilitätswende: Ökologisch und für alle!**
- 26 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und deshalb elementarer Teil der
- 27 öffentlichen Daseinsvorsorge. Es muss uns daher gelingen, die Mobilitätswende so zu
- 28 gestalten, dass sie die planetaren Grenzen wahrt und dennoch Mobilität für alle
- 29 ermöglicht. Aktuell ist der Verkehr für ein Fünftel der Treibhausgasemissionen
- 30 verantwortlich. Dabei hat sich der CO₂-Ausstoß im Verkehr, im Gegensatz zu anderen

31 Sektoren, in den letzten Jahren nur unmerklich verringert. Auch die Luft in vielen
 32 Städten ist gesundheitsgefährdend schmutzig. Fossile Antriebsmittel nur durch die
 33 Batterie/Brennstoffzelle im Auto zu ersetzen, wird jedoch alleine das Problem nicht
 34 lösen. Viel eher muss das Auto als Hauptverkehrsmittel durch attraktive, bezahlbare
 35 und ökologische Alternativen zunehmend ersetzt werden. Für uns ist daher klar: Die
 36 Zukunft der Mobilität liegt nicht im Individualverkehr, sondern im öffentlichen
 37 Personennahverkehr. Dieser muss ausgebaut werden, vernetzt und bezahlbar sein.
 38 Neben dem Nahverkehr muss jedoch auch der Fernverkehr neu gedacht werden. Zentrale
 39 Stellschraube ist dabei der Flugverkehr. Fliegen ist die klimaschädlichste Art sich
 40 fortzu-bewegen. Die Klimaschädlichkeit von Flugreisen beruht dabei nicht nur auf dem
 41 Ausstoß von CO₂, sondern auch auf den anderen durch die Verbrennung von Kerosin
 42 entstehenden Substanzen wie Stickoxide, Aerosole und Wasserdampf, welche zur
 43 Erwärmung der Erd-atmosphäre beitragen. Diese Stoffe wirken sich in entsprechender
 44 Höhe durch den nur langsamen Abbau stärker aus als am Boden und vergrößern den
 45 Treibhauseffekt ent-sprechend, indem beispielsweise Stickoxide unter der
 46 Sonneneinstrahlung Ozon aufbauen und dieses als starkes Treibhausgas wirkt.
 47 Inlandsflüge wie sie beispielsweise zwischen München und Nürnberg (150 Kilometer
 48 Distanz) angeboten werden, sind in Anbetracht der dramatischen Folgen fürs Klima
 49 nicht vertretbar. Statt den klimaschädlichen Flugverkehr zu fördern, wollen wir in
 50 Hochgeschwindigkeitstrassen als klimaverträgliche Alternative für schnelle Mobilität
 51 zwischen den Metropolregionen investieren.

52 Daher fordern wir:

- 53 • massive öffentliche Investitionen für den Ausbau eines flächendeckenden bedarfs-
 54 gerechten öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
- 55 • den massiven Ausbau des Schienenverkehrs und ein größeres Nachtzugangebot
- 56 • die Reaktivierung stillgelegter regionaler Bahnstrecken
- 57 • die Entlastung des Schienenverkehrs von der Stromsteuer und der Umlage nach dem
 58 Erneuerbare-Energien-Gesetz
- 59 • den Ausbau der Radwege und Radschnellwege sowie deren Vernetzung
- 60 • die vollständige Übernahme der Kosten durch den Bund für die Erstellung von
 61 kommunalen Radverkehrskonzepten und die finanzielle Förderung bei der
 62 Realisierung der konzeptionellen Maßnahmen.
- 63 • eine deutliche Ausweitung von Förderprogrammen zur Schaffung von Anreizen für
 64 den Umstieg auf das Rad, z.B. bei der Anschaffung von Lastenrädern,
 65 Lastenpadelecs, Fahrradanhänger, Pedelecs
- 66 • die Förderung der Elektromobilität (Batterie, Brennstoffzelle) mit
 67 flächendeckendem Ausbau der Infrastruktur (Ladestationen für Strom aus
 68 Erneuerbaren Energien sowie Wasserstofftankstellen, welche erneuerbare Energien
 69 nutzen), den unverzüglichen Aufbau eines Recyclingssystemes für Batteriemetalle,
 70 insbesondere von Lithium und Kobalt, damit der umweltzerstörende Erzabbau in den
 71 südamerikanischen Anden, Australien bzw. im Kongo massiv eingeschränkt wird
- 72 • den Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor bis 2030

- 73 • eine Steuer auf den Flugzeugtreibstoff Kerosin bzw. die kräftige Erhöhung der
74 Luftverkehrsabgabe für Flüge in bzw. ab Deutschland
- 75 • Chancen der Digitalisierung für eine intelligente Verzahnung verschiedener
76 Verkehrsmittel nutzen

77

78 **Energiewende – die Zukunft der Energie gestalten**

79 Um die von uns angestrebten Klimaziele zu erreichen ist es notwendig, auch den
80 Stromsektor CO₂-neutral zu gestalten. Wir halten daher weiterhin am Ziel der 100 %
81 erneuerbaren Energien fest. Die Energiewende ist für uns jedoch mehr als nur ein
82 reiner Ersatz von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energien. Sie ist für uns
83 die Chance für eine moderne, nachhaltige, gerechte und demokratisch organisierte
84 Energieversorgung. Gerade die natürliche Dezentralität der erneuerbaren Energien
85 ermöglicht es uns, ein Energiesystem zu gestalten, welches nicht auf zentrale
86 Großkraftwerke von einzelnen Konzernen angewiesen ist und bestehende Oligopole
87 erhält, sondern dezentral organisiert wird und sich in vielfältiger Besitzstruktur
88 befindet. Diese Chance muss insbesondere auch dazu genutzt werden, um die
89 Energieversorgung stärker zu kommunalisieren. Idealer Akteur sind die Stadtwerke als
90 Eigenbetriebe der Kommunen. Diese müssen keine Gewinnmaximierung anstreben, können
91 somit günstige Preise anbieten und ermöglichen eine größtmögliche demokratische
92 Teilhabe an der Energiewende.

93 Energiewende bedeutet für uns aber auch, dass der Wandel schnell und effektiv
94 gestaltet werden muss. Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU ist bis 2030 das Ziel
95 eines Anteils von 65 Prozent erneuerbare Energien formuliert. Im Jahr 2019 stammten
96 gerade einmal 42% des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien.
97 Für uns ist klar: Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir ambitioniertere
98 Absichten und eine entschlossenere Politik!

99 Daher fordern wir:

- 100 • bis 2035 den gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien zu decken.
- 101 • bestehende Subventionen in der Kohle- und Atomindustrie zu beenden und in die
102 Förderung regenerativer Energien umzuschichten.
- 103 • Förderprogramme zur Entwicklung neuer Speichermedien aufzusetzen, um z.B.
104 Solarstrom auch unabhängig vom Wetter nutzbar zu machen.
- 105 • Stromkonzerne dazu zu verpflichten, den Rückbau ihrer umweltzerstörenden
106 Technologien voranzutreiben und diesen eigenständig zu finanzieren.
- 107 • die Streichung der im EEG bestehenden Begrenzung der Ausbaumengen nach oben
108 (Ausbaudeckel) für die einzelnen Energieträger Sonne, Wind und Biomasse und den
109 dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien.
- 110 • den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien mit Einbindung der kommunalen
111 Energieversorger. Energieversorgung als Teil der öffentlichen Infrastruktur muss
112 wieder Aufgabe der Stadtwerke werden.
- 113 • den Ausstieg aus der Kohleförderung und Kohleverstromung bis spätestens 2030.

- 114 • die Qualifizierung, Fortbildung und soziale Absicherung von Beschäftigten in vom
115 Strukturwandel betroffenen Regionen.

116

117 **Wärmewende: Aufbruch in eine neue Wärmewelt**

118 Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Unser Ziel ist daher immer guter und
119 bezahlbarer Wohnraum, der zugleich das Klima schützt. Mehr als die Hälfte des
120 Endenergieverbrauchs wird in Deutschland jedoch für Warmwasser, Raum- und
121 Prozesswärme benötigt. Ohne eine deutliche Reduktion dieses Verbrauchs und einen
122 entschie- denen Umstieg auf erneuerbare Energien wird Deutschland weder die Zusagen
123 für den internationalen Klimaschutz erfüllen noch sich aus der Abhängigkeit von
124 Kohle-, Öl- und Gasimporten befreien können. Die Wärmewende ist somit ein
125 entscheidender Faktor für eine gelungene sozial-ökologische Klimapolitik! Dies
126 spiegelt die aktuelle Politik jedoch nicht wider. Die Gebäudesanierung verläuft
127 schleppend und Energiesparmöglichkeiten in Industrie und Gewerbe bleiben ungenutzt.

128 Um diesen Prozess zu beschleunigen und eine effektive Wärmewende durchzusetzen,
129 braucht es sofortige Investitionen in eine moderne Wärmeversorgung und klare Gesetze,
130 die für private Haushalte den Wärmewandel unterstützen und die Transformation in
131 Industrie und Gewerbe voranbringen. Unsere Gebäude dürfen für wirksamen Klimaschutz
132 bis 2050 nur so viel Energie verbrauchen, wie aus erneuerbaren Energien gedeckt
133 werden kann. Neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien muss daher gelten: Energie,
134 die nicht verbraucht wird, muss erst gar nicht produziert werden. Zentrales Ziel muss
135 es daher sein, den Wärmeverbrauch durch energetische Sanierungen zu senken.
136 Investitionen in solche Projekte wollen wir fördern und gleichzeitig Mieter durch
137 niedrigere Modernisierungsumlagen vor horrenden Mietsteigerungen schützen.
138 Energetisch sinnvolle und gebotene Sanierungen dürfen nicht mehr Anlass zu
139 Entmietungen werden. Nur so gelingt uns der sozial-ökologische Aufbruch in eine neue
140 Wärmewelt.

141 Wir fordern daher:

- 142 • ein Verbot von Heizsystemen mit fossilen Brennstoffen in Neubauten bis 2030
143 • den Einsatz von erneuerbaren Energien auch im Gebäudebestand verbindlich zu
144 machen, wenn Heizungen ohnehin ausgetauscht werden
145 • die Wärmeversorgung von Neubauten mit Kraft-Wärme-Kopplung (gleichzeitige
146 Produktion von Strom und Wärme), Biomasse bzw. Solarenergie mit hohen Zuschüssen
147 für die Investition zu fördern
148 • die gezielte Förderung der energetischen Sanierung im Gebäudebestand mit hohen
149 Zuschüssen im Mietrecht
150 • die deutliche Senkung der Modernisierungsumlage, um Investoren an sozial
151 unverträglichen Mietsteigerungen infolge energetischer Sanierungen zu hindern
152 • eine Anpassung des Gebäudeenergiegesetzes, welches höhere Energiestandards für
153 Neubauten vorgibt und Heizungen mit erneuerbarer Wärme aus Sonne und Erdwärme
154 voranbringt, statt weiter neue Ölheizungen zuzulassen.

- 155 • die staatliche Subventionierung für neue Öl- und Gasheizungen sofort zu beenden
- 156 • kommunale Wärmeplanung mit Zuschüssen und günstigen Krediten zu fördern, damit
157 gemeinschaftliche Versorgungslösungen vorankommen und die Wärmewende nichtmehr
158 nur von Haus zu Haus gedacht wird, sondern für das ganze Stadtviertel gelingt
- 159 • dass genossenschaftliche Lösungen für den Aufbau genossenschaftlich betriebener
160 Wärmenetze gezielt gefördert werden
- 161 • die Einspeisung von industrieller Abwärme in die Nah- und Fernwärmenetze und die
162 Schaffung von finanziellen Anreizen für Unternehmen die ihre unvermeidbaren
163 Abwärme mengen zur Einspeisung in Nah- und Fernwärmenetze nutzen.
- 164 • die Förderung und Integration von innovativen Speichertechnologien in Wärmenetze
165 um die energetische sowie wirtschaftliche Performance dieser Systeme zu
166 verbessern.

Votum der Redaktionskonferenz

Weiterleitung als Material an die SPD Bundestagsfraktion und an den Bezirksvorstand zur Ausarbeitung eines weiterführenden Antrags für den Bezirksparteitag 2022.

Antrag D-03: New Rail Deal – Zukunft des Schienenverkehrs

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

1. Schienenverkehr: Sozial-Nachhaltig

Die Bahn ist das umweltfreundlichste Massenverkehrsmittel. Daher ist es allein schon aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll, möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Wird der CO²-Ausstoß betrachtet, so schlägt der Güterzug den LKW um Längen und auch der schienengebundene Personenverkehr ist klimaschonender als der motorisierte Individualverkehr. Trotzdem musste die Bahn in der Vergangenheit immer wieder politische und betriebswirtschaftliche Fehlentscheidungen verkraften: Um sich fit für einen Börsengang zu machen, wurden Züge, Schienen und Weichen auf Verschleiß gefahren, Bahnhöfe in ländlichen Regionen dichtgemacht und zahlreiche Verbindungen gestrichen. Der Konzern investierte massiv im Ausland und in strittige Großprojekte, verlor dabei jedoch zunehmend seine Pflicht der öffentlichen Daseinsvorsorge aus den Augen. Die Jusos setzen für eine Schienenpolitik ein, die den Verkehrsträger leistungsfähig und attraktiv macht. Denn klar ist: Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und umweltfreundliche Bahn können die Nachhaltigkeitsziele im Verkehrssektor nicht erreicht werden!

Der Klimawandel und dessen Folgen ist eine der größten Bedrohungen, mit denen die Menschheit konfrontiert ist. Schon seit einigen Jahrzehnten verzeichnen Experten einen anhaltenden Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur – ausgelöst durch menschliches Handeln seit Beginn der Industrialisierung. Einer der zentralen Verursacher des klimaschädlichen CO₂ ist der Verkehrssektor – in Europa ist er (einschließlich des internationalen Luft- und Seeverkehrs) für ein Fünftel der gesamten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Doch während europäische Haushalte, Energie-Erzeuger und Industrie seit 1990 deutliche Rückgänge der Treibhausgas-Emissionen verbuchen konnten, ist es im Verkehr kaum gelungen, die Werte zu reduzieren. Der Verkehr bleibt also ein Klimasorgenkind.[1]

Mit ihrem EU Weißbuch Verkehr stellt die EU-Kommission bereits vor Jahren die Weichen für ein nachhaltigeres Verkehrssystem, indem sie erstmals CO₂-Minderungsziele für den Verkehrsbereich festgeschrieben hatte. Als Emissionsminderungsziele sind minus 60 Prozent bis 2050 (Basisjahr) definiert. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Verkehrsverlagerung auf die klimafreundliche Schiene unabdingbar. Auch Deutschland hat sich im Klimaschutzplan 2050 ein konkretes Ziel für den Verkehrssektor gesetzt.

32 So sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent im Vergleich
33 zu 1990 sinken.[2]

34 Statische Zahlen des Bundesumweltamtes belegen: Die Bahn ist das klimaschonendste
35 Verkehrsmittel. Schnellfahrtrassen zwischen deutschen und europäischen Großstädten
36 senken die Notwendigkeit von Flugreisen.

37 Die Bahn sorgt auch für soziale Teilhabe, im ländlichen Raum sind zahlreiche Regionen
38 nicht nur vom Fernverkehr, sondern bereits vom Regionalverkehr abgehängt. Die
39 gewinnorientierte Ausrichtung sorgte für Mobilitätsarmut zahlreicher Bürger*innen.

40 Der Begriff der Mobilitätsarmut ist gesellschaftlich und in der politischen
41 Diskussion noch nicht weit verbreitet, dennoch sind die Auswirkungen im Alltag vieler
42 Menschen spürbar. Mobilitätsarmut meint nicht nur finanzielle Armut, sondern auch
43 fehlenden oder eingeschränkten Zugang zu Mobilität, z.B. nicht vorhandene
44 Infrastruktur oder zu geringe Takt-dichte. Mobilitätsarmut führt zu sozialer
45 Isolation und diskriminiert insbesondere Kinder, Jugendliche sowie ältere Personen,
46 die selbst keine Möglichkeit haben, den Individualverkehr zu nutzen.

47 Bis vor wenigen Jahren war die Verkehrspolitik hauptsächlich auf den motorisierten
48 Individualverkehr ausgerichtet. Der Schienenverkehr wurde nicht als basic public
49 service betrachtet, stattdessen ging der Trend zur (Neo-)Liberalisierung und
50 Privatisierung, was auch eine höhere Gewichtung des gewinnorientierten Wirtschaftens
51 zur Folge hatte. Somit wurde der Schienenverkehr vor allem für Regionen
52 unattraktiver, die keinen entsprechenden Profit versprechen.

53 Wir fordern daher:

- 54 • Die Bahn ausschließlich als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen. Die
55 Bahn soll nicht weiter der Gewinnerzielungsabsicht unterliegen. Mobilität muss
56 im Nah- und Fernverkehr als Grundbedürfnis angesehen werden und die Bahn soll
57 den Großteil der Personenbeförderung übernehmen. Gesellschaftliche Teilhabe
58 unabhängig von Stadt und Land, Alter, Einschränkungen und finanziellen
59 Möglichkeiten muss uneingeschränkt möglich sein. Ein Bahnanschluss sorgt auch
60 für soziale Teilhabe.
- 61 • Die Bahn muss immer einer der günstigsten Verkehrsmittel sein. Um die soziale,
62 gesellschaftliche Funktion der Bahn hervorzuheben, muss ein Preissystem ent-
63 wickelt werden, das die Bahn unabhängig von der Entfernung immer das preis-
64 werteste Verkehrsmittel ist. Niemand darf aufgrund finanzieller Aspekte
65 gezwungen werden, eine umweltschädlichere Form der Mobilität nehmen zu müssen.
- 66 • Das Betreiben des Schienenverkehrs ausschließlich aus erneuerbaren Energien.
67 Beim CO₂-Ausstoß schlägt der Güterzug den Lkw um Längen und auch der
68 Personenfernverkehr ist deutlich umweltfreundlicher als das Auto, nicht zuletzt,
69 da die Deutsche Bahn zunehmend auf erneuerbaren Strom setzt. Ziel der Bahn ist,
70 den Fahrbetrieb zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu betreiben.
- 71 • Eine Revolution im Transport auf der "letzten Meile". Selbstfahrende Fahrzeuge,
72 die als Sammeltaxis agieren und Menschen sinnvoll und nachhaltig transportieren.

73

74 2. Instandhaltung & Digitalisierung

75 Innerhalb der letzten Jahre hat die Deutsche Bahn bereits viele Ideen zur
76 Digitalisierung entwickelt und auch begonnen eben diese umzusetzen. Besonders durch
77 die Digitalisierung des gesamten Schienennetzes wie auf der Strecke München - Berlin
78 kann Verspätungen entgegengewirkt werden und so die Möglichkeit eröffnen den
79 Bahnverkehr effizienter zu nutzen. In Hinsicht auf den Güterverkehr ist die Bahn
80 bereits gut aufgestellt was die Überwachung und Überprüfung der transportierten Ware
81 betrifft.

82 Damit Bahnfahren aber auch für verschiedene Personengruppen attraktiver wird, ist ein
83 Ausbau der digitalen Services von Nöten.

84 Wir fordern daher:

- 85 • Die flächendeckende Einrichtung eines kostenfreien und zeitlich unbegrenzten
86 WLAN in allen Zügen der Deutschen Bahn und an Bahnhöfen sowie Haltestellen.
- 87 • Die konsequente Umsetzung der digitalen Bereitstellung von allen
88 Fahrgastservices – inklusive eines automatisch ausgefüllten
89 Rückerstattungsformulars bei Online-Buchungen

90

91 3. Beteiligung

92 Immer mehr Bevölkerungsgruppen bringen sich in politische Prozesse ein, besonders
93 dann, wenn sie nicht einverstanden sind. Hinter verschlossenen Türen getroffene
94 Entscheidungen werden nicht mehr stillschweigend hingenommen. Direktdemokratische
95 Prozesse und informelle Beteiligungsverfahren nehmen zu. Auch die steigende Zahl von
96 Bürger*innenbegehren sowie von alternativen Kommunalwahllisten sind Zeichen
97 verstärkten Bürger*innenengagements. Die Digitalisierung und mit ihr einhergehend
98 neue Medien haben neue Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen. Bürger*innen haben heute
99 mehr Möglichkeiten sich über Politik zu informieren und sich einzubringen. Speziell
100 in der Verkehrspolitik müssen Bürger*innen und andere Interessensvertreter*innen
101 gehört und mitgenommen werden. Sind neue Bahnstrecken geplant, müssen Flächen
102 verwendet werden, die zuvor oft in Privatbesitz stehen. Neue Verkehrsabschnitte
103 verursachen zudem Lärm, zum einen während der Bauzeit und natürlich auch nach
104 Eröffnung neuer Verkehrswege. Beim Bau neuer Radwege fallen oftmals bisherige
105 Parkplätze weg, was bei den direkt Betroffenen zunächst nicht auf Akzeptanz stoßen
106 wird. Betroffene haben ein berechtigtes Interesse, dass auch ihre Anliegen in den
107 Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. Auch Verbände können u.a. umweltrechtliche
108 Aspekte einbringen, die genauso in den politischen Prozess mit einfließen müssen.

109 Die politische Aufgabe wird zukünftig sein, die Interessensabwägung in stärkerem Maß
110 als bisher zu moderieren. Entscheidungen von "oben herab" darf es zukünftig nicht
111 mehr geben. Den Bürger*innen müssen auch Angebote gemacht werden, wenn ihr Interesse
112 im Sinne des Gemeinwohls nicht vollständig Zustimmung signalisiert werden kann. Ist
113 beispielsweise eine neue Bahnstrecke unabdingbar, kann in der Förderung und der
114 letzt-endlichen Zielsetzung von leiseren Zügen ein Entgegenkommen gezeigt werden. Die
115 Mit-nahme aller Interessensvertreter*innen ist Grundlage für die Akzeptanz

116 politischer Entscheidungen und Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft. Dazu
 117 müssen jedoch alle Betroffenen von Beginn an einbezogen und gehört werden.

118 Wir fordern daher:

- 119 • Ein transparentes Verfahren unter Einbeziehung aller Interessent*innen. Die
 120 Aufgabe der Politik ist es, die politische Auseinandersetzung mit Blick auf die
 121 beste Lösung für das Gemeinwohl zu moderieren
- 122 • Umfassenden Interessenausgleich zwischen verschiedenen Gruppierungen und
 123 Anliegen organisieren. Die Themen Lärmschutz, Umweltschutz und Artenschutz
 124 müssen von Beginn jedes politischen Prozesses miteinbezogen werden.

125

126 **4. Güterverkehr der Zukunft**

127 Auch im Güterverkehr wurden infolge der Bahnprivatisierung Strecken und
 128 Bahnanschlüsse stillgelegt. Während 1997 noch 10.000 Firmen deutschlandweit einen
 129 direkten Gleisanschluss hatten, waren es im Jahr 2017 nur noch 2.000 Firmen. Zwar
 130 werden die meisten Güter auf der Schiene heutzutage im Kombinierten Verkehr (LKW und
 131 Bahn) transportiert, also von Containerterminal zu Containerterminal, von wo aus die
 132 Weiterverteilung meist per Lkw stattfindet - dennoch würden viele Firmen auch gerne
 133 direkt auf ihrem Gelände auf die Bahn verladen.

134 Um Zeit und Kosten zu sparen, werden die Güter letztendlich ausschließlich mit der
 135 Schiene transportiert. LKWs verstopfen die Straßen, über sie läuft 70 Prozent des
 136 Güterverkehrs in Deutschland. Güterzüge hingegen transportieren nur 18 Prozent der
 137 Waren. Der LKW-Verkehr hat mittlerweile so stark zugenommen, dass deutschlandweit
 138 30.000 LKW-Stellplätze fehlen. Von klimafreundlichem Güterverkehr kann hier keine
 139 Rede sein. Doch gerade der Gütertransport auf der Schiene ist besonders
 140 energieeffizient: Pro transportierte Tonne und Kilometer verbraucht ein Güterzug nur
 141 etwa ein Viertel der Energie, die ein Lkw benötigt. Vor allem für den Transport
 142 großer Mengen über weite Strecken ist deshalb die Bahn ökologisch wie ökonomisch
 143 schon heute in vielen Fällen das Verkehrsmittel der Wahl. Der Schienengüterverkehr
 144 muss beim Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen.

145 Um Unternehmen eine Rückkehr bzw. ein Einstieg in das Schienengüternetz ermöglicht
 146 und vereinfacht werden kann, müssen Gleisanschlüsse zu den Firmen wiederhergestellt
 147 werden. Investitionen sind auch in der Infrastruktur der Züge erforderlich. Es muss
 148 sichergestellt sein, dass die Güterzüge jederzeit dem aktuellen Stand der Technik
 149 entsprechen.

150 Wir fordern daher:

- 151 • Massiver Ausbau der Infrastruktur für schienengebundenen Güterverkehr. Nicht nur
 152 dem Nah- und Fernverkehr müssen eigene Trassen zur Verfügung gestellt, auch dem
 153 Güterverkehr. Dies sorgt gleichzeitig für eine Entlastung des restlichen
 154 Schienennetzes und beugt Verspätungen im Güter- und Personenverkehr vor. Nur so
 155 ist es möglich, die starken, notwendigen Zuwächse der Schiene am Güterverkehr
 156 möglich zu machen.
- 157 • Wiederherstellung stillgelegter direkter Gleisanschlüsse zu den Firmen. Zu

158 Unternehmen, wo eine direkte Gleisanbindung nicht möglich ist, müssen Anreize
 159 geschaffen werden, im kombinierten Verkehr zwischen LKW und Schiene längere
 160 Strecken im auf Schienen zurückzulegen.

- 161 • Investitionen in der Infrastruktur des Güterverkehrs. Es muss sichergestellt
 162 sein, dass die Güterzüge jederzeit dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.

163

164 5. Investitionen

165 Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen, die dementsprechend auch
 166 langfristige Folgen und Auswirkungen haben. Zudem stehen wir vor der Aufgabe, die
 167 Emissionen im Verkehr zu verringern (Pariser Klimaabkommen), verstopfte Innenstädte
 168 zu entlasten und dem immer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21.
 169 Jahrhundert nachzukommen. Der personelle Individualverkehr sowie der massenhafte
 170 Güterverkehr auf der Straße können da keine Antworten sein. Deshalb ist es wichtig,
 171 jetzt die Weichen für eine mobile, möglichst klimaneutrale und in der Breite
 172 aufgestellte Zukunft der Mobilität zu stellen.

173 Der Bundesverkehrswegeplan sieht in dem Zeitraum von 2016 - 2030 Investitionen in
 174 Höhe von ca. 270 Milliarden Euro vor. Ca. 50 % dieser Mittel fließen in den Aus- und
 175 Neubau von Straßen, ca. 42% sind für den Bereich Schieneninfrastruktur vorgesehen.
 176 Investitionsbedarf besteht selbstverständlich auch im Bereich der
 177 Straßeninfrastruktur. Doch um die Mobilität der Zukunft zu gestalten, muss der Anteil
 178 der Gelder für Projekte rund um die Schiene deutlich erhöht werden. Durch die
 179 Einspeisung von erneuerbaren Energien in das Netz der Deutschen Bahn, dem Umstieg von
 180 immer mehr Menschen vom Auto auf die Schiene oder auf die örtlichen ÖPNV Angebote
 181 sowie das durch die höhere Nutzungs-frequenz breitere und verlässlichere Angebot
 182 können die drei oben skizzierten Aufgaben erfüllen.

183 Wie sehr in Deutschland die Schiene vernachlässigt wurde, zeigen Zahlen aus dem Jahr
 184 2016 im Vergleich zur Schweiz. Während die Schweiz pro Einwohner durchschnittlich 378
 185 Euro pro Kopf für das Schienennetz ausgegeben hat, waren es in Deutschland nur 64
 186 Euro pro Kopf.

187 Investitionen im Bereich des Schienenverkehrs sorgen auch für schnellere Fahrzeiten.
 188 Aktuell wird auf vielen Strecken Zeit verloren, da die Züge nicht mit der vollen Ge-
 189 schwindigkeit unterwegs sein können. Auch lange Wartezeiten beim Umsteigen verlän-
 190 gern den Umstieg. Derzeit kann es nämlich passieren, dass man 45 oder 50 Minuten auf
 191 einen Anschlusszug warten muss, weil die Fahrpläne nicht gut aufeinander abgestimmt
 192 sind.

193 Drei Faktoren entscheiden darüber, ob ein ICE zwischen zwei Städten schnell unterwegs
 194 sein kann oder nicht:

195 1. Eine durchgängig auf 300 km/h ausgebaute Trasse

196 Wenn nur Teilstücke bis 300 km/h zugelassen sind, muss der Zug immer wieder auf
 197 250, 200 oder gar nur 160 km/h abbremsen. Dadurch sinkt die
 198 Durchschnittsgeschwindigkeit rapide - entsprechend steigt die Reisezeit. Dies
 199 zeigt sich auch auf der neuen ICE-Strecke Berlin -München. Von den insgesamt 620

200 Kilometern sind nur 238 Kilometer (38 Prozent) für 300 km/h zugelassen. Auf fast
 201 200 Kilometern liegt die erlaubte Geschwindigkeit bei maximal 160 km/h. Hinzu
 202 kommen Puffer im Fahrplan, sodass der ICE letztlich nur auf eine
 203 Durchschnittsgeschwindigkeit von 150 km/h kommt. Die schnellsten TGV in
 204 Frankreich erreichen im Schnitt 240 bis 260 km/h[3].

2. Eine nicht überlastete Strecke

205 In Deutschland teilen sich die ICEs Gleise mit Regional- und Güterzügen. Je mehr
 206 Züge jedoch auf einem Streckenabschnitt verkehren, umso größer ist die Gefahr,
 207 dass Hochgeschwindigkeitszüge langsamer fahren oder ihre Fahrt stoppen müssen,
 208 weil vor ihnen liegende Bereiche nicht freigegeben sind. Ein separates Netz
 ausschließlich für Hochgeschwindigkeitszüge vermeidet solche Probleme.[4]

209 3. Möglichst wenige, am besten gar keine Zwischenhalte

210 Jeder Stopp kostet Zeit - fürs Bremsen und Beschleunigen und für das Stehen auf
 dem Bahnhof. Ein dreiminütiger Halt verlängert eine Fahrt um mindestens sechs
 211 Minuten im Vergleich zu einem Zug, der mit 200 km/h am Bahnhof vorbeifährt. Ist
 212 die Fahrt 300 km/h schnell, liegt der Zeitverlust für den gleichen Stopp wegen
 der längeren Brems- und Beschleunigungsphasen bei mindestens acht, neun Minuten.
 213 Auf der ICE-Strecke München-Hamburg sieht der aktuelle Fahrplan derzeit
 214 mindestens sieben Halte vor. Die Stopps verlängern die Fahrt um mindestens 30
 215 Minuten.[5]

216

217

218

219

220

221 Wir fordern daher:

- 222 • Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau der Bahninfrastruktur zu
 223 priorisieren. Dabei sollen vor allem Finanzmittel von Straßenbauprojekten
 224 eingesetzt werden. Die beschlossenen Erhöhungen im letzten
 225 Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für ausreichend. Zudem meldet die
 226 Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln an, damit die
 227 Pünktlichkeit und Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und ausgebaut werden
 228 kann. Die Mittel für die Bahninfrastruktur im Bundesverkehrswegeplan sollen
 229 mindestens auf das Niveau gehoben werden, die aktuell für den Straßenbau
 230 vorgesehen sind.
- 231 • Mehr Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen Städten mit Bahnhofskategorie 1. Die
 232 Bahn ist das klimaschonendste Verkehrsmittel. Je mehr
 233 Hochgeschwindigkeitstrassen zwischen Städten errichtet werden, die in Konkurrenz
 234 zum Flugverkehr stehen, umso höher ist der Anreiz die Bahn zu nehmen und auf
 235 motorisierten Individualverkehr und Flugreisen zu verzichten. Schnelle und
 236 direkte Verbindungen zwischen den größten deutschen und europäischen Städten
 237 stellen eine echte Alternative zum Flugzeug dar. Viele europäische Flugstrecken
 238 können so sogar komplett entbehrlich werden. Deshalb ist unter anderem der

- 239 Ausbau der Schnellbahnstrecken zu Hochgeschwindigkeitsstrecken mit bis zu 320
 240 km/h erforderlich um Zwischen den Metropolen die Fahrzeiten enormen verkürzen.
- 241 • Einführung eines deutschlandweiten Taktfahrplans. Strecken sollen so ausgebaut
 242 und optimiert werden, dass im Idealfall von jedem wichtigen Bahnhof alle 30
 243 Minuten ein Zug in jede Richtung abfährt. Im sogenannten Deutschland-Takt werden
 244 lange Umsteigezeiten durch abgestimmte Fahrpläne vermieden.
 - 245 • Wiedereinführung der Nachtzüge auf allen wichtigen Fernverkehrsstrecken, um zu
 246 jeder Uhrzeit eine umweltfreundliche Alternative zu haben.
 - 247 • Investition in Barrierefreiheit: Um allen Menschen Zugang zum Bahnverkehr zu
 248 ermöglichen, müssen alle Bahnhöfe und Züge flächendeckend barrierefrei zu
 249 erreichen sein.

250

251 **6. Metropolregionen**

252 In suburbanen Gebieten ist der Ausbau von Schienenstrecken viel zu langsam
 253 vorangekommen. Selbst am Stadtrand sind in den deutschen Großstädten Lücken im
 254 Schienennetz vorhanden, die außerhalb des Stadtgebietes noch weiter zunehmen. Schon
 255 am Rande des urbanen Raums wird deutlich, dass die Bahn ihrer Pflicht der
 256 Daseinsvorsorge häufig nicht nachkommt.

257 Neue Strecken ziehen lange Genehmigungsprozesse nach sich und wurden von der Politik
 258 zu langsam angepackt und umgesetzt. Im Ergebnis fahren viele Pendler aus dem
 259 nahegelegenen Umland mit dem Auto in die Stadt, zum Teil weil das Bahnfahren zu
 260 umständlich ist oder ganz einfach aus dem Mangel an Alternativen. Für viele Orte in
 261 suburbanen Gebieten besteht zwar ein Fahrgastpotential, jedoch keine direkte
 262 Schienenverbindung in die nahegelegene Großstadt. Vielerorts müssen sich momentan
 263 Nah- und Fernverkehr die Trassen teilen, häufig findet auf derselben Strecke sogar
 264 noch Güterverkehr statt. Dadurch entstehen Verspätungen und eine niedrigere
 265 Taktdichte.

266 Sofern tatsächlich ein Bahnanschluss vorhanden ist, führen verschiedene Tarifzonen
 267 für eine weitere Unattraktivität der Bahn, denn Fahrkarten über Stadt- und
 268 Tarifgrenzen hinaus sorgen für teure ÖPNV-Preise. Dies ist für Menschen ein weiterer
 269 Grund das Auto für den Weg in die Stadt zu nehmen.

270 Wir fordern daher:

- 271 • Eine strikte und ausnahmslose Trennung von S-Bahn-, Regional- und
 272 Fernverkehrstrassen sowie Güterzugstrecken in Metropolregionen. Im Umfeld von
 273 Großstädten und in Metropolregionen treffen S-Bahnen, Regionalzüge und Fernver-
 274 kehrszüge aufeinander. Jede dieser Zuggattungen bedient unterschiedliche
 275 Haltestellen bzw. Bahnhöfe. Im Ergebnis nur Nachteile für alle Bahnfahrer. Der
 276 Fernverkehr wird ausgebremst, im Gegenzug muss sich der Regionalverkehr dennoch
 277 dem Fernverkehr unterordnen. Durch die Trennung der Trassen ist es möglich, im
 278 Nah- und Fernverkehr Taktfahrplan zu errichten, der direkte Anschlüsse am großen
 279 Knotenpunkt der Großstadt und stark frequentierten Kreuzungsbahnhöfen innerhalb
 280 der Metropolregion ermöglicht.

281

282

7. Ländlicher Raum

283 6.500 Kilometer Bahnstrecken sind seit 1990 in Deutschland stillgelegt worden -
 284 beinahe ein Fünftel des gesamten Schienennetzes. Besonders hart traf es dabei die
 285 neuen Bundesländer: Fast die Hälfte der stillgelegten Strecken befinden sich dort.
 286 Vor allem in ländlichen und dünn besiedelten Regionen werden Strecken aufgegeben. Sie
 287 seien unrentabel und könnten deswegen nicht weiter betrieben werden, argumentierte
 288 die Bahn.

289 Die Folge dieser Politik sind bis heute vom Bahnverkehr abgehängte Regionen,
 290 insbesondere in ländlichen Gebieten und strukturschwachen Regionen. Die Bahn musste
 291 infolge des geplanten Börsengangs Gewinn erwirtschaften. Bahnstrecken in
 292 strukturschwachen Regionen passten nicht in dieses Unternehmensziel. Im Ergebnis
 293 erfüllte die Bahn erfüllt im ländlichen Raum ihre wichtige Aufgabe der öffentlichen
 294 Daseinsvorsorge heute häufig nicht oder nur unzureichend. In den betreffenden
 295 Regionen sind die Einwohner*innen auf das Auto angewiesen. Kinder, Jugendliche und
 296 Senioren ohne eigenes Auto können nicht uneingeschränkt am öffentlichen Leben
 297 teilnehmen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land kann keine
 298 Rede sein.

299 Der Staat muss die Bahn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen.
 300 Gewinnerorientierte Interessen dürfen nicht über einen Bahnanschluss entscheiden. Die
 301 Anbindung des ländlichen Raums an das Schienennetz hat auch Vorteile für die Städte
 302 und Metropolregionen. Bewohner*innen ländlicher Regionen, die ansonsten mit dem Auto
 303 in die Stadt fahren, haben mit der Bahn eine Alternative und können somit auch die
 304 Innenstädte entlasten.

305

306 Wir fordern daher:

- 307 • Der teilweise bis heute anhaltende Trend der Stilllegung von Bahnstrecken im
 308 ländlichen Raum außerhalb der Metropolregionen muss beendet werden. Stattdessen
 309 sind Bahntrassen auf dem Land auszubauen und stillgelegte Strecken zu
 310 reaktivieren. Wir fordern die massenhafte Reaktivierung stillgelegter Bahn-
 311 strecken im ländlichen Raum. Das beinhaltet auch den Bau und Errichtung neuer
 312 Bahnverbindungen im ländlichen Raum.
- 313 • Modernisierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken im ländlichen Raum bzw.
 314 Förderung von Zügen mit Wasserstoffantrieb bei nicht elektrifizierbaren
 315 Strecken. Die Bahn muss auch im ländlichen Raum neben der gesellschaftlichen
 316 Funktion der sozialen Teilhabe auch, wenn möglich, vollständig klimaneutral
 317 werden.
- 318 • Das Knotenbahnhöfe in ländlichen Regionen sind zur Förderung einer nachhaltigen
 319 Mobilität zu multimodalen „Mobilitätsdrehscheiben“ zu entwickeln. Diese
 320 verknüpfen leistungsfähige SPNVAngebote auf den Hauptachsen mit örtlichen und

321 regionalen Busverkehrssystemen, bedarfsorientierten Angeboten sowie mit Car-
 322 Sharing-Systemen und Fahrradverleihsystemen. Das Angebotskonzept für den SPNV
 323 (Schienenpersonennahverkehr) ist um leistungsstark vertaktete regionale
 324 Buslinien in Räumen zu ergänzen, die nicht vom Schienenverkehr bedient werden.

325 • Hoher Takt und schnelle Verbindungen zu Knotenpunkten sicherstellen.
 326 Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land können nur realisiert
 327 werden, wenn es möglich ist, ohne eigenen PKW und umweltfreundlich Anschluss an
 328 das Fernverkehrsnetz zu erhalten. Nur so können alle ländlichen Bewohner*innen
 329 am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

330

331 **8. Sicherheit**

332 Die Bahn ist eines der sichersten Verkehrsmittel: Spurgebundenen Fahren, moderne
 333 Signaltechnik und zahlreiche weitere technische und betriebliche
 334 Sicherheitsvorkehrungen minimieren die Ursachen für schwerwiegende Fehler – ein
 335 entscheidender Vorteil, sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.

336 So finden sich in den Szenarien neben den Ideen der Standardisierung Vorschläge zur
 337 Modernisierung der Leit- und Sicherungstechnik, zur Entwicklung neuartiger
 338 Antriebskonzepte und zur Automatisierung des Betriebs. Das European Train Control
 339 System (Europäisches Zug-Kontroll-System), kurz ETCS, ermöglicht das Fahren ohne
 340 Haupt- und Vorsignale und erhöht dabei zugleich die Sicherheit. Vergleichbar ist das
 341 System mit einem Autopiloten, wie er in der Verkehrsluftfahrt bereits seit
 342 Jahrzehnten üblich ist. Anhand von Angaben aus dem Streckenatlas, einer genauen
 343 Positionsbestimmung und vorgegebenen Führungsgrößen überwacht das System den Zug und

344 kann damit auch bei hohen Geschwindigkeiten rechtzeitig die richtigen Entscheidungen
 345 zur Sicherung der Zugfahrt treffen. Wie auch im Flugzeug-Cockpit hat jedoch der
 346 Lokführer das letzte Wort – er kann den Zug auch fahren und steuern, wenn das System
 347 ausfällt oder andere unvorher-gesehene Ereignisse eintreten.

348 Das Problem bei ETCS: Viele Fernverkehrszüge der Deutschen Bahn haben kein ETCS, das
 349 betrifft auch Züge der neusten Baureihe. Dies hat zur Folge, dass
 350 grenzüberschreitendes Fahren nicht möglich ist. Aktuell Beispiel ist Strecke
 351 Stuttgart-Zürich. Hier müssen neue IC2-Doppelstockzüge vor der Schweizer Grenze enden,
 352 da diese Züge nicht mit ETCS aus-gestattet sind. Reisende nach Zürich müssen in Züge
 353 der Schweizer Bahn umsteigen.

354

355 Wir fordern daher:

- 356 • Europaweite einheitliche und modernste Leit- und Sicherungstechnik bei stetiger
 357 Weiterentwicklung des neuesten Stands der Technik.
- 358 • Neben dem Sicherheitsaspekt muss gewährleistet sein, dass grenzüberschreitender
 359 Fernverkehr ohne Einschränkungen und ohne Nachteile für Reisende möglich ist.
 360 Die EU sollte hier in Zusammenarbeit angrenzender Staaten (u.a. Schweiz)
 361 europaweite Standards festlegen.

362

363

9. Rekommunalisierung-/Verstaatlichung

364 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und deshalb elementarer Teil der

365 Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe des Staates, Mobilität als öffentliches

366 Grundbedürfnis anzusehen, unabhängig gewinnorientierter Interessen.

367 Nicht alle Investitionen in den Schienenverkehr können zu Beginn gewinnbringend sein.

368 Deshalb sind diese Projekte nur durch die öffentliche Hand umsetzbar.

369 Die Privatisierung der Bahn ist gescheitert. Zahlreiche Strecken wurden stillgelegt,

370 seit Jah-ren dringende Investitionen werden mit Blick auf die Gewinnerzielungsabsicht

371 vernach-lässigt. Die Bürger*innen können sich nicht auf eine funktionierende

372 Bahninfrastruktur verlassen.

373

374 Wir fordern daher:

375 • Gemeinsam mit Eisenbahner*innen ist eine moderne öffentliche Bahn im Interesse

376 von Mensch und Umwelt zu entwickeln. Die Deutsche Bahn darf nicht mehr den

377 privaten Renditeinteressen ausgeliefert werden, sie ist Teil der öffentlichen

378 Daseinsvorsorge.

379

380 10. Preise**381 10.1. Nahverkehr**

382 Die Preise für den ÖPNV sind in den letzten Jahren stark gestiegen: Nach Zahlen des

383 Statistischen Bundesamtes verteuerten um fast 79 Prozent sich Tickets für Busse und

384 Bahnen seit dem Jahr 2000. Kauf und Unterhalt von Kraftfahrzeugen verteuerten sich im

385 selben Zeitraum nur um gut 36 Prozent - maßgeblich getrieben von den Spritpreisen,

386 die um fast 50 Prozent anzogen. Allgemein erhöhten sich die Verbraucherpreise in

387 Deutschland in dem Zeitraum um rund 30 Prozent. Die Zahlen zeigen: ÖPNV-Nutzer

388 mussten in den letzten Jahren unverhältnismäßige Preissteigerungen hinnehmen. Das ist

389 genau das Gegenteil von sozial-ökologischer Politik.

390 Mancherorts wurden die Fahrpreise so stark erhöht, dass sich immer mehr Menschen

391 ÖPNV-Fahrten nicht mehr leisten können. Damit wird die Abwärtsspirale weiter

392 beschleunigt: Schlechteres Angebot führt zu weniger Fahrgästen und damit zu weniger

393 Einnahmen, die Angebote werden unrentabler, also muss das Angebot ausgedünnt werden.

394 Im schlimmsten Fall zwingt diese Preisentwicklung Menschen zum Schwarzfahren: In

395 Berlin saßen 1.300 Menschen im Jahr 2011 im Gefängnis wegen Schwarzfahrens. Bei einem

396 Gefängnistagesatz von über 100 Euro kommt man so auf rund zwei Millionen Euro Kosten

397 allein für Berlin. Hinzu kommen Gerichtskosten aus dem Staatssäckel sowie

398 Verwaltungs- und Rechtsanwaltskosten für die Verkehrsbetriebe, die meist nicht von

399 den Beklagten eingetrieben werden können. Menschen, die wegen Schwarzfahrens ins

400 Gefängnis müssen, sind nach Aussagen von Rechtsanwälten und Richtern im wahrsten

401 Sinne des Wortes zahlungsunfähig. Sie werden mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nach
402 Strafverbüßung wieder schwarzfahren (müssen).

403 Für uns ist klar: Eine Verkehrswende ist auf Basis dieser Zahlen nicht möglich.
404 Dieser Trend der stetigen und fast jährlichen Preiserhöhung muss gestoppt und
405 umgekehrt werden. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter Öffentlichen Personenverkehr.

406

407 Wir fordern daher:

408 • Nahverkehrsabgabe für Unternehmen / Arbeitgeber: Auch Arbeitgeber im
409 Einzelhandel, in der Gastronomie und im Hotelgewerbe ziehen einen Nutzen aus dem
410 ticketfreien Bussystem. So erhalten Unternehmen beispielsweise infolge des
411 erhöhten Bekanntheitsgrades und der attraktiveren ÖPNV-Anbindung einen
412 erweiterten Zugang zu potenziellen Mitarbeitern und Kunden. Zugleich werden für
413 motorisierten Individualverkehr (MIV) wie für den Wirtschaftsverkehr Parkplatz-
414 kapazitäten frei (bzw. werden weniger Stellflächen benötigt) und auch im
415 fließenden Verkehr ergeben sich Zeit- und damit Kostenvorteile aus der
416 Verkehrsentlastung.

417 • Touristenabgabe: Entsprechend einer Kurtaxe könnte für Tourist*innen eine ÖPNV-
418 Abgabe eingeführt werden, die auf den Zimmerpreis der jeweiligen Unterkunft
419 „aufgeschlagen“ und dort auch eingezogen wird. Dabei soll die Kommune bzw. die
420 Region selbst entscheiden, ob sie eine Abgabe erhebt.

421 • City-Maut für motorisierte Kraftfahrzeuge: Die City-Maut kann bewirken, dass die
422 Anzahl der motorisierten Einfahrten in die Innenstadt reduziert, die Bildung von
423 Fahrgemeinschaften gefördert und für Autofahrer einen finanziellen Anreiz ge-
424 setzt wird, auf den ÖPNV oder unmotorisierten Verkehr umzusteigen. Die
425 Einführung einer Straßennutzungsgebühr kann vom Bund für alle Straßenkategorien
426 veranlasst werden. Sie könnte auch von einem Bundesland zugelassen werden,
427 sofern Bundesstraßen von der Regelung ausgenommen sind.

428 Der MIV zieht nicht nur aus der Verkehrsinfrastruktur Nutzen, sondern auch in
429 zweifacher Hinsicht aus dem ÖPNV: Zum einen sind die Autofahrer*innen
430 potenzielle Nutzer, da auch für sie das ÖPNV-Angebot bereitgehalten wird.

431 Direkter zieht der MIV Nutzen aus dem ÖPNV, da Bus und Bahn Straßen und
432 Stellflächen entlasten.

433

434 **10.2. Fernverkehr:**

435 Solange eine Einzelfahrt zwischen deutschen Großstädten teurer als der Flugverkehr
436 ist, lassen sich kaum Reisende zum Umstieg auf den Schienenverkehr motivieren. Preise
437 von 100€ für eine Fahrt von Frankfurt nach Berlin wirken abschreckend und sind schwer
438 zu rechtfertigen.

439

440 Wir fordern daher:

441 • Ein faires Preismodell im Fernverkehr. Bezahlbare Preise, die den

442 schienengebundenen Verkehr zur effizientesten reiseform zwischen deutschen
443 Großstädten machen.

444 • Kostenlose Nutzung des Fernverkehrs für Schüler*innen, Studierende, Auszu-
445 bildende, FSJler und Rentner*innen.

446 • Abschaffung der ersten Klasse

447 • Sowie bis zur Umsetzung der genannten Forderungen:

448 • Entkriminalisierung von Schwarzfahrern: Laut § 265a Strafgesetzbuch ist
449 „Beförderungerschleichung“ eine Straftat. Wer dreimal beim Schwarzfahren
450 von Kontrolleuren erappt wird, erhält eine Anzeige durch den
451 Verkehrsbetrieb. Zahlt der Beklagte dann immer noch nicht, muss er in der
452 Regel nach einem Gerichtsverfahren eine Ersatzfreiheitsstrafe von etwa zwei
453 Wochen antreten. Zumindest eine Herabstufung des Schwarzfahrens von einer
454 Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit wäre sicherlich eine sinnvolle
455 Maßnahme.

456

457 **11. Europa/International Schienenverkehr**

458 Schon jetzt gibt es Hochgeschwindigkeitszüge, die mit wenig zeitlichem Mehraufwand
459 mit Flügen konkurrieren können, zum Beispiel nach Paris, das von einigen deutschen
460 Städten erreicht werden kann. Die Fahrgastzahlen belegen: dort, wo
461 Hochgeschwindigkeitsstrecken existieren, werden sie auch angenommen.

462 Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau eines europäischen Schienennetzes
463 verpflichtet, weit über die bisher existierenden Strecken hinaus. Gerade im Bereich
464 des Schienenverkehrs muss Europa immer mehr zusammenwachsen.

465 Die EU muss sich im Zuge klimafreundlicher Mobilität zur Aufgabe machen, Alternativen
466 für innereuropäischen Flügen zwischen Metropolen auf dem Markt anzubieten. Zu einem
467 europäischen Binnenmarkt und einem Europa der offenen Grenzen gehört aus unserer
468 Sicht auch ein breites europäischer Schienennetz über die Grenzen von einzelnen
469 Nationalstaaten hinaus.

470

471 Wir fordern daher:

472 • Bau neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen europäischen Städten und
473 Errichtungen neuer Verbindungen. Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau
474 eines europäischen Schienennetzes verpflichtet, weit über die bisher
475 existierenden Strecken hinaus. Gerade im Bereich des Schienenverkehrs muss
476 Europa immer mehr zusammenwachsen.

477 Um allen Europäer*innen Zugang zum europäischen Zugnetz zu ermöglichen, wollen
478 wir das Interrailticket für alle bis 27 Jahren kostenlos anbieten.

479

480

481 [1] Quelle: <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/umwelt/treibhausgas-emissionen/>

482 [2] Quelle: <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/umwelt/treibhausgas-emissionen/>

483 [3] Quelle: [https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
484 [stunden-vonberlin-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
485 [nach-muenchen-a-1260916.html](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
486 [4] Quelle: [https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
487 [stunden-vonberlin-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
488 [nach-muenchen-a-1260916.html](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
489 [5] Quelle: [https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
490 [stunden-vonberlin-](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)
491 [nach-muenchen-a-1260916.html](https://www.spiegel.de/reise/aktuell/tgv-netz-fuer-den-ice-in-2-5-stunden-vonberlin-nach-muenchen-a-1260916.html)

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung an den Parteivorstand, die Landtagsfraktion und an den Bezirksvorstand zur Erarbeitung eines Antrages für den Bezirksparteitag 2022.

Antrag D-04: Sozialisierung des ÖPNV ist die Antwort

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Vergesellschaftung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).
- 2 Hierzu wird eine Finanzierung des ÖPNV durch eine CO₂-Steuer nach Vorbild des vom
- 3 SPD-geführten Umweltministeriums erstellten Vorschlags vorgesehen, ergänzt durch eine
- 4 zusätzliche ÖPNV-Steuer, welche alle Bürger*innen zahlen. Bei letzterer sollen untere
- 5 Einkommen nur minimal belastet werden, während Spitzenverdiener*innen deutlich
- 6 intensiver besteuert werden.

Begründung

1. Durch die schlechte Anbindung kleinerer Kommunen an den ÖPNV entsteht massive soziale Ungerechtigkeit. Ohne eine staatliche Unterstützung wird es sich beispielsweise niemals für Busunternehmen lohnen, Busse zu späterer Stunde in die infrastrukturell weniger gut aufgestellten Kommunen zu schicken. So wird die Existenz im ländlichen Raum ans Auto gekoppelt, was wiederum einen Ausschluss jüngerer und weniger wohlhabender Bürger*innen vom gesellschaftlichen Leben in ländlichen Regionen zur Folge hat.
2. Durch die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen ist ein Erreichen der bundesdeutschen Klimaziele für 2030 nicht gewährleistet. Um dies zu ändern, müssen Emissionen in verschiedenen Sektoren radikal eingeschränkt werden. Dieser Antrag konzentriert sich hierbei vornehmlich auf den Verkehrssektor, welcher seit 1990 keine Emissionen eingespart hat. Durch Ausbau und Investitionen im Bereich des ÖPNV soll dieser Tendenz entgegengewirkt werden.
3. Durch ein ausgebauteres und ernst zu nehmendes Angebot wird der ÖPNV auch für breitere Teile der Bevölkerung, die nicht auf diesen angewiesen sind, attraktiv. In der aktuellen Situation müssen Bürger*innen nicht nur oftmals mehr für eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bezahlen, sie sind auch häufig unzuverlässiger und schlecht ausgebaut, weshalb der Zug teilweise langsamer als das Auto ist. Durch eine staatliche Finanzierung könnte man dieses Defizit ausgleichen und aufgrund der partiellen Steuerfinanzierung würden sich voraussichtlich mehr Bürger*innen vom Angebot angesprochen fühlen, da sie dieses ohnehin mitfinanzieren. Wenn das Auto in strukturschwachen Gegenden eine faire Alternative hat, führt eine stärkere Besteuerung der fossilen Brennstoffe nicht zwangsläufig zu mehr sozialer

Spaltung.

Votum der Redaktionskonferenz

Erledigt durch Behandlung Antrag D-03

Antrag D-05: CO2-neutralen Bau in Hessen fördern

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Landtagsfraktion wird gebeten sich für folgendes Thema einzusetzen:
- 2 Der Bau und die Nutzung von Gebäuden sollen in Hessen künftig soweit wie möglich
- 3 klimaneutral erfolgen. Folgende Maßnahmen wären für dieses wichtige Klimaziel
- 4 angebracht und sollten in einem Modellprojekt getestet werden:
- 5 1. Bei der Vergabe von Bauvorhaben in Hessen soll künftig die Ökobilanz eines
- 6 Projektes und/ oder eines Quartiers über die gesamte Lebensdauer (d.h. von der
- 7 Herstellung der Baustoffe bis zum Rückbau) eine stärkere Rolle spielen. Die
- 8 diesbezüglichen Berechnungen und Nachweise müssen bei jedem Projekt erbracht
- 9 werden.
- 10 2. Der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wie z.B. Holz soll noch mehr als
- 11 bisher gefördert werden. Dazu muss im Sinne von 1. bei allen Bauvorhaben
- 12 zusätzlich zu den reinen Herstellungsemissionen auch die Menge des in den
- 13 geplanten Baumaterialien gebundenen biogenen Kohlenstoffs berücksichtigt werden.
- 14 Um die CO2-Einsparungen nicht durch lange Transportwege wieder nichtig zu
- 15 machen, sollen vor allem regionale Rohstoffe verwendet werden, nach Möglichkeit
- 16 im Radius mit maximal 350 km Transportweg und aus zertifiziert nachhaltigem
- 17 Anbau.
- 18 3. Außerdem soll in Hessen geprüft werden, dass in Gebäuden bis 22 Meter Holz als
- 19 Baustoff eingesetzt werden kann.

Begründung

Holz besitzt mehrere positive Eigenschaften gegenüber Massivbaustoffen (Beton, Stahl, Stein, etc.), so unter anderem:

1. Speicherung von Kohlenstoff

Im Gegensatz zu Massivstoffen ist Holz in der Herstellung und Verarbeitung als Baustoff CO2-

neutral, da es anders als Stein oder Stahl bereits durch sein Wachstum Kohlenstoff bindet, welcher für die Gesamtzeit der Nutzung der Atmosphäre entzogen wird. Dieser Kohlenstoff steht in der Folge nicht mehr für die Oxidierung zur Verfügung, sprich die Emission von Kohlenstoffdioxid wird bei Gebrauch verringert, während Massivstoffe in der Produktion signifikante Mengen an CO₂ produzieren.

2. Holz kann umfassend verwertet werden

Holz besitzt die Eigenschaft, dass alle seine Bestandteile vollständig verwertet werden können. So finden Produktionsreste wie Verschnitte, Hobel- oder Sägespäne ihre Verwendung z.B. als Spanplatten, Dämmmaterialien, Streumaterial oder Brennstoff. Auch bei Rückbau eines Holzgebäudes sind diese Nutzungen und damit die Wiedereinbringung in den Rohstoffkreislauf möglich. Da gerade auf die Baubranche 53% des deutschen Abfallaufkommens entfallen, könnte die verstärkte Nutzung von Holz hier eine signifikante Reduktion bewirken.

Die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe wie Holz im Gebäudebau ist auch unter wirtschaftlichen Aspekten vertretbar. So wurde in der Gegenüberstellung errechnet, dass Holzbauweise gegenüber Mauerwerk je nach Gebäudetyp zwischen 4,1 - 6,0 % teurer ist, gegenüber Beton nur 1,4 - 3,8 %. Für die Erstellung von Außenwänden bewegt sich die Spanne bei 11 - 15 % Teuerung gegenüber Mauerwerk und 3 - 4 % gegenüber Beton.

Auch hinsichtlich der Situation unseres Bundeslandes wäre ein Modellprojekt hin zu einem Umschwung für Holz als Baustoff ein wichtiger Schritt:
Denn Hessen ist ein waldriches Land. So wird unser Bundesland zu 42,3% von Wald bedeckt. Doch insbesondere in diesem schönen Bereich unseres Bundeslandes hat der Klimawandel seine Auswirkungen gezeigt. Niedrigere Wasserniederschläge und Sommer mit zu hohen Temperaturen von über 40° C hatten als Folge nicht nur die Entwicklung von Borkenkäfern, sondern auch eine vermehrte Anzahl an Waldbränden. Diese Ereignisse zwangen zuständige Behörden und Gemeinden dazu den Einschlag, also die Menge an gefällten Bäume, zu erhöhen. Die Holzlager bei Hessen Forst und weiteren Unternehmen sind voll und der Holzmarkt hat ein Überangebot. Um hier auch dagegen zu wirken, und Gemeinden, die vom Holzmarketing sich finanzieren, zu unterstützen, kann es als weiter Unterstützung dienen den Anteil von Holz als Baustoff im Bau zu steigern.

Antrag D-06: Rechtsverschärfungen für Fischzucht

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	D - Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft
Antragsblock:	Antragsblock D

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Alle deutschen Fischzuchtbetriebe sollen an die ASC-Gütesiegelstandards angepasst
- 2 werden. Hierfür sollen Maßnahmen ergriffen werden, um das Tierwohl und
- 3 Produktionsstandards zu erhöhen.
- 4 Aquakulturen dürfen nur nach diesen Standards einen legalen Vertrieb ermöglicht
- 5 werde:
- 6 • Die Auswahl des Standortes der Aquakulturen muss sich für Zuchtfische eignen.
- 7 • Nachweis einer geringen Sterblichkeitsrate während der Zucht.
- 8 • Einhaltung der Wasserqualität, damit die Fische gute Lebensbedingungen haben.
- 9 • Antibiotika dürfen nur unter medizinischer Überwachung und nur für erkrankte
- 10 Tiere angewendet werden. Diese Standards gelten auch für Fische die als
- 11 Futtermittel dienen.
- 12 • Vorschriften zur Behandlung von kranken Tieren.

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung an den AK Landwirtschaft

Antrag E-01: Kinderarbeit bekämpfen

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock E

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 2021 ist das von der UN ausgerufenen internationale Jahr zur Beseitigung von
- 2 Kinderarbeit.
- 3 Grundlage ist die Menschenrechtskonvention, die ILO Kernarbeitsnormen, die Kinder-
- 4 konvention und das zweiten Fakultativprotokoll der Kinderkonvention gegen Kinder-
- 5 soldaten und die Agenda 2030.
- 6 Am 12.2. jeden Jahres begehen wir den „Red Hand Day“, der auf die Situation von
- 7 Kindersoldaten hinweist, - 250.000 weltweit.
- 8 Weltweit wurde in den letzten 20 Jahren die Kinderarbeit um 94 Millionen dezimiert.
- 9 Von 246 Millionen im Jahr 2000 auf 152 in 2020. Dieser Fortschritt ist in Gefahr.
- 10 UNICEF und ILO warnen, dass über 80 Millionen Kinder (bis Ende 2020) wieder in
- 11 Kinderarbeit gedrängt werden könnten. Vielen Familien bricht durch die Pandemie die
- 12 Arbeit weg, die Eltern greifen auf Kinderarbeit zurück, wenn sie nicht unterstützt
- 13 werden.
- 14 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für folgende Maßnahmen zur
- 15 Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen:
 - 16 1. Der Kooperationsfonds des BMZ, der auf Kakaoplantagen in Honduras und Ghana und
 - 17 in Steinbrüchen in Indien und im Kongo Kinderarbeit bekämpfen hilft, wird
 - 18 erweitert um allgemeine Maßnahmen, die Kinderarbeit verhindern helfen können.
 - 19 Dieser Fonds muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Zusammen mit
 - 20 der Unterstützung für das „Forum Kakao“ und des Bündnisses „Nachhaltige
 - 21 Textilien“ sowie den Projekten gegen Kinderarbeit in Burkina Faso sind gute
 - 22 Ansätze vorhanden, die aber ausgeweitet werden müssen. Angesichts der
 - 23 Verheerungen, die die Corona-Pandemie anrichtet, muss die Bekämpfung von
 - 24 Kinderarbeit ein Schwerpunkt werden.
 - 25 2. Die SPD muss sich im Bundestag für eine Vergabegesetzgebung einsetzen, die bei
 - 26 öffentlichen Ausschreibungen das Kriterium „keine Kinderarbeit“ beinhaltet.
 3. Der Aktionsplan des BMZ „Agents of Change“ von 2017 muss weitergeführt und
 - ausgeweitet werden. Dieser Plan stärkt die Kinderrechte weltweit.
 4. Dringend im Zusammenhang der Bekämpfung von Kinderarbeit ist ein verbessertes
 - Lieferkettengesetz, das die komplette Lieferkette und einen erweiterten Kreis

- 27 der verpflichteten Unternehmen enthält.
- 28 5. Die SPD Bundestagsfraktion muss sich weltweit für verbesserte soziale
Absicherung, für faire und existenzsichernde Löhne und faire Arbeitsbedingungen
29 für Erwachsene einsetzen. Außerdem müssen arme Familien leichterem Zugang zu
Krediten bekommen.
- 30 6. Weltweit müssen Schulgebühren abgeschafft werden, damit auch Kinder armer
31 Familien die Schule besuchen können. Ein verbesserter Zugang zu Bildung bedeutet
eine bessere Perspektive für das Leben.

32

33

34

35

36

37

38

Begründung

Derzeit können Millionen Kinder in 130 Ländern nicht in die Schule gehen. Kinderarbeit nimmt zu, wenn Schulen wegen der Pandemie geschlossen sind. Laut BMZ gehen derzeit 340 Millionen nicht in die Schule, laut UNESCO werden 24 Millionen nicht in die Schule zurückkehren, weil sie arbeiten.

Weltweit arbeiten 152 Millionen Kinder, also jedes 10. Kind zwischen 5-17 Jahren. Mehr als 70 Millionen unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, auf Kakaoplantagen, in Minen, in Haushalten und sie werden sexuell ausgebeutet und zur Prostitution gezwungen. Oft sind sie entführt worden und sind Zwangsarbeiter, die unter unwürdigsten Bedingungen ausgebeutet werden. Schulbesuch findet nicht statt.

In Konfliktzonen kommt es übermäßig häufig zu Kinderarbeit. Es sind oft Waisen, die sich selbst durchschlagen müssen. Menschen in Krisengebieten bekommen nur unzureichende Versorgung, weil humanitäre Hilfe nicht ankommt.

Armut und Jobverlust führt zu mehr Kinderarbeit. Man rechnet bei Anstieg der Armut um 1% mit Anstieg der Kinderarbeit um 0,7%.

Was das in Zeiten von Corona bedeutet, kann man sich ausmalen.

Gegenmaßnahmen sind also dringend erforderlich. Wir müssen eine globale Weltsozial-politik entwickeln. Wenn wir die Agenda 2030, die Sustainable Development Goals der UNO, ernsthaft umsetzen, kann dies gelingen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) fordert:

„Soziale Sicherung ist in Krisenzeiten unabdingbar, da sie die am stärksten benachteiligten Familien unterstützt. Es macht einen entscheidenden Unterschied, wenn Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarbeit übergreifend in die Bereiche der Bildung, des Sozialschutzes, der

Justiz, der Arbeitsmärkte und der internationalen Menschen- und Arbeitsrechte integriert werden. Nur ein Lieferkettengesetz, das die ganze Lieferkette umfasst und Sanktionen und Schadenersatz für Geschädigte vorsieht, kann auch gegen Kinderarbeit helfen. Kinderrechte müssen ausdrücklich im Lieferkettengesetz verankert werden.

„Kinder leiden unter einer Vielzahl unterschiedlicher Rechtsverletzungen im Kontext globaler Geschäftstätigkeiten und Lieferketten. Zahlen Unternehmen keine existenzsichernden Löhne an die Eltern, hat dies auch unmittelbare Auswirkungen auf die Kinder, zum Beispiel, wenn Eltern nicht für Gesundheitsleistungen oder Bildung aufkommen können oder die Kinder unter Mangelernährung leiden“.

(Positionspapier von September 2020 zu Kinderarbeit von sieben NGOs u.a. Plan International e.V.)

Antrag E-02: Atomwaffenverbotsvertrag positiv begleiten

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock E

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich konsequent dafür einzusetzen, dass die
- 2 Bundesregierung sich am Diskussionsprozess zum Treaty on the Prohibition of Nuclear
- 3 Weapons (Atomwaffenverbotsverbot (AVV)) aktiv beteiligt. Der Bundestag hat in
- 4 einem überfraktionellen Antrag vom 24.03.2010 (Drs. 17/1159) einstimmig (mit den
- 5 Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) beschlossen: „sich weiterhin
- 6 proaktiv an der Diskussion über die verschiedenen, auch zivilgesellschaftlichen
- 7 Ansätze für eine vollständige nukleare Abrüstung zu beteiligen, wie beispielsweise an
- 8 der „Global Zero“-Initiative oder der Diskussion über den Vorschlag einer
- 9 Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung von Atomwaffen.“ Diese Konvention ist inzwischen
- 10 am 20. Januar 2021 nach der Ratifizierung von über 50 Staaten in Kraft getreten.
- 11 Bedauerlicherweise haben sich die Bundesrepublik Deutschland, fast alle EU- und NATO-
- 12 Staaten nicht an den Verhandlungen beteiligt. Die NATO lehnt den Vertrag strikt ab,
- 13 unterstreicht aber ihre Unterstützung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) und
- 14 betont, sie strebe eine Welt ohne Nuklearwaffen an, bleibe aber eine nukleare
- 15 Alliance, solange es Nuklearwaffen gebe.
- 16 Eine Ablehnung des Vertrages bringt aber die Abrüstungsdebatte nicht voran. Der Atom-
- 17 waffenverbotsvertrag steht nicht, wie behauptet, dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT)
- 18 entgegen, sondern kann das Abrüstungsanliegen positiv unterstützen.
- 19 Die SPD Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung, sich
- 20 an der ersten Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter
- 21 beteiligt und damit einen schrittweisen Prozess zur Unterzeichnung und Ratifizierung
- 22 in Gang setzt.
- 23 Die SPD Bundestagsfraktion muss sich dafür einsetzen, dass auf der bevorstehenden
- 24 Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages in diesem Jahr der Atomwaffen-
- 25 verbotsvertrag als ein Weg der Unterstützung der nuklearen Abrüstung akzeptiert wird.

Begründung

In einem offenen Brief haben sich 56 frühere Präsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister aus 20 NATO-Staaten und aus Japan und Südkorea sowie der ehemalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon sowie zwei ehemalige Generalsekretäre der NATO; Javier

Solana UND Willy Cleas an die Regierenden der Welt gewandt, um angesichts der Kündigung von jahrzehntealten Abrüstungsverträgen, von neuem nuklearem Wettrüsten und drohendem Nuklearkrieg, vermehrte Anstrengungen zur nuklearen Abrüstung zu unternehmen. Sie fordern die Regierenden der Länder, die den Vertrag ablehnen, auf, ihre Position zu überdenken. Der Vertrag steht nicht im Gegensatz zum Nichtverbreitungsvertrag. Auch dieser verpflichtet seine Teilnehmerstaaten zur Abrüstung von Nuklearwaffen bis zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt.

Antrag E-03: Nukleare Aufrüstungspläne Großbritanniens verhindern

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock E

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Hessen Süd verurteilt zutiefst die Absicht der Regierung Großbritanniens, die
- 2 Zahl seiner Trident-Sprengköpfe auf 260 aufzustocken. Zur Zeit verfügt GB über 225
- 3 Atom-sprengköpfe. Bisher war geplant, bis Mitte der 20er Jahre die Zahl auf 180
- 4 abzusenken, was den Forderungen des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) entsprochen
- 5 hätte. Darüber hinaus will die Regierung Johnson die aktuelle Anzahl von
- 6 Sprengköpfen, über die Großbritannien jeweils aktuell verfügt, nicht mehr deklarieren
- 7 - seien sie gefechtsbereit oder nicht gefechtsbereit. Dazu ist die Regierung nach dem
- 8 NPT verpflichtet. Diese mangelnde Transparenz führt zu weniger Berechenbarkeit und
- 9 damit zu weniger Stabilität. Die Regierung Johnson beendet damit eine seit 30 Jahren
- 10 betriebene Politik der Abrüstung.
- 11 Ausgerechnet im Jahr der geplanten Überprüfungskonferenz des NPT kündigt die Regie-
- 12 rung Johnson damit die Verpflichtung der Nuklearmächte aus Art.VI des Vertrags auf.
- 13 Artikel VI verpflichtet die Atommächte zur steten Abrüstung bis zum Ziel einer
- 14 atomwaffenfreien Welt. Großbritannien verletzt damit nicht nur seine eigenen
- 15 Verpflichtungen, sondern es gefährdet den Vertrag insgesamt.
- 16 Dieses Aufrüstungsvorhaben sabotiert und unterläuft alle Bemühungen, die Rolle der
- 17 Nuklearwaffen in militärischen Strategien zu reduzieren. Erst Anfang des Jahres 2021
- 18 haben Washington und Moskau den NEW START Vertrag um 5 Jahre verlängert und damit
- 19 einen wichtigen Schritt zu Verhinderung eines nuklearen Wettrüstens gemacht. Das
- 20 unverantwortliche Handeln Londons gefährdet weitere Fortschritte bei der globalen
- 21 nuklearen Abrüstung und gefährdet darüber hinaus die bisherige Restriktion der Rolle
- 22 von Nuklearwaffen als ausschließliches Mittel der Abschreckung, indem London ihren
- 23 Einsatz auch gegen nicht-nukleare Angriffe angekündigt. Dies kann zu Konflikten
- 24 zwischen Mitgliedern der NATO führen, denn es entspricht nicht den Vorgaben der NATO-
- 25 Strategie. Präsident Biden hat darüber hinaus seinen Willen erklärt, die Bedeutung
- 26 der Nuklear-waffen in der nationalen US-Strategie zu reduzieren.
- 27 Die internationale Staatengemeinschaft muss London von diesen Plänen abbringen, um
- 28 Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung zu ermöglichen und weiteres nukleares
- 29 Wettrüsten zu verhindern.

Antrag F-01: Politische Bildung für Frauen mit Migrationshintergrund fördern

Antragsteller*in:	ASF Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	F - Bildungspolitik
Antragsblock:	Antragsblock F

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD fordert Land und Bund auf Programme zur Förderung der politischen Bildung von
- 2 Frauen mit Migrationshintergrund aufzulegen. Zur Durchführung dieser Programme sollen
- 3 vor allem Migrantinnenvereine zum Einsatz kommen, die sowohl als politische Akteure
- 4 als auch als Anbieter von Erwachsenenbildung über Erfahrungen verfügen.

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung an die AG Migration & Vielfalt im Bezirk Hessen-Süd

Weiterleiten an

Landesparteitag, Mitglieder der SPD-Fraktion im Landtag, Bundesparteitag, sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung, sozialdemokratische Mitglieder im Ausschuss für Inneres im Bundestag

Antrag F-02: Bezahlung von Musikschullehrkräften nach TVÖD 9

Antragsteller*in:	Unterbezirk Wiesbaden
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Zurückgestellt
Sachgebiet:	F - Bildungspolitik
Antragsblock:	Antragsblock F

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf
- 2 hinwirkt, dass Musikschullehrkräfte, die in den Kitas musikalische Früherziehung
- 3 unterrichten, zukünftig keine Honorarverträge, sondern mindestens nach TVÖD 9 bezahlt
- 4 werden.

Begründung

Musikalische Früherziehung ist ein wichtiger Bestandteil des bildungspolitischen Auftrags in den Kitas. Deshalb sollte es unser Ziel sein, hierfür eine bessere Finanzierung zu schaffen, um auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (mindestens nach TVÖD 9) hinzuwirken.

Antrag F-03: Internetzugang und Lernmittelfreiheit: Eduroam auch für Schüler*innen und Auszubildende

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	F - Bildungspolitik
Antragsblock:	Antragsblock F

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die flächendeckende Öffnung des eduroam-Netzwerkes für Schüler*innen und
- 2 Auszubildende, um auch ihnen, genauso wie Studierenden, kostenlosen Internetzugang
- 3 und Lernmittelfreiheit zu eröffnen.

Begründung

Eduroam (Education Roaming) ist eine Initiative, die den Mitgliedern (Studierende, Mitarbeitende etc.) von teilnehmenden Hochschulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen einen Internetzugang an allen Standorten der teilnehmenden Organisationen ermöglicht. Mittlerweile sind fast alle europäischen Länder bei eduroam vertreten und auch darüber hinaus hat es sich international etablieren können. Dadurch können Studierende, Mitarbeitende und Wissenschaftler*innen nicht nur über WLAN kostenlos das Internet nutzen, sondern auch auf diverse Datenbanken und Lernmaterialien zugreifen. Auch Schüler*innen und Auszubildende sollten durch eduroam frei auf wissenschaftliche Inhalte zugreifen und das WLAN nutzen können.

Dies kann im ersten Schritt durch eine private Registrierung mit Scan der Schul- oder Ausbildungsbestätigung und langfristig durch die Anbindung der (Berufs-)Schulen an das eduroam Netzwerk erfolgen.

Antrag G-01: Menschenrecht auf Gesundheit im Grundgesetz verankern – diskriminierungsfreien Zugang zu bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung ausnahmslos sicherstellen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

1 Ausgangslage

2 Jeder Mensch hat das Recht auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und
3 geistiger Gesundheit. Das ist im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale
4 und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) in Artikel 12 festgehalten. Die
5 Generalversammlung der Vereinten Nationen hat ihn 1966 verabschiedet. 164 Staaten
6 haben ihn ratifiziert. Deutschland hat den Pakt am 9. Oktober 1968 unterzeichnet und
7 ihn 1973 ratifiziert. Darüber hinaus hat Deutschland 2015 die Ziele der UN für
8 nachhaltige Entwicklung unterzeichnet (SDGs) und sich 2019 der Deklaration „Universal
9 health coverage: moving together to build a healthier world“ angeschlossen. Damit
10 verpflichtet Deutschland sich verstärkt um gesellschaftlich Benachteiligte zu kümmern
11 und niemanden zurückzulassen („leave no one behind“).

12 *Anbei der genaue Wortlaut des Artikels 12 des UN-Sozialpakts:*

- 13 1. *Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare*
14 *Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an.*
- 15 2. *Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung*
16 *dieses Rechts umfassen die erforderlichen Maßnahmen*
17 *a) zur Senkung der Zahl der Totgeburten und der Kindersterblichkeit sowie zur*
18 *gesunden Entwicklung des Kindes;*
19 *b) zur Verbesserung aller Aspekte der Umwelt und der Arbeitshygiene;*
20 *c) zur Vorbeugung, Behandlung und Bekämpfung epidemischer, endemischer, Berufs-*
21 *und sonstiger Krankheiten;*
22 *d) zur Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den*
23 *Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen.*

24

25 Diese eindeutig definierten Rechte werden in Deutschland gegenwärtig nicht
26 vollständig umgesetzt. Menschen ohne Papiere/ohne legalen Aufenthaltsstatus,
27 Geflüchtete, Menschen mit subsidiärem Aufenthaltsstatus, EU-Bürger:innen und Deutsche

28 ohne Krankenversicherung sind vom Regelsystem ausgeschlossen und haben oftmals keinen
 29 Zugang zu einer rechtzeitigen und erschwinglichen Gesundheitsversorgung. Für diese
 30 Teile der Bevölkerung wird der Zugang zu bedarfsgerechter und diskriminierungsfreier
 31 Gesundheitsversorgung nicht gewährleistet. Dieser Zustand verstößt gegen den UN-
 32 Sozialpakt sowie gegen die SDGs der UN und die Deklaration „universal health
 33 coverage“ und ist nicht länger tragbar. Die Bundesrepublik Deutschland muss diese
 34 Verstöße gegen das Menschenrecht schnellstmöglich unterbinden und entsprechende
 35 Maßnahmen umsetzen, damit allen Menschen einen barrierefreien Zugang zu einer
 36 bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung erhalten.

37

38 Forderungen

39 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd möge daher beschließen:

- 40 1. Das Menschenrecht auf Gesundheit ist auf der Grundlage des Artikels 1 und 2 des
 41 Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos sicherzustellen.
- 42 2. Gesetzliche Einschränkungen für den Zugang zu medizinischer Versorgung sind um-
 43 gehend aufzuheben. Eine Einschränkung unter das Niveau der gesetzlichen
 44 Krankenversicherung ist nicht tragbar.
 Dies beinhaltet im Detail:
 - 45 a) Die Rücknahme der Änderung zur obligatorischen Anschlussversicherung im
 Rahmen des Krankenversicherten-Entlastungsgesetzes (SGB V §188, 191, 323)
 - 46 b) Einschränkungen der Gesundheitsleistungen für Asylbewerber:innen im
 47 Asylbewerber-leistungsgesetz (AsylbLG §4 und §6) abschaffen
 - 48 c) Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden EU-Bürger:innen
 gewährleisten durch die Abschaffung des Leistungsausschlussgesetzes (SGB II §7,
 49 SGB XII §23)
 - 50 d) Ausweitung der Übermittlungspflichtausnahme des Aufenthaltsstatus auf den
 Sozial- und Gesundheitsbereich, damit Papierlose ihren Rechtsanspruch auf
 51 medizinische Versorgung ohne Angst vor eine Abschiebung wahrnehmen können.
- 52 3. Beratungsstellen für Menschen ohne Krankenversicherung (sogenannte
 53 Clearingstellen, existieren bereits in einigen Bundesländern) mit ausreichender
 finanzieller Ausstattung sind bundesweit aufzubauen.
- 54 4. Bundesweite Einrichtung eines anonymen Behandlungsscheins zur gesundheitlichen
 55 Versorgung papierloser Menschen.
- 56 5. Gesetzliche Härtefallregelungen für den Wiedereintritt Privatversicherter, die
 ihre Beiträge nicht zahlen können und von sozialer Notlage betroffen sind, in
 57 die gesetzliche Krankenversicherung festlegen.
- 58 6. Zugang zu präventiver medizinischer Versorgung (Impfungen,
 59 Vorsorgeuntersuchungen etc.) auch bei eingeschränkten Leistungen ermöglichen
 60 (z.B. bei Beitragsschulden).
- 61 7. Wirksame Kontrolle der Krankenkassen zur Verhinderung des Ausschlusses von
 62 Menschen mit Beitragsschulden, auch wenn sie aufgrund von Obdachlosigkeit,
 63 Wohnungslosigkeit oder psychischer Erkrankungen nicht erreichbar sind.

- 64 8. Krankenkassen müssen dazu verpflichtet werden Menschen mit Beitragsschulden
65 verlässliche und sozialverträgliche Regelungen zu Ratenzahlungen anzubieten.
- 66 9. Für Menschen in prekären Lebenslagen muss ein niederschwelliges medizinisches
67 Versorgungsangebot („Medical Street Work“ etc.) als Teil des Regelsystems über
68 den öffentlichen Gesundheitsdienst aufgebaut werden.
- 69 10. Bundesweite Datenerhebung über die Menschen ohne ausreichenden Zugang zur
70 regulären Gesundheitsversorgung – Sicherstellung und freie Verfügbarkeit der
71 Daten gewährleisten.
- 72 11. Ausreichende kostenlose Sprachvermittler:innen (Dolmetscher:innen) für die
73 ambulante und stationäre Versorgung bereitstellen.
- 74 12. Diskriminierung im Gesundheitssektor durch geeignete Maßnahmen (Ombudspersonen,
75 Antidiskriminierungsbeauftragte und Trainings) bekämpfen.
- 76 13. Verbesserung der Abrechnungsmöglichkeiten der EHIC-Karte (Europäische
77 Krankenversicherungskarte) und Klärung der europaweiten Rechtslage für Menschen
78 ohne Krankenversicherungsschutz.

79
80
81
82
83
84

85 Erläuterung zur Sachlage aus dem Gesundheitsreport 2019 der NGO Ärzte der Welt. Wer
86 wird in Deutschland nicht ausreichend durch das Gesundheitssystem versorgt?

87 *Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden bei einer*
88 *Krankenversicherung*

89 Unversicherte haben keinen Anspruch auf Kostenübernahme. Lediglich im Notfall und bei
90 nachgewiesener Mittellosigkeit kann das Sozialamt die Kosten tragen. Kinder, deren
91 Eltern keine Krankenversicherung haben, sind ebenfalls betroffen und haben keinen
92 Zugang zu medizinischer Versorgung. Solange Beitragsrückstände bestehen, haben
93 Versicherte lediglich den Anspruch auf einen reduzierten Umfang an Leistungen. Seit
94 Anfang 2019 in Kraft getretenen Änderungen im Rahmen des GKV-
95 Versichertenentlastungsgesetzes (SGB V §188, 191, 323) können Beitragsschulden,
96 gemeinsam mit anderen Faktoren, zu einem Ausschluss aus der Krankenversicherung
97 führen.

98 *Migrant:innen aus EU-Mitgliedsstaaten*

99 Bei einem vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland sollte die medizinische
100 Versorgung durch die Europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) sichergestellt
101 sein. Oft ist eine EHIC jedoch nicht vorhanden oder wird in Arztpraxen nicht
102 akzeptiert.

103 Nicht-erwerbstätige EU-Bürger*innen ohne Krankenversicherung, die weniger als fünf
104 Jahre in Deutschland gemeldet sind, erhalten kaum noch Unterstützung, seit Anfang
105 2017 das sogenannte Leistungsausschlussgesetz in Kraft getreten ist (SGB II §7, SGB

106 XII §23). Innerhalb von zwei Jahren können sie für maximal einen Monat sogenannte
107 Über-brückungsleistungen beantragen (inklusive eingeschränkter Gesundheitsleistungen
108 bei akuten Krankheiten und Schmerzen). Anschließend besteht – selbst in Notfällen –
109 kein Anspruch auf die Kostenerstattung für Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte oder
110 Medikamente.

111 *Menschen, die im Asylverfahren sind oder mit einer Duldung in Deutschland leben*
112 Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG §4 und 6) besteht bei akuten
113 Erkrankungen und Schmerzzuständen sowie bei Schwangerschaft und Geburt in den ersten
114 18 Monaten ein Anspruch auf Kostenübernahme für reduzierte medizinische Leistungen.
115 Darüberhinausgehende Leistungen, zum Beispiel für die Behandlung chronischer
116 Krankheiten, müssen im Einzelfall in oft langwierigen Verfahren beantragt werden.
117 Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus Es besteht ein gesetzlicher Anspruch auf
118 eingeschränkte Leistungen nach dem AsylbLG. Werden diese in Anspruch genommen,
119 unterliegen die zuständigen Behörden jedoch einer Übermittlungspflicht an die
120 Ausländerbehörde, durch die eine Abschiebung droht (AufenthG § 87 Abs. 2). Nur bei
121 einer stationären Notfallversorgung und einer Entbindung im Krankenhaus gilt ein
122 sogenannter verlängerter Geheimnisschutz.

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung an den SPD Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Erarbeitung eines Antrages für den
Bezirksparteitag 2022

Antrag G-02: Die Krise als Brandbeschleuniger – Für eine radikal progressive Reform unseres Gesundheitswesens und eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik im Sinne der WHO

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ausgangslage
- 2 Der Kampf für einen effektiven Schutz des Einzelnen im Alter, bei Krankheit,
- 3 Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit ist seit über 150 Jahren Kernbestandteil
- 4 sozialdemokratischer Politik.
- 5 Prägende Idee dabei ist, dass ein solcher Schutz nur durch eine Solidargemeinschaft
- 6 sichergestellt werden kann, in die sich alle nach ihrer individuellen
- 7 Leistungsfähigkeit einbringen.
- 8 Die Frage, wie ein wirksames, am Solidarprinzip ausgestaltetes Gesundheitssystem für
- 9 das 21. Jahrhundert auszusehen hat, prägt die innerparteiliche und gesellschaftliche
- 10 Diskussion seit mehr als 15 Jahren.
- 11 Erste notwendige programmatische Schritte wurden durch die „Projektgruppe
- 12 Bürgerversicherung“ des Parteivorstandes im August 2004 beschrieben. Seit dem hat
- 13 sich jedoch die gesundheitspolitische Lage als auch die gesamtgesellschaftliche
- 14 Situation rasant weiterentwickelt.
- 15 Weder wurden in der Zwischenzeit oft beklagte Missstände der bestehenden „Zwei-
- 16 Klassen-Medizin“ beseitigt noch gefährlichen Privatisierungstendenzen im
- 17 Gesundheitswesen Einhalt geboten. Jüngstes Negativbeispiel ist die Übernahme des
- 18 Universitäts-klinikums Gießen-Marburg (UKGM) durch die private Asklepios-Kliniken-
- 19 Gruppe.
- 20 Vielmehr wurde eine Gesundheitspolitik verfolgt, die soziale Ungleichheiten fördert
- 21 und den Handlungsspielraum für das demokratische Gemeinwesen – insbesondere auf
- 22 kommunaler Ebene - weiter einschränkt.
- 23 Dem sich seit Jahren zuspitzenden Problem des Fachkräftemangels im Bereich der Pflege
- 24 wurde annähernd nichts entgegengesetzt. Viel zu oft hat das Profitstreben privater
- 25 Konzerne oder der Wunsch nach möglichst großer Kostenreduktion aufgrund angespannter
- 26 öffentlicher Haushalte, die Interessen der Beschäftigten sowie der Patientinnen und
- 27 Patienten in den Hintergrund treten lassen.

28 Die aktuelle Coronavirus-Pandemie lässt auf allen gesellschaftlichen Ebenen die
 29 Ungleichheit steigen. Darauf werden angepasste politische Antworten notwendig.>
 30 Auch die Frage danach, was das Gesundheitssystem zu leisten hat, wie wir den dort
 31 Beschäftigten die nötige (finanzielle) Wertschätzung entgegenbringen können und wie
 32 das System als solches in Zukunft zu organisieren und zu finanzieren ist, wird an
 33 politischer Brisanz gewinnen.>
 34 Es ist daher dringend geboten, umfassende sozialdemokratische Antworten zu
 35 formulieren, bestehende Konzepte fortzuentwickeln und politische Streitfragen
 36 innerparteilich wie gesellschaftlich zu entscheiden.
 37 Dabei müssen grundlegende Reformen im Bereich der Pflege und der gesundheitlichen
 38 Daseinsfürsorge angegangen werden. Gleichzeitig bedarf es angesichts der globalen
 39 Auswirkungen der Corona-Pandemie auch eines neuen Ansatzes in der internationalen
 40 Zusammenarbeit und der solidarischen Verteilung von Impfstoffen. Insbesondere
 41 hinsichtlich des Konzeptes der Bundesregierung, „globale Gesundheitspolitik gestalten
 42 – gemeinsam handeln – Verantwortung übernehmen“, müssen bestehende Kompetenzen und
 43 die Finanzierung der WHO hinterfragt und umfassend erweitert werden.
 44 Darüber hinaus braucht es als notwendige Voraussetzung in Zukunft eine konsequent
 45 solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens. Hierbei müssen sozioökonomische
 46 Entwicklungen, wie die sich immer weiter zuspitzende wirtschaftliche Ungleichheit in
 47 der Gesellschaft, bei der sich aufdrängenden Reformdebatte berücksichtigt werden.

48

49 Für eine effektive Bürgerversicherung

50 Wie bereits erwähnt, wurde ein erstes Konzept für eine sozialdemokratische
 51 Bürgerversicherung in wirtschaftlicher, tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht im
 52 Abschlussbericht der „Projektgruppe Bürgerversicherung“ beschrieben.
 53 Zu dieser Zeit wurde das bestehende System von gesetzlichen und privaten
 54 Krankenversicherungen durch konservative und neoliberale Kräfte mittels der Forderung
 55 nach einer Finanzierung des Gesundheitswesens durch Kopfpauschalen in Frage gestellt.
 56 Um die heute notwendigen Anforderungen an ein sozialdemokratisches Konzept für eine
 57 effektive Bürgerversicherung zu beschreiben, muss die bisherige Positionierung der
 58 SPD skizziert, Stärken beibehalten und Unzulänglichkeiten behoben werden.

59

60 Das bis heute gängige Konzept der Bürgerversicherung enthält folgende Kernpunkte:

- 61 • Das System aus gesetzlichen Krankenkassen (zurzeit ca. 105) und privaten
 62 Krankenkassen (zurzeit ca. 45) bleibt bestehen
- 63 • Alle Kassen müssen einen „Tarif Bürgerversicherung“ anbieten
- 64 • Für alle Kassen besteht ein Kontrahierungszwang / Abschaffung der Versiche-
 65 rungspflichtgrenze
- 66 • Die privaten Krankenversicherungen werden nicht auf Zusatzleistungen beschränkt
- 67 • Private Krankenversicherungstarife nach altem Muster werden für die Zukunft
 68 abgeschafft (kein Entzug aus der Solidargemeinschaft mehr möglich)

- 69 • Bestehende private Krankenversicherungstarife nach altem Muster bleiben
70 unangetastet
- 71 • Kapitaleinkommen werden durch einen Aufschlag auf die Abgeltungssteuer von 7 %
72 in die Finanzierung der Bürgerversicherungstarife mit einbezogen
- 73 • Die Beitragsbemessungsgrenze für die übrigen Einkunftsarten bleibt bestehen
- 74 • Öffnung der Bürgerversicherungstarife für Beamte
- 75 • Einbezug aller Bürgerversicherungstarife in den morbiditätsorientierten Risiko-
76 strukturausgleich zwischen den Krankenkassen.

77

78 Die Stärke des bisherigen Ansatzes besteht darin, dass er das „Ausbrechen“ aus der
79 Solidargemeinschaft für gut verdienende Bürger:innen (solche die über der bisherigen
80 Jahresarbeitsentgeltgrenze/Versicherungspflichtgrenze liegen) für die Zukunft
81 verhindert. Vielmehr muss sich zukünftig jede neu zu versichernde Person einem
82 Bürgerversicherungstarif anschließen.

83 Durch den sich auf alle Kassen erstreckenden Risikostrukturausgleich wird verhindert,
84 dass bestimmte Kassen durch eine besonders risikobehaftete Mitgliedschaft gegenüber
85 anderen Kassen benachteiligt werden.

86 Der zukünftige Einbezug besonders einkommensstarker Bevölkerungsschichten in das
87 Solidarsystem wird das Beitragsaufkommen erweitern und so weitere Beitragssteigerung
88 abmildern.

89 Den finanziellen Herausforderungen, vor denen das Gesundheitswesen steht und dem
90 allgemeinen sozialpolitischen Wunsch, geringe und mittlere Einkommen bei den
91 Sozialabgaben spürbar zu entlasten (weil sie von Steuersenkungen kaum oder gar nicht
92 profitieren), wird das bestehende Konzept zur Bürgerversicherungen aber nicht
93 gerecht.

94

95 Forderungen:

96 Es muss daher entsprechend angepasst werden. Folgende Änderungen am Konzept der
97 Bürgerversicherung sind insoweit notwendig und durch den Bezirksparteitag der SPD
98 Hessen Süd zu beschließen:

- 99 1. Überführung privater Krankenversicherungstarife nach altem Muster in einen
100 „Tarif Bürgerversicherung“ einer Gesetzlichen Krankenkasse (GKV)
- 101 2. Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Mitnahme von „Altersrückstellungen“ ehemals
102 Privatversicherter in den „Tarif-Bürgerversicherung“ / „Altersrückstellungen“
103 als Beitragssenkungsanspruch.
- 104 3. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze für Einkünfte nach 2 I Nr. 1-4 und Nr.
105 6,7 EStG.
- 106 4. Verdopplung des Aufschlags auf die Abgeltungssteuer (auf 14 %).
- 107 5. Beschränkung der privaten Krankenversicherungen auf Zusatzleistungen.
- 108 Durch diese Maßnahmen wird das Beitragsaufkommen signifikant erhöht. Nach einer im

109 Februar 2020 veröffentlichten Studie des Berliner IGES-Instituts, würde das
 110 Beitragsvolumen durch eine Einbeziehung aller Bundesbürger in das GKV-System jährlich
 111 um 9 Milliarden Euro steigen. Dadurch könnten die heute gesetzlich Versicherten sowie
 112 ihre Arbeitgeber zusammen im Durchschnitt um bis zu 145 Euro pro Jahr entlastet
 113 werden.

114 Zu beachten ist aber, dass hierbei weder die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
 115 noch eine etwaige Erhöhung des Aufschlags auf die Abgeltungssteuer berücksichtigt
 116 wurden. Daher werden die tatsächlichen Mehreinnahmen durch die hier aufgeführten
 117 Maßnahmen deutlich höher ausfallen.

118 Darüber hinaus wird eine Beschränkung der privaten Krankenkassen auf
 119 Zusatzleistungen, das Versicherungsangebot für die Versicherten klarer strukturieren
 120 und unnötige Schwierigkeiten bei der Reform des systemimmanenten
 121 Risikostrukturausgleichs vermeiden.

122 Weiter wird durch die Möglichkeit Altersrückstellung aus der privaten
 123 Krankenversicherung beitragsmindernd im Bürgerversicherungstarif geltend zu machen
 124 vermieden, dass unnötig scharfe Grundrechtseingriffe stattfinden. Gleichzeitig wird
 125 eine Erstreckung der Reform auf bestehende Versicherungsverträge, unter Beachtung des
 126 Verhältnismäßigkeitsprinzips, möglich

127 Dies verhindert zugleich neue Ungerechtigkeiten. Alle gut verdienenden Bürgerinnen
 128 und Bürger werden gleichermaßen in das Solidasystem (re)integriert. Andernfalls
 129 würden sehr gut vergütete Berufseinsteiger gegenüber ihren älteren – im Regelfall
 130 noch besser vergüteten – Vorgesetzten benachteiligt.

131 Schließlich schaffen wir durch die Überführung bestehender Privatversicherungstarife
 132 in das System der Gesetzlichen Krankenversicherungen, dem Abschaffen der
 133 Beitragsbemessungsgrenze und einem Anheben des Aufschlags auf die Abgeltungssteuer
 134 die Voraussetzungen, um die im Folgenden beschriebenen Reformen im Kranken- und
 135 Pflegesystem zu finanzieren.

136 Diese Maßnahmen sind überdies zwingende Voraussetzungen, um eine gleichzeitige
 137 Entlastung von geringen und mittleren Einkommen sicherstellen zu können.

138 Für einen Neustart im Kranken- und Pflegesystem und ein bedarfsgerechtes
 139 Finanzierungsmodell – Wertschätzung und Systemrelevanz müssen sich endlich auszahlen,
 140 Gesundheit ist keine Ware!

141 Neben der Reform des sozialen Sicherungssystems und der Einführung einer effektiven
 142 Bürgerversicherung ist es dringend an der Zeit, die größten Missstände im Kranken-
 143 und Pflegesystem praktisch anzugehen.

144 Wir müssen dabei bekannte Probleme lösen und Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie
 145 hinreichend berücksichtigen.

146

147 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd möge daher die folgenden Forderungen
 148 beschließen:

149 1. Das Finanzierungsmodell der Fallpauschalen (DRGs) ist abzuschaffen und durch ein

- 150 bedarfsgerechtes Kostendeckungsprinzip zu ersetzen. Dabei muss die
151 Unterfinanzierung der Krankenhäuser beendet werden. Bei wirtschaftlicher
152 Betriebsführung entstandene Kosten müssen vollständig gedeckt werden.
153 Strukturentscheidungen (Schließung von Krankenhäusern oder Betten und
154 Privatisierungen) dürfen nicht über finanzielle Steuerungsmechanismen
155 entschieden werden, sondern über am Bedarf orientierte Sachent-scheidungen.
156 Steuerungsinstrumente wie Pay for Performance oder Selektivverträge sollen
157 gesetzlich untersagt werden. Am Prinzip der dualen Finanzierung (laufende Kosten
158 durch die Kassen, Investitionen durch die Länder) ist festzuhalten. Die
159 Investitionsmittel müssen jedoch im Sinne des Abbaus des bestehenden
160 Investitionsstaus, des Erhalts und der Modernisierung der bestehenden
161 Infrastruktur von bisher 2,76 Mrd. auf 6,5 Mrd. verdoppelt werden. Zudem ist
162 eine gesetzlich bindende Investitionsquote einzuführen, die für alle Länder
163 gleichermaßen Geltung hat.
- 164 2. Ein umfassendes Rekommunalisierungsprogramm für alle Kliniken, die ursprünglich
165 in kommunaler Trägerschaft waren. Entlastung der Kommunen bei den Zuschüssen für
166 kommunale Kliniken. Keine Gebietskörperschaft in Deutschland darf durch
167 angespannte Haushaltslagen zum Verkauf eigener Klinikbetriebe gezwungen werden.
168 Ein unbürokratisches und wirksames Unterstützungsprogramm, aus Haushaltsmitteln
169 des Bundes, hat die notwendige Entlastung sicher zu stellen.
- 170 3. Mindestbesetzungsregeln in Form eines allgemeinverbindlichen Personalschlüssels
171 für alle bettenführenden Stationen und Funktionsabteilungen in Krankenhäuser und
172 Pflegebetrieben sind gesetzlich zu implementieren. Als Orientierung muss dabei
173 ein pflegewissenschaftlich fundiertes Personalbemessungsinstrument verwendet
174 werden, dass sich beispielsweise an der bewährten Pflegepersonal-Regelung (PPR
175 2.0) orientiert. Bei einer Unterschreitung der Schlüssel müssen Konsequenzen in
176 der Form von Betten- oder Stationsschließungen folgen.
177 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die am 11. Oktober 2018 in Kraft getretene
178 Verordnung zu Pflegepersonaluntergrenzen (PpUGV) nicht ausreichend ist. Sie ist
179 nicht in der Lage die bestehende Problematik zu lösen.
180 Die PpUGV gilt lediglich für vier pflegeintensive Klinik-Bereiche und verursacht
181 dadurch gefährliche Verlagerungsdynamiken des Klinikpersonals. Darüber hinaus
182 sind die Personaluntergrenzen willkürlich gesetzt. Sie orientieren sich ohne
183 sachliche Begründung an den unteren 25% der Kliniken mit der schlechtesten
184 Personalausstattung.
185 Wie auch den Stellungnahmen von ver.di zu entnehmen ist, führt dies im Ergebnis
186 dazu, dass nur das Viertel der Krankenhäuser mit der schlechtesten
187 Personalausstattung nachbessern muss, bis es das Personalniveau des
188 zweitschlechtesten Viertels der Kliniken erreicht hat.
189 Diese Regelung ist praxisfremd und nimmt die Gefährdung von Menschenleben
190 aufgrund einer Überlastung des Pflegepersonals weiterhin billigend in Kauf.
191 Finanzielle Mehrbelastungen für Kliniken in kommunaler Trägerschaft sind darüber
192 hinaus auch durch Bundeszuschüsse auszugleichen.
- 193 4. Eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen innerhalb der

- 194 Gesundheitsbranche. Gesetzlich festgelegte und gezielt an die jeweiligen Berufe
 195 des Gesundheitswesens angepasste Überstunden, Pausen und Schichtzeitregelungen
 196 sind einzuführen. Eine schrittweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
 197 bei vollem Lohnausgleich auf eine 35h-4Tage-Woche ist bis zum Jahr 2025 und auf
 198 30h-Woche bis zum Jahr 2030. Jegliche Aufweichung der Arbeits- und
 199 Ruhezeitregelung, auch in Krisenzeiten, ist nicht hinnehmbar. Unverantwortliche
 200 24-Stunden Schichten für Ärzt:innen müssen der Vergangenheit angehören. Darüber
 201 hinaus muss das Pflegepersonal in seiner verpflichtenden Dokumentationsfähigkeit
 202 entlastet werden. Lösungsansätze können hier in einem Ausbau der Digitalisierung
 203 oder der Einstellung von Dokumentationskräften liegen. Außerdem sind Arbeitgeber
 204 zur Entwicklung und Umsetzung betrieblicher Gesundheitsförderungsprogramme zu
 205 verpflichtet. Abschlagsfreies Renteneintrittsalter.
- 206 5. Für Pflegekräfte, die mehr als 25 Jahre im Schichtdienst gearbeitet haben auf 60
 207 Jahre absenken. Bei mehr als 30 Jahren auf 55 Jahre und bei 35 Jahren auf 50
 208 Jahre. Darüber hinaus müssen alternative Arbeitszeitmodelle entwickelt werden,
 209 die es Pflegekräften ab dem 50 Lebensjahr erlauben abschlagsfrei aus dem
 210 Schichtmodell auszusteigen und in Tagdienstmodelle zu wechseln.
- 211 6. Die Implementierung eines einheitlichen Tarifvertrages für die Kranken- und
 212 Altenpflege, der sukzessive auf alle Berufsgruppen des Gesundheitswesens
 213 auszuweiten ist. Außerdem braucht es eine angemessene tarifliche
 214 Ausbildungsvergütung in allen Berufen des Gesundheitswesens. Damit ist der
 215 berufsbedingten Benachteiligung der Pflegekräfte hinsichtlich des Streikrechts
 216 entgegenzuwirken. Weiterhin müssen Personalkosten unabhängig von Fallpauschalen
 217 (DRGs) über die Bürgerversicherung vergütet werden.
- 218 7. Eine angemessene, bundesweite Erhöhung des Mindestlohns für Pflegehilfskräfte
 219 auf 15-18 und für Fachkräfte auf 20 bis 24 Euro pro Stunde. Zudem soll der
 220 Urlaubsanspruch um einen Tag pro Arbeitsmonat erhöht werden.
- 221 8. Um die berufsbedingte Benachteiligung und strukturellen Besonderheiten der im
 222 Gesundheitswesen Beschäftigten auszugleichen, sind geeignete Maßnahmen zur
 223 Erhöhung des gewerkschaftlichem Organisationsgrades und einer besseren
 224 Wahrnehmung des Streikrechts zu entwickeln.
- 225 9. Eine zukunftsorientierte Ausgestaltung aller Ausbildungen der
 226 Gesundheitsfachberufe, unter Berücksichtigung des digitalen Wandels.
 227 Deutschlandweit einheitliche Lehrpläne sind einzuführen. Dabei sprechen wir uns
 228 ausdrücklich gegen die Zusammenführung der Ausbildungsberufe in der Alten-,
 229 Kinder- und Krankenpflege aus, die seit dem 1.1.2020 in Kraft getreten ist. Sie
 230 ist rückgängig zu machen.
- 231 10. In Krankenhäusern wird bundesweit die Anstellung von Stationsapotheker*innen
 232 nach niedersächsischem Vorbild eingeführt. Diese beraten das ärztliche Personal
 233 in Fragen der medikamentösen Therapie und sind federführend für die Durchführung
 234 verantwortlich. Dies entlastet das Pflegepersonal, welches oft Aufgaben in
 235 diesem Bereich delegiert bekommt. Zusätzlich erhöht sich die
 236 Patient:innensicherheit durch verstärkte Nutzung pharmazeutischer Expertise.

- 237 11. Staatliche Überprüfungen des pflegerischen und gesundheitlichen Standards
 238 sollen, im Sinne einer zukünftig praxisorientierteren Qualitätssicherung im
 239 Gesundheitswesen, angepasst werden. Gesetzliche Vorgaben zur regelmäßigen
 240 Teilnahme an Fortbildungen und Möglichkeiten der weiterführenden beruflichen
 241 Qualifikation des Pflegefachpersonals durch den Arbeitgeber sind zu beschließen.
 242 Die besuchten Fortbildungsmaßnahmen gelten als Arbeitszeit.
- 243 12. Keine Installation von Pflegekammern. Die etablierten Strukturen in
 244 Gewerkschaften und Berufsverbänden müssen vielmehr genutzt und gestärkt werden.
- 245 13. Eine Reform der präklinischen Notfallversorgung - zur Entlastung des
 246 Rettungsdienstes.
- 247 • 13.1. Der Rettungsdienst und die medizinische Notfallversorgung sind als
 248 eigenständiger Leistungsbereich im SGB V zu verankern. Der Rettungsdienst
 249 ist nicht als Krankentransportleistung, sondern als medizinische Leistung
 250 zu qualifizieren.
 - 251 • 13.2. Einen klar definierten, deutschlandweit gültiger Indikationskatalog
 252 zur Klärung der Zuständigkeit von Rettungsdienst und Ärztlichem
 253 Bereitschaftsdienst. Eine zentrale Koordination und Disposition des
 254 Rettungs- und Ärztlichen Bereitschaftsdienstes.
 - 255 • 13.3. Ein staatlich gefördertes und hinreichend beworbenes
 256 Aufklärungsprogramm der Bevölkerung bezüglich der Nutzung von Notruf- und
 257 Notfallnummern (112 im Vergleich zur 116117) und der Notwendigkeit
 258 derselbigen.
 - 259 • 13.4. Ein deutschlandweit einheitlichen Vorgabenkatalog, welche erweiterten
 260 Versorgungsmaßnahmen (EVMs) durch Rettungsdienstfachpersonal im Notfall
 261 durchgeführt werden dürfen. Das System des:der „Ärztlichen Leiter:in
 262 Rettungsdienstes“ ist insoweit zu überprüfen.
 - 263 • 13.5 Eine Fachärzt:innenausbildung Notfallmedizin soll nach dem Beispiel
 264 anderer Länder (Großbritannien) in Deutschland etabliert werden.

265 **Die Aushöhlung der gesetzlichen Unfallversicherung verhindern**

266 Ausgangslage:

267 Die gesetzliche Unfallversicherung besteht seit über 130 Jahren und ist dennoch der
 268 unbekannteste Zweig der deutschen Sozialversicherung. Im Gegensatz zu den anderen
 269 Bereichen der Sozialversicherung zahlt hier der Arbeitgeber den kompletten Beitrag
 270 für die Mitarbeiter:innen und leistet bei Arbeits-, Wegeunfällen und
 271 Berufskrankheiten. Mehr als 1,2 Millionen Unternehmen zahlen für 9 Millionen
 272 Versicherte.

273 Alleine im Fußballprofi-Bereich werden mit 17.000 Spieler:innen, ein Anteil von nicht
 274 einmal 0,2% der GUV Versicherten, ein Gesamtkostenaufwand von 8% verursacht.

275 Dabei helfen Agenturen den Sporttreibenden bei der Beantragung einer Verletztenrente,
 276 da nach Beendigung der Profikarriere vergangene Verletzungen angezeigt werden. So
 277 wurden laut Spiegel-Informationen an Marcel Jansen, eine Minderung der
 278 Erwerbstätigkeit von 50% zugesprochen, die vergleichbar mit einer Amputation eines

279 Beines zu bewerten ist. Vom Weltmeister-Team 1990 erhält die Hälfte der Spieler
280 mindestens eine oder sogar mehrere Renten. Die häufigsten Verletzungen, die angegeben
281 wurden, sind kaputte Gelenke und Menisken. Bis heute haben betroffene Nationalspieler
282 der Jahre 1974, 1990 und 2014 fünf Millionen Euro an Renten und Auszahlungen auf ihre
283 Konten über-wiesen bekommen. "Ein normaler Arbeitnehmer hat in seinem Berufsleben
284 vielleicht einen Arbeitsunfall. Die Profisportler durchschnittlich 2,7 pro Jahr",
285 erklärt Bernd Petri, Geschäftsführer der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, dem
286 "Spiegel". So eine asymmetrische Verteilung gesetzlicher Leistungen ist nicht nur
287 unsolidarisch, sondern muss umgehend beendet werden.

288

289 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd möge daher die folgenden Forderungen
290 beschließen:

- 291 1. Die Leistungsphase der gesetzlichen Unfallversicherung wird nach Beendigung der
292 aktiven sportlichen Karriere unterbrochen. Dies soll für all Diejenigen
293 Sportler:innen gelten, die einen vollen Leistungsanspruch auf die GUV besitzen.
294 Hiermit soll vermieden werden, dass Sportler:innen im Amateurbereich eine
295 Kürzung oder einen Wegfall der Leistung erleben.
2. Unterstützung der Berufsgenossenschaften des Industrie- und
Dienstleistungssektors in der Grundlegenden Senkung der Gefahrenklassen und
296 Berücksichtigung in den entsprechenden Tarifstellen.
- 297 3. Erhöhung der bisherigen höchsten Gefahrenklasse von 16,1 auf 40,5. Grundlage der
298 Berechnung ist die durchschnittliche Länge einer Profikarriere von 15 Jahren und
einer Unfallwahrscheinlichkeit von 2,7 Fällen im Jahr.
4. Ergänzt wird die höchste Gruppe der Gefahrenklassen von bezahlten Sportler:innen
299 aus der obersten Basketball-, Football-, und Eishockeyliga.

300

301

302

303

304 **Health in all policies, leave no one behind! – für einen neuen Ansatz in der**
305 **internationalen Gesundheitspolitik.**

306 Durch die Corona-Pandemie und ihre weltweite Dynamik wird uns eines
307 unmissverständlich vor Augen geführt: Gesundheit hat eine direkte Auswirkung auf alle
308 Bereiche unserer Gesellschaft und Weltgemeinschaft. In der Bekämpfung der
309 Auswirkungen müssen alle Staaten zusammenarbeiten – nationale Alleingänge können die
310 entstandenen Probleme, wie auch in der Klimakrise, nicht nachhaltig lösen. Vor diesem
311 Hintergrund ist die bestehende Situation als Chance für den Aufbau eines weltweiten
312 solidarischen Gesundheitssystems zu betrachten.

313 Der Bezirksparteitag der Hessen Süd möge daher die folgenden Forderungen beschließen:

- 314 1. Einrichtung eines globalen Gesundheitsfonds mit dem langfristigen Ziel ein

315 weltweit solidarisches Gesundheitssystem (Universal-Health-Coverage; leave no
316 one behind) aufzubauen, um das Menschenrecht auf Gesundheit (Artikel 12 UN-
317 Sozialpakt) zu verwirklichen und den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der
318 Vereinten Nationen gerecht zu werden. Der Fonds soll sich aus gestaffelten
319 Beiträgen aller UN-Mitgliedsstaaten finanzieren und dazu dienen in den Ländern
320 des „globalen Südens“ eine nachhaltige Gesundheitsinfrastruktur zu erschließen,
321 die allen Menschen einen bedarfsgerechten Zugang zu medizinischer Versorgung
322 bietet. Der bestehende Global Funds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und
323 Malaria kann als Grundlage dienen und ausgeweitet werden.

2. Gerechte internationale Verteilungsschlüssel für Covid-19-Impfstoffe, die
soziale und ökonomische Aspekte berücksichtigen, sind auf Ebene der Vereinten
324 Nationen zu beschließen. Dabei sollen die Impfstoffe weltweit produziert und auf
325 alle Länder gleichermaßen verteilt werden. Lizenzen, Technologien und Patente
326 der Impfstoffe müssen im Sinne der internationalen Solidarität freigegeben
327 werden. Eine nachhaltige Bekämpfung der Pandemie und der bestehenden Mutationen
328 kann nur erfolgen, wenn die Länder des „globalen Südens“ in gleichem Maße mit
329 den Impfstoffen versorgt werden, wie die Länder des „globalen Nordens“.

330 3. Eine Ausweitung der Kompetenzen der World-Health-Organisation (WHO) um konkrete
331 Sanktionsmöglichkeiten.

Als Koordinationsbehörde für das internationale öffentliche Gesundheitswesen
gehören zum bisherigen Mandat der WHO laut BMG die Festlegung weltweit gültiger
332 Normen und Standards, die Formulierung evidenzbasierter gesundheitspolitischer
333 Grundsätze und die Ausgestaltung der Forschungsagenda für Gesundheit, mit dem
Ziel das bestmögliche Gesundheitsniveau für alle Menschen zu verwirklichen.
334 Sämtliche Normen und Vorgaben können jedoch nur zur Umsetzung gebracht werden,
335 wenn die WHO zielgerichtete Hilfe für sogenannte „Entwicklungsländer“
336 organisieren kann als auch die Möglichkeit besitzt, Staaten für das Missachten
337 des Menschenrechts auf Gesundheit zur Rechenschaft zu ziehen und in letzter
338 Instanz zu sanktionieren.

339 4. Reform des Finanzierungsmodells der WHO

340 Das Budget der WHO beträgt circa 4,2 Milliarden \$, davon stammt mit 1 Milliarde
341 \$ lediglich ein Viertel aus den festgesetzten Beiträgen der Mitgliedsstaaten.
342 Die restlichen Gelder setzen sich aus freiwilligen Spenden zusammen, die aus den
343 Mitgliedsstaaten, der Wirtschaft oder privaten Stiftungen, wie der Bill &
Melinda Gates Foundation stammen. Dadurch haben die freiwilligen Geldgeber zum
Teil einen höheren Einfluss auf die WHO, als einzelne Staaten oder
344 Staatengruppen. Diesem intransparenten Einfluss muss durch eine Erhöhung der
345 festgesetzten Mitgliedsbeiträge begegnet werden. Spenden sollten aufgrund einer
346 angepassten staatlichen Finanzierung weniger als 25% des Budgets aus-machen. Die
347 WHO kann ihren vielfältigen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihr Budget
348 entsprechend erhöht wird und weitgehend unabhängig von privaten Geldgebern ist.

349
350
351

352

353

354

355

Votum der Redaktionskonferenz

Überweisung an den SPD Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Erarbeitung eines Antrages für den Bezirksparteitag 2022

Antrag G-03: Keine Privatisierung unserer Kliniken! Für eine gute flächendeckende medizinische Versorgung.

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Das Land Hessen ist gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten
2 verantwortlich eine flächendeckende und bedarfsorientierte Krankenhausversorgung
3 der Bevölkerung zu gewährleisten. Dieses Ziel, die flächendeckende
4 Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser, hat oberste Priorität und ist von
5 zentraler Bedeutung.
- 6 2. Eine Schließung von Krankenhäusern, insbesondere auf dem Land, führt zu einem
7 Rückzug der Gemeinschaft, unseres Staates, und schadet der Attraktivität des
8 Landlebens. Viele Menschen wollen auf dem Land leben, auch im höheren Alter.
9 Daher braucht es neben den Krankenhäusern im ländlichen Bereich Hessens auch
10 eine ausreichende Versorgung durch medizinische Versorgungszentren. Nur so kann
11 auch das Versprechen, von gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu
12 schaffen, erfüllt werden.
- 13 3. Gesundheit ist kein Wirtschaftsgut: die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert
14 sich für einen finanziellen Rettungsschirm auf Landesebene einzusetzen, der die
15 Privatisierung oder Schließung von Krankenhäusern stoppt. Dieser Rettungsschirm
16 kann auch als Einrichtung des öffentlichen Rechts organisiert werden!
- 17 4. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern eine Förderung
18 von medizinische Versorgungszentren aufgebaut werden kann und sich dafür auf
19 Landesebene einsetzen.

Begründung

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat unter Führung der SPD lange vor der Corona-Pandemie die vergangenen Jahre genutzt, um eine gute wohnortnahe Versorgung der Menschen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich aufzubauen, weiterzuentwickeln und sicherzustellen. Unsere Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg stehen für eine sehr gute Versorgungsqualität und die medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sichern die Haus- und Facharztversorgung in der Fläche und sind bundesweit zu einem beispielgebenden Modell geworden. Dieses Modell wollen wir auf ganz Hessen ausweiten! Niemand sollte gezwungen sein wegen der medizinischen Versorgung sein zuhause zu verlassen und in Nähe von der ärztlichen Versorgung zu ziehen.

Die Corona-Pandemie hat uns mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt, wie wichtig ein wohnortnahes, funktionierendes Gesundheitssystem ist, das die Versorgung der Patientinnen und Patienten unter medizinischen Gesichtspunkten im Fokus hat und nicht überwiegend am Profit ausgerichtet ist. Dafür werden wir Jusos uns zusammen mit der SPD auch in den kommenden Jahren einsetzen.

Votum der Redaktionskonferenz

Erleigt durch Behandlung G-01 und G-02

Antrag G-04: Kosten-Nutzen-Verhältnis bei IT-Lösungen im Gesundheitswesen wahren

Antragsteller*in:	ASG Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Kosten für die Vernetzung des Gesundheitswesens durch die Gematik GmbH gehen zu
- 2 Lasten der Krankenversicherten. Es muss der konzeptlosen milliardenschweren
- 3 Alimentierung der IT-Industrie durch die Gematik GmbH ein Ende gesetzt werden.
- 4 Wir fordern:
- 5 1. Bei künftigen Gesundheits-IT-Gesetzen und Projekten, die zu Lasten der
- 6 gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden, muss zuvor deren Kosten-Nutzen
- 7 Verhältnis und deren Mehrwert kalkuliert werden.
- 8 2. Digitale Gesundheitsanwendungen (DIGA) sollen schon vor deren Zulassung zur
- 9 Verordnung ähnlich wie neue Medikamente auf deren (Zusatz-) Nutzen
- 10 wissenschaftlich getestet werden.

Begründung

Schätzungsweise zwei Milliarden Euro haben allein die Ausstattung und der Betrieb von Praxen und Krankenhäusern mit Telematik-Konnektoren bis heute schon gekostet. Jedoch sind die heute eingesetzten Hardwareboxen bereits nach fünf Jahren schrottreif, weil dann ihr Sicherheitszertifikat ausläuft.

Ab September 2022 werden die ersten Konnektoren unbrauchbar, bis Ende 2023 sind es voraussichtlich 39 Prozent aller Geräte.

Nun soll per Gesetz (Referentenentwurf, DVPMG) beschlossen werden, dass eine (softwarebasierte) Alternative zum Telematik-Konnektor gefunden wird. Bis der Zukunftskonnektor startet, müssen jedoch noch weitere Tausende Ärzte und Apotheker angeschlossen werden. Diese wurden gesetzlich verpflichtet, sich an die Telematik anzuschließen, um demnächst die elektronische Patientenakte zu befüllen, Arbeitsunfähigkeit per Telematik an die Kassen melden zu können bzw. den Patienten per e-Rezept versorgen zu können. (siehe Digitale Versorgung und Pflege-Modernisierungsgesetz).

Die daraus entstehenden Kosten wurden nicht bzgl. möglicher Einsparungen gegengerechnet. Das ist nicht im Sinne der Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen.

Zudem übernehmen die Krankenkassen nun die Kosten für die Verschreibung teurer digitaler

Gesundheits-Apps (DIGA), deren Nutzen oder Datensicherheit höchst fraglich ist. Die ersten digitalen Gesundheits-Apps werden ca. 500€ ja Quartal kosten. Diese Kosten haben die Krankenkassen zu tragen, für die Versicherten werden die DIGA kostenfrei sein. Für das selbe Geld könnten Ärzte und Therapeuten jedoch sehr viel Beratung und Übung für die Versicherten im persönlichen Kontakt anbieten. (siehe Digitales-Versorgungsgesetz).

Antrag G-05: Datenschutz für Krankenversicherte

Antragsteller*in:	ASG Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Gesundheitsdaten sind besonders schützenswert, da sie, im Unterschied zu Bankdaten,
- 2 in Leben lang etwas über eine Person und auch genetisch über dessen Familie aussagen
- 3 können. Der Datenschutz darf nicht den Interessen der IT-Wirtschaft zum Opfer fallen.
- 4
- 5 Wir fordern:
 - 6 1. Es sind bei allen Gesetzesvorhaben im Gesundheitsbereich die Datenschutzbehörden
 - 7 zwingend und kontinuierlich zu konsultieren.
 - 8 2. Dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und der Zivilgesellschaft sind bei
 - 9 Gesetzesvorhaben eine angemessene zeitliche Frist für Stellungnahmen
 - 10 einzuräumen.
 - 11 3. Bei der Weitergabe von Gesundheitsdaten an das Implantatregister und die
 - 12 Arzneimittelbehörde BfArM muss der Datenschutz gewährleistet sein.
 - 13 4. Betriebsärzte dürfen grundsätzlich keinen Zugang zur elektronischen
 - 14 Patientenakte erhalten.
 - 15 5. Digitale Gesundheitsanwendungen (DIGA) müssen schon vor der Zulassung zur
 - 16 Verordnung auf Datenschutzaspekte und ihren medizinischen Nutzen geprüft werden.
 - 17 6. Es darf bei Versicherten nicht vorausgesetzt werden, dass jeder über eine
 - 18 neueres Smartphone verfügt. Zur datensicheren Gesundheitsversorgung der
 - 19 Bevölkerung sollen neben der Nutzung von Smartphones alternativ Papierausdrucke,
 - 20 die mit QR-Code versehen sind, für Rezepte AU-Bescheinigungen und andere
 - 21 Bescheinigungen genutzt werden können.
 - 22 7. Der Erhalt papierbasierter Gesundheitskommunikation als Ersatzverfahren sollte
 - 23 dem Schutz der Versorgung dienen, wenn IT-Netze regional oder global ausfallen.
 - 24 Die e-Patientenakte wird von Ärzten, Krankenhäusern und Patienten befüllt werden
 - 25 können. Daher kann sie Malware enthalten, die ganze Praxen und Krankenhäuser lahm-
 - 26 legen können. Das widerspricht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kritischen
 - 27 Infrastruktur, zu der die Krankenhäuser zählen.
 - 28 Das bisherige Vorgehen der Bundesregierung ist auch nicht im Sinne der nieder-
 - 29 gelassenen Ärzte, solange sie einerseits vom Bundesgesundheitsministerium zur Nutzung
 - 30 unsicherer IT-Technik gezwungen zu werden, und andererseits die Praxisinhaber

- 31 gleichzeitig für die IT-Datensicherheit der Patientendaten persönlich haften, während
32 die Praxis-IT-Verwaltungssysteme die Praxen nicht vor Angriffen durch Malware
33 schützen können. Dies trifft besonders hart die Klein- und Einzelpraxen, die die
34 Fläche der Versorgung sicherstellen. Kinderärzte, Hausärzte und Psychotherapeuten
35 können sich die kostspielige Beauftragung eines IT-Systemdienstleisters und die
36 persönlichen Haftungsrisiken nicht leisten. Es sind Praxisschließungen zu erwarten,
37 denn eine Papieralternative ist auf Dauer gesetzlich gar nicht vorgesehen, obwohl mit
38 QR-Code auf Papier gedruckt, auch komplexe Daten übertragen werden könnten.
- 39 Die gesetzlichen Regelungen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung muss mit
40 berücksichtigen, dass IT-Netze in Krankenhäusern, regional oder global ausfallen
41 können, u.a. da diese von Kriminellen IT-Technikern angegriffen werden.
- 42 Bereits jetzt werden ohne Zustimmung der Patienten deren Daten an das Implantat-
43 register weitergegeben. (siehe Gesetz zum Implantatregister)
- 44 Der Anschluss der Betriebsärzte an die Telematik ist gesetzlich bereits beschlossen,
45 Patienten könnten vom Arbeitgeber unter Druck gesetzt werden, ihre Daten den
46 Betriebsärzten zugänglich zu machen.

Begründung

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz hat die Krankenkassen Ende 2020 nun verpflichtet, die Patienten darüber aufzuklären, dass die e-Patientenakte noch nicht die Kriterien des Europäischen Datenschutzes (DSGVO) erfüllt.

Kriminelle entwickeln immer ausgefeiltere Methoden um an Gesundheitsdaten zu gelangen und Behandler und Patienten zu erpressen.

Anonymisierung und Pseudonymisierung schützen nicht vor Dechiffrierung und Rückführbarkeit auf einzelne Personen, da Computer immer leistungsfähiger werden. Die Weitergabe der Patienten-Behandlungsdaten von den Krankenkassen an den Spitzenverband der Krankenkassen und das Forschungsdatenzentrum ist daher sehr kritisch zu sehen (siehe Digitales Versorgungsgesetz).

Antrag G-06: Corona-App zum Info-Portal über Corona-Maßnahmen ausbauen

Antragsteller*in:	ASF Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik
Antragsblock:	Antragsblock G

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD fordert den Ausbau der Corona-App zu einem verlässlichen Informationsportal
- 2 über die am jeweiligen Aufenthaltsort des Nutzers gültigen Corona-Maßnahmen,
- 3 wahlweise automatisiert als local based service oder durch manuelle Abfrage des
- 4 Nutzers.

Begründung

Die Corona-App verfügt über eine Vielzahl von Funktionen. Was fehlt, das sind die jeweils gültigen, regelmäßig aktualisierten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Bisher ist jeder Bundesbürger, jede Institution, aber auch jedes Unternehmen täglich damit befasst, die jeweils gültigen Maßnahmen im Internet über verschiedene Kanäle zu recherchieren, weil neben den bundesweiten und auch landesweiten Maßnahmen oft auch lokale Maßnahmen zum Einsatz kommen.

Weiterleiten an

Bundesparteitag, sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung, sozialdemokratische Mitglieder im Ausschuss für Gesundheit im Bundestag

Antrag H-01: Europäische Solidarität

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	H - Europapolitik
Antragsblock:	Antragsblock H

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Situation in den Flüchtlingslagern an den Grenzen Europas sind verheerend. Noch
 2 immer befinden sich zehntausende Menschen in den Lagern auf den Ägäis-Inseln. Die
 3 Zustände verschlechtern sich von Tag zu Tag, insbesondere in den provisorischen Zelt-
 4 lagern, die nach dem Abbrennen des großen Lagers in Moria errichtet wurden.
 5 Hygienemängel und fehlende Infrastruktur tragen dazu bei, dass diese Menschen eine
 6 besondere Risikogruppe in Zeiten von Corona darstellen. Zudem sind aufgrund der
 7 weltweiten Pandemie die europäischen Mittelmeer-Häfen deutlich schwerer erreichbar.
 8 Hundert-tausenden Menschen bleibt kaum noch die Möglichkeit sich zu retten. Es ist
 9 ein Trauerspiel vor den Grenzen Europas. Rechtspopulisten hetzen gegen Notleidenden
 10 und rechtsextreme Regierungen verweigern eine Kooperation mit anderen Staaten. Es
 11 verdeutlicht ungemein, wie der Rassismus in Europa tötet.

12

13 Wir fordern:

- 14 • Ein Stopp der Abschiebungen von Geflüchteten und eine Freilassung von Menschen
 15 aus der Abschiebehäft
- 16 • Aufnahme von Geflüchteten an den Grenzen Europas. Durch die hunderten Kommunen,
 17 die sich als sichere Häfen bereit erklärt haben, ist eine Aufnahme von der
 18 Geflüchteten von den Ägäis-Inseln möglich.
- 19 • Asylanträge an Flughäfen und Staatsgrenzen müssen möglich sein. Die Genfer
 20 Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention gelten auch
 21 in Zeiten von Corona!
- 22 • Ein Finanzierungsstopp für die libysche Küstenwache. Für Flüchtlinge sind die
 23 unzumutbaren Zustände in libyschen Flüchtlingslagern eine Tortur. Folter,
 24 Versklavung und ständige Misshandlungen sind an der Tagesordnung.
- 25 • Eine Aufnahme von Flüchtlingen soll durch Hotels und andere
 26 Beherbergungsgewerbe gewährleistet werden.
- 27 • Die Europäische Union soll die Kriminalisierung gegenüber ziviler Seenotrettung
 28 unterlassen.
- 29 • Deutsche EU Ratspräsidentschaft (Asyl- und Flüchtlingspolitik) auch in Corona
 30 Zeiten wichtig

- 31 • Wir fordern Solidarität anstelle des Dublin-Verfahrens, das eine humanitäre
32 Asyl- und Geflüchtetenpolitik unmöglich macht. Staaten, die bereit zu
33 humanitärer Solidarität sind, müssen sich in einer „Koalition der Willigen“
34 zusammenschließen und Geflüchtete aufnehmen dürfen. EU-Staaten, die sich einer
35 Aufnahme verweigern, sind finanziell an den Kosten zu beteiligen.
- 36 • Die EU entwickelt eine klare Strategie zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir
37 fordern den Stopp von Waffenexporten aus EU-Ländern in Krisengebiete und die
38 Erhöhung der Gelder für Entwicklungshilfe in allen EU-Staaten auf deutlich über
39 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts.
- 40 • Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Aufnahme von Flüchtlingen, durch
41 eine Koalition der Willigen, innerhalb der Europäischen Union, zu organisieren.
42 Das Leiden der Menschen muss ein Ende haben.

Begründung

Europas Fundament ist das Prinzip der Solidarität. Das Elend vor den Mauern der EU muss Enden, um die Integrität der europäischen Idee wiederherzustellen. Menschen, die vor Krieg und Verelendung flüchten haben das Recht auf ein friedliches Leben, wir können es ihnen ermöglichen. Wir schließen uns damit den Forderungen von Pro Asyl und Mission Lifeline an.

Antrag H-01-Ä001: Änderungsantrag zu H-01

Änderungsantrag zu H-01

Antragsteller*in:	Redaktionskonferenz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	H - Europapolitik
Antragsblock:	Antragsblock H

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 30

- 29 • ~~Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (Asyl- und Flüchtlingspolitik) auch in Corona-~~
30 ~~Zeiten wichtig~~

Antrag O-1: Antidiskriminierungsschulungen für SPD-Vorstände

Antragsteller*in:	SPDqueer Hessen-Süd
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	O - Organisation – Parteien - Verbände
Antragsblock:	Antragsblock O

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Alle neu gewählten Vorstände sollen möglichst zeitnah nach ihrer Konstituierung eine
- 2 Schulung in Antidiskriminierung erhalten. Auch bei Neumitgliederseminaren sollen
- 3 Antidiskriminierungsschulungen angeboten werden. In den Schulungen sollen sich die
- 4 Vorstandsmitglieder verschiedener Formen von Diskriminierung (Rassismus, Sexismus,
- 5 Queerfeindlichkeit, Klassismus, Ableismus, ...) bewusst werden, ihre eigenen
- 6 Privilegien reflektieren und Strategien für antidiskriminierende Arbeit kennenlernen.

Begründung

Begriffserklärungen: Klassismus beschreibt Diskriminierung aufgrund der sozialen Schicht, Ableismus beschreibt die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen.

Als SPD stehen wir klar gegen Diskriminierung jeder Art. Doch wir alle werden in unser patriarchalen, rassistischen und cisheteronormativen Gesellschaft sozialisiert und sind deshalb selbst nicht frei von Diskriminierung. Um das Leben zu können, was wir fordern und Diskriminierung in unseren eigenen Reihen zu verhindern, müssen wir uns auch intern weiterbilden.

Wir fragen uns regelmäßig, wie wir mehr FLINT (Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, trans Menschen) und BIPOCs (Black, Indigenous, People of Colour) für unsere Arbeit gewinnen können. Eine bessere interne Antidiskriminierungsarbeit allein wird dieses Problem sicher nicht lösen können, aber verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen wären auf jeden Fall ein wichtiger und sinnvoller Schritt.

Unsere Vorstände repräsentieren uns, sie handeln in unserem Namen. Sie müssen sich ihrer Privilegien bewusst sein und aktiv antidiskriminierend arbeiten. Wir Genoss*innen und ganz besonders unsere Vorstände müssen mit gutem Beispiel vorangehen und müssen den in unseren Reihen grassierenden Alltagsrassismus und -sexismus bekämpfen.

Darüber hinaus sind Antidiskriminierungsschulungen vor Beginn der Arbeit bei einigen jungsozialistischen Veranstaltungen schon heute gängige Praxis: So müssen zum Beispiel alle Teilnehmer:innen des jährlichen YES-Sommercamps vor der Akkreditierung eine kurze Schulung des Trust Teams zu den Campregeln und Antidiskriminierung abschließen.

